

D7426E

# AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr.5/Mai 1986

17. Jahrgang

3DM

## Südafrika: Freiheitssender Mandela

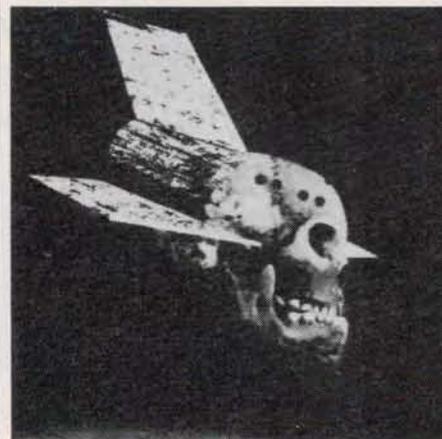
- O. Tambo: ANC-Ziele  
in befreitem Südafrika
- Pretorias «andere»  
Verschuldung

Guatemala • Haiti  
Philippinen  
Korea



## Inhalt

<b>Kommentar</b> zur Libyenkrise/Nikaragua	3
ASK-Erklärung zum US-Angriff auf Libyen	4
<b>Südafrika</b> ANC-Präsident Oliver Tambo: Ziele für ein befreites Südafrika	5
Pretorias „andere“ Verschuldung	8
<b>Libanon</b> Gemayels Spiel auf Zeit	10
<b>Guatemala</b> Die Militärs übergaben die Regierung an Vinicio Cerezo	13
<b>Nikaragua</b> Gespräch mit dem Präsidenten der Nationalversammlung, Carlos Nuñez, über die Verfassung und Menschenrechte	16
<b>PHILIPPINEN-Sonderteil</b>	17
<b>Haiti</b> Duvalierismus unter Druck	45
<b>Korea</b> Hält sich Militärdiktator Chun bis zum Jahr 1988?	46
Chuns Hofierung in Bonn	47
Korea-Kampagne	48
<b>Weltraumrüstung</b> Didier Ratsiraka, Präsident Madagaskars: Nein zu Reagans SDI-Programm!	49
<b>Diskussionsforum UdSSR – 3. Welt</b>	52
<b>Kultur</b> Kahlschlag unter Khomeini	54
<b>BRD-Infodienst</b> „Neuorientierung“ der Entwicklungspolitik, Afghanistan-Hearing, Südafrika-Materialien, Buchtip zum Waffenhandel	57
<b>Kurzinformationen</b> Ost-Timor, Französische Kolonien, Afghanistan, Zimbabwe, Chile, Kolumbien, Weltwirtschaft	58
<b>ANC-Appell</b> Freiheitssender Mandela	60



## Guatemala

S.13

Jahrzehntelang gaben sich im größten Land Mittelamerikas die Militärdiktatoren die Klinke in die Hand. Nun übergeben sie die Regierungsgeschäfte erstmals einem gewählten Zivilisten, dem Christdemokraten Vinicio Cerezo. Und dieser schlug ganz neue Töne an, sprach von Demokratisierungsschritten und mehr Eigenständigkeit in der Außenpolitik.

Wie ernst ist es ihm mit dem Wandel? Was sagen die rechten Militärs, was die Guerilla dazu?

## Philippinen

S.17

Mit dem Sturz des US-Fossils Marcos und dem Antritt der Regierung Aquino/Laurel ist auf den Philippinen eine neue Lage entstanden. Wie weit aber soll das Aufräumen mit der Marcos-Gefolgschaft reichen? Was ist von den Reformversprechungen der Regierung Aquino zu halten? Und wie steht es um die philippinische Befreiungsbewegung?

## Weltraumrüstung

S.49

Die Ablehnung des Reagan'schen Weltraumrüstungsprogramms SDI ist heute eine weltweite Erscheinung. Detaillierte Auseinandersetzungen von namhaften Repräsentanten des revolutionären Lagers der Dritten Welt mit SDI, mit dessen Konsequenzen für die Entwicklungsländer und mit möglichen Alternativen blieben dennoch bisher Mangelware. Madagaskars Präsident Didier Ratsiraka, dessen Plädoyer gegen SDI wir dokumentieren, macht da eine Ausnahme.

## Impressum

**AIB** (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

**Anschrift** von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 0 64 21/2 46 72

**Herausgeber:** Prof. Dieter Boris, Wolfram Bröner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

**Redaktion:** Wolfram Bröner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, A. Ebtehaj, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig

**Ständige Mitarbeiter:** Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fianza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ricardo Riberá, Ludger Schmitz, Ulrich Schnell, Peter Schütt, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning.

**Weitere Mitarbeiter** dieser Ausgabe: F. Buhsin, M. Fey, R. Naumann, I. Rein

**Namentlich gezeichnete Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangaben und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** einmal im Vierteljahr beigelegt.

**Jahresabonnement:** Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr, Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

**Kündigungen** nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November.

**Adressenänderung** bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

**Konten:** AIB-Weltkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/Main., Konto-Nr. 312 093-607, oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

**Verlag:** WeltkreisVerlags GmbH, Dortmund

**Druck:** Plambeck & Co., Neuss

**Redaktionsschluss:** 11. April 1986

**Anzeigen:** IMSF, Sandler, Kritische Dresdner Bank-Aktionäre, Forum, medico international, links, atom, Berliner Volksuni, Trialog, Arbeiterstimme, Plambeck, Rowohlt Verlag, Schutzgemeinschaft „kritische Aktionäre“, Team-Reisen

**Fotonachweis:**

NASA, Neue Perspektiven, R. Lechleiter, R. Werning, Kommentar, Konkret, Inside Asia, AIB-Archiv

# Kommentar: Rambo an der „Todeslinie“



„Mir bleiben noch 3 Jahre Zeit..., um für den Frieden zu arbeiten.“ Diese pathetischen Worte sonderte am 19. März d.J. Ronald Reagan in einer Fernsehansprache ab, in der er für 100 Mio Dollar Hilfe für die nikaraguanischen Contras warb.

Daß für den US-Präsidenten das Wort Frieden ein Synonym für Krieg ist, machte er 4 Wochen später erneut deutlich. In der Nacht vom 14. auf den 15. April 1986 bombardierten US-Kampfflugzeuge die libyschen Großstädte Tripolis und Bengasi. Dabei kamen nach ersten Meldungen mindestens 70 Menschen, darunter Frauen und Kinder, ums Leben. Als Begründung für den bisherigen Höhepunkt des Reagan'schen Kreuzzuges gegen Libyen mußte diesmal ein Bombenanschlag gegen eine Diskothek in Westberlin am 5. April d.J. herhalten.

Nach Ansicht des US-Präsidenten gibt es „unwiderlegbare Beweise“ für eine libysche Beteiligung an diesem Attentat und für weitere geplante Anschläge. Den Beleg für diese Behauptung blieb er der Öffentlichkeit jedoch ebenso schuldig wie für ähnliche Vorwürfe, die er anläßlich zweier Anschläge auf Büros der israelischen Fluggesellschaft El-Al in Wien und Rom am 27.12.1985 erhoben hatte.

## Vorwand Terrorismus

Diese waren damals Anlaß für die Verschärfung einer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kampagne gegen das Libyen Muammar al-Ghaddafis, den Reagan bereits bei seinem Amtsantritt zum Volksfeind Nr. 1 erklärt hatte (siehe AIB 3/1986, S. 12-19). Nach Verhängung eines Wirtschaftsboykotts am 8. Januar d.J. ließ Washington seinen militärischen Drohungen am 24. März d.J. auch erste Taten folgen. Schiffe der 6. US-Flotte drangen in die Gewässer des von Libyen beanspruchten Golfes der Großen Syrte ein und zerstörten, nach Gegenwehrmaßnahmen von Tripolis, libysche Schnellboote und Radaranlagen.

Daß es dabei nicht um ein „friedliches Seemanöver“ (so Reagan-Sprecher Speakes), an dem immerhin 3 Flugzeugträger und 27 Kriegsschiffe teilnahmen, und um die Verteidigung der „Freiheit der Meere“ ging, sollte bald publik werden. Nicht genannte Beamte aus US-Kongreß und Regierung erklärten, daß die seit Ende 1985 geplanten militärischen Aktionen dazu dienen sollten, einen Militärputsch gegen Ghaddafi zu provozieren. Weitergehende Pläne bis hin zu einer gemeinsamen Invasion mit Ägypten seien am Widerstand Kairos gescheitert.

Diese Provokation war öffentlich als Test für den jetzt erfolgten Überfall auf Libyen und weitere kriegerische Handlungen gedacht.

Durch die geglückte „Lektion“ gegen den „tollwütigen Hund“ (Reagan Anfang April d.J. über Ghaddafi) konnte man sich in Washington der Unterstützung der Mehrheit der US-Bürger für weitere Aktionen sicher sein. Die verbalen Solidaritätserklärungen der meisten arabischen Staaten und vor allem die verständnisvolle Haltung der europäischen Verbündeten zeigten Reagan die weitere Marschrichtung. Wie in anderen westlichen Hauptstädten unterstützte man auch in Bonn das angebliche Recht Washingtons, südlich des von Libyen zur „Todeslinie“ erklärten 32°30'-Breitengrades Militärmanöver durchzuführen und äußerte zugleich Bedauern über die militärische Konfrontation.

Die folgenden Terroranschläge kamen dann für Washington wie gerufen, um die Westeuropäer ruhig zu stellen oder gar auf seine Seite zu ziehen.

## Komplizen in Westeuropa

Die Regierung Kohl erwies sich wieder einmal als einer der verlässlichsten Verbündeten, indem sie die Version von der Urheberschaft des Westberliner Attentats mitmimte und flugs zwei libysche Botschaftsangehörige des Landes verwies. Mit der zusätzlichen Rückenstärkung Großbritanniens, das Washington die Benutzung der dort stationierten US-Langstreckenbomber gestattete, kümmerte es Reagan dann auch herzlich wenig, daß Bundesaußenminister Genscher gerade auf dem Weg zu ihm war, um einen Mäßigungsratschlag der EG zu überbringen, als er den Befehl zum Angriff gab.

Die Reaktionen in Westeuropa nach dem Angriff sollten Reagan recht geben. Kohl suchte „Verständnis“ für den Überfall zu wecken, indem er erklärte, Libyen habe die internationale Gemeinschaft herausgefordert. In Großbritannien wurde der Überfall vorbehaltlos begrüßt. In anderen EG-Hauptstädten war das übliche Bedauern die Regel.

Damit wurde Reagan ein Freibrief gegeben für die Verschärfung einer Konfrontationspolitik, in der der Sturz des libyschen Revolutionsregimes ein Ziel, aber auch gleichzeitig Mittel ist, um andere Ziele durchzusetzen. Obenan steht dabei der Sturz der sandinistischen Regierung in Nicaragua. Zu diesem

Zweck hatte Reagan 100 Mio Dollar für die Contras beantragt und in seiner demagogischen Kampagne u.a. aufgerufen zu verhindern, daß die Sowjetunion ein zweites Kuba oder Libyen vor der Türschwelle der USA errichte.

Darauf, die Abgeordneten zu einer Befürwortung der Contra-Hilfe zu bewegen, waren die Angriffe auf Libyen optimal zugeschnitten. Sie fanden jeweils kurz vor der ersten – positiven – Abstimmung der Reagan'schen Vorlage im Senat und vor der zweiten Abstimmung im Repräsentantenhaus statt, das am 20. März d.J. vorerst seine Zustimmung versagt hatte.

Der im eigenen Land durch eine jahrelange „Antiterrorismus“-Kampagne und durch den glatten Verlauf der Aggression gegen Libyen hervorgerufene Siegestaumel sowie die neutrale bis zustimmende Haltung der Verbündeten sollen genutzt werden, um eine ähnliche Politik gegen Nicaragua durchzusetzen.

Da immer noch eine Mehrheit der US-Amerikaner die Aggressionspolitik gegen Nicaragua ablehnt, weil sie durch den Gebrauch militärischer Gewalt das Gespenst eines neuen Vietnam aufsteigen sieht, muß ihnen durch Aktionen wie die gegen Libyen deutlich gemacht werden, daß diese Gefahr nicht besteht.

## Nicaragua – nächstes Ziel auf der Abschußliste

Warum die Umsturzbemühungen Reagans, der sich mittlerweile selbst als Contra bezeichnet, gerade auf Nicaragua konzentriert sind, macht sein ehemaliger Sicherheitsberater Robert McFarlane deutlich: „Wir müssen ... uns auf ein Gebiet konzentrieren, das wir sehr leicht als US-Interessensregion ausgeben können – und es sollte sich in dieser Hemisphäre befinden –, und mit allen Mitteln siegen, die dazu nötig sind. Dann hat man durch das Beispiel, daß es in Nicaragua funktioniert hat, größere Chancen in anderen geostrategischen Gebieten Unterstützung zu bekommen.“

Präsidentenberater Patrick Buchanan brachte es auf den Punkt: „Nicaragua ist der Lackmusest der Präsidentschaft Reagans... Während seiner ersten Amtszeit wurde kein Quadratmeter westlichen Bodens an den Kommunismus verloren. Am Ende seiner zweiten Amtszeit soll man sagen können, daß verlorenes Territorium wiedergewonnen wurde.“



Brennendes libysches Patrouillenboot im Golf von Syrte, das von einer Rakete der 6. US-Flotte getroffen wurde

# ASK-Erklärung

## Stoppt die US-Aggression!

### Hände weg von Libyen



Vom nahe der libyschen Küste kreuzenden Flugzeugträger Saratoga startende US-Kampfflugzeuge

Das Antimperialistische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) verurteilt aufs Schärfste die US-amerikanischen Luftangriffe auf Libyen, die offensichtlich zu zahlreichen Todesopfern unter der Zivilbevölkerung geführt haben.

Die wiederholten militärischen Überfälle auf dieses Land sind nichts anderes als völkerrechtswidrige Aggressionsakte, die ständig die Gefahr einer Eskalation in dieser explosiven Krisenregion in sich bergen.

Unabsehbare Folgen würde eine unmittelbare Konfrontation mit der Sowjetunion haben, die durch diese abenteuerliche Politik heraufbeschworen werden könnte. Nicht ohne Grund beginnen die meisten Szenarios über den möglichen Ausbruch eines Atomkrieges mit erschreckend ähnlichen Konfliktsituationen in dieser Region.

Die unbewiesenen Vorwürfe einer Verwicklung der libyschen Regierung in abscheuliche Terroranschläge der jüngsten Zeit können nur als Vorwand für den unerklärten Krieg der USA gegen Libyen betrachtet werden.

Die wirklichen Gründe für die Feindschaft gegen Libyen sind andere: Das Pentagon hat es nie verwunden, daß es in Folge der libyschen Revolution 1970 seinen riesigen Luftwaffenstützpunkt Wheelus in Libyen – bis dahin der größte der US-Air-Force außerhalb der USA – räumen mußte, daß Libyen seitdem ein engagiertes Mitglied der Bewegung der Nichtpaktgebundenen ist. Wie u.a. an den Beispielen Grenada und Nicaragua unüberschbar, betreibt die Regierung Reagan auch hier ihre aggressive Politik der Revanche gegen antikoloniale Befreiungsprozesse in der Dritten Welt.

Libyen soll offensichtlich auch deshalb exemplarisch „bestraft“ werden, weil es sich nicht dem US-Vorherrschaftsanspruch über die Region des Nahen und Mittleren Ostens

unterwirft.

Alarmieren muß die Tatsache, daß Washington im Rahmen seiner weltweiten Interventionspolitik nach der Karibik und dem Pazifik nun auch das Mittelmeer als „amerikanischen See“ betrachtet und von seiner 6. Flotte kontrollieren läßt. Dabei ergibt sich die Frage, inwieweit NATO-Einrichtungen in Westeuropa – besonders auch in unserem Land – in diese Aggressionspolitik einbezogen sind.

Das ASK richtet an die Bundesregierung die Aufforderung, eine unzweideutige Erklärung gegen die Luftangriffe der USA auf Libyen abzugeben. Jegliche Nutzung des Territoriums der Bundesrepublik für die Aggressionsakte der USA muß unterbunden werden.

Das 1982 mit den USA abgeschlossene „Wartime Host Nation Support“-Abkommen (zu deutsch: Abkommen über Unterstützung durch den Aufnahmestaat in Krise oder Krieg) darf nicht angewendet, sondern muß aufgekündigt werden. Verhandlungsvorschläge für eine Entmilitarisierung des Mittelmeeres sollten konstruktiv aufgegriffen werden.

Das ASK ruft alle Kräfte der Friedens- und der Solidaritätsbewegung dazu auf, vor den diplomatischen Einrichtungen der USA, vor Amerikahäusern oder anderen US-Institutionen Protestaktionen gegen den militärischen Überfall auf Libyen zu veranstalten. An die Botschaft der USA in Bonn sollten zahllose Protestschreiben gerichtet und der Abzug der 6. US-Flotte von der Küste Libyens gefordert werden: Botschaft der USA, Deichmanns Aue, 5300 Bonn 2.

(Quelle: Antimperialistisches Solidaritätskomitee, Pressemitteilung, Nr. 2/1986, 15.4.1986)

Dies ist die Essenz einer Politik, die mittlerweile mit den Bezeichnungen Neoglobalismus, neuer Internationalismus oder kurz Reagan-Doktrin umschrieben wird. Ihr Ziel ist es, unterhalb der Konfrontationsschwelle mit der Sowjetunion reaktionäre Regimes in der Dritten Welt zu stabilisieren und revolutionäre Regierungen zu stürzen.

Mittel dieser Politik ist der sog. Krieg geringer Intensität, der vor allem in der massiven Unterstützung konterrevolutionärer Banden (Nicaragua, Angola, Moçambique, Kampuchea und Afghanistan) besteht. Dazu gehören aber auch die Aufstandsbekämpfung (El Salvador, Philippinen), militärische Drohungen und das direkte kurzfristige Eingreifen (Grenada, Libyen).

Parallel dazu versucht Washington mit allen Mitteln eine atomare Erstschlagsfähigkeit zu erreichen, um sich erneut die Möglichkeit zu eröffnen, unbehelligt auch durch langandauernde Kriege verlorengewandene Positionen zurückzugewinnen.

Daß Reagan mit aller Macht versucht, diese Pläne umzusetzen, davon zeugt eine ganze Kette von Ereignissen in den letzten Monaten.

#### Verlorene Positionen zurückholen!

Dazu gehören die Ignorierung des sowjetischen globalen Abrüstungsplans, die Forderung an die Sowjetunion, ihr UN-Personal drastisch zu reduzieren, das Eindringen von US-Kampfschiffen in sowjetische Hoheitsgewässer im Schwarzen Meer am 13. März d.J., die Torpedierung des sowjetischen Atomteststopps durch nukleare Explosionen am 22. März und 10. April, das Liefern von Luftabwehrraketen an die „Freiheitskämpfer“ in Angola und Afghanistan und schließlich das Ansinnen, den Contras in Nicaragua eine Waffenhilfe von 100 Mio Dollar zukommen zu lassen.

Ob diese Politik zu den gewünschten Erfolgen führen wird, ist mehr als zweifelhaft. Weder in Nicaragua, wo die Contra fast aktionsunfähig ist, noch in Kampuchea, Afghanistan oder Angola konnten die Contras durch eine verstärkte Unterstützung Washingtons Boden gutmachen. Die Ereignisse der letzten Monate und nicht zuletzt der Krieg gegen Libyen zeigen, daß man sich in Washington nur mit einer Verschärfung der Konfrontationspolitik zu helfen weiß.

Eine weitere Eskalation im Mittelmeerraum jedoch beschwört durch das mögliche Hineinziehen anderer Parteien die Gefahr herauf, daß mit Reagan die „Todeslinie“ zum 3. Weltkrieg überschritten wird.

Nico Biver

#### AIB-Hintergrund zur Libyenkrise

Als hektographiertes Hintergrundmaterial zur Libyenkrise bieten wir ab sofort an aus AIB 5/86:

– N. Biver, Rambo an der „Todeslinie“ – ASK-Erklärung, „Hände weg von Libyen!“

sowie Kopien aus AIB 3/86:

– U. Schnell, Angriffsziel Libyen  
– Dokumentation des geheimen Reagan-Plans zur Wegbereitung der militärischen Aktion gegen Ghaddafi

– Bonn und die Libyenkrise  
Reden von Reagan, Kohl zum Luftangriff M. Preuß, Libyens radikaler Aufstieg  
Umfang 20 Seiten Preis 2,- DM  
Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken) zuzügl. 0,60 DM Porto je Exemplar.

# Oliver Tambo Perspektiven für ein befreites Südafrika

Oliver Tambo, Präsident des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), besuchte am 8./9. April 1986 die Bundesrepublik. Eingeladen vom SPD-Vorsitzenden Willi Brandt in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission, führte Tambo Gespräche u.a. mit den oppositionellen Bundestagsparteien SPD und Grüne. Auf einer Veranstaltung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn hielt er am 8. April die hier dokumentierte Rede, in welcher er die wirtschaftlich-politischen Zielvorstellungen des ANC für ein befreites Südafrika wie selten zuvor präzierte und von falschen Auffassungen abgrenzte.

Der antikoloniale, antirassistische und antifaschistische Kampf in Südafrika geht auf seinen siegreichen Abschluß zu. Um seine Ziele zu erfüllen, muß dieser Kampf in der Geburt eines einheitlichen, demokratischen und nicht-rassistischen Südafrika enden. Jeder Ausgang unterhalb dieser Schwelle würde weder Bestand haben, noch würde er unserem Land Frieden und Stabilität bringen.

Die Bedingungen, die notwendig sind für die Lösung der enormen Probleme, die das Apartheidsystem geschaffen hat, und für den Aufbau einer gerechten Gesellschaft würden dann nicht bestehen. Der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) ist deswegen ebenso entschlossen sicherzustellen, daß der Prozeß der demokratischen Umwandlung unseres Landes nicht abgebrochen wird, wie er ohnehin davon überzeugt ist, daß unser Sieg sicher ist.

### Eine Person eine Stimme

Die Geschichte unseres Landes und die Wirklichkeit, die uns vom System der weißen Minderheitsherrschaft aufgezungen wurde, fordern, daß unsere demokratische Revolution bestimmte politische und wirtschaftliche Ziele erreichen müßte.

Eines von ihnen ist, daß alle Menschen Südafrikas, Schwarze wie Weiße, in gleichem Maße das Recht auf Selbstbestimmung teilen. Praktisch bedeutet dies, daß Jedermann unseres Volkes, unabhängig von seiner Hautfarbe oder Rasse, das unveräußerliche Recht zur Wahl einer Regierung, die unser Land regieren soll, haben müßte. Mit anderen Worten, es muß ein System von einer Person eine Stimme sein.

Das zweite dieser Ziele ist, daß Südafrika ein einheitlicher Staat werden muß mit

einer zentralen Regierung, die nach allgemeinem Wahlrecht aller Erwachsenen gewählt wurde, wie wir schon gesagt haben. Seine entscheidende Bedeutung liegt selbstverständlich darin, daß das System der Bantustans vollständig abgebaut werden muß. Das Ergebnis hiervon ist, daß kein Teil der Struktur der Regierung auf dem Konzept rassistischer oder ethnischer Gruppen basieren dürfte.

### Die Reichen enteignen

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, daß diese demokratischen Überlegungen sich auch auf die Frage des Eigentums und der Kontrolle der Wirtschaft erstrecken sollten.

Folglich muß das Programm einer Agrarreform eine gleiche Verteilung des Landes einschließen, von dem zur Zeit 87% für die Weißen reserviert ist, die weniger als 20% der Bevölkerung unseres Landes stellen.

Desgleichen wird es notwendig sein, daß die tonangebenden Sektoren der Wirtschaft öffentliches Eigentum werden. Nur so ist die Aufgabe erfüllbar, allen unseren Menschen den gleichen Zugang zu den Reichtümern unseres Landes zu sichern.

Dies wird vor allem drei Hauptkonsequenzen haben. Eine davon ist, daß die neue demokratische Regierung bedeutende Ressourcen kontrolliert, was es ihr erlauben wird, den Lebensstandard der Millionen Schwarzen zu heben, die heute gefangen gehalten werden in den Abgründen von Armut und Rückständigkeit.

Die zweite Konsequenz öffentlicher Kontrolle ist die, daß sie die gegenwärtige rassistische Natur des Eigentums an Produktionsmitteln, derzufolge die Minen, die Fabriken, die Banken usw. fast



ausschließlich in weißem Besitz sind, beenden würde.

Die dritte Konsequenz ist die, daß diese Lage geschaffen wird, in der alle Geschäftsleute auf einer gleichen Basis konkurrieren können. Dies kann zur Zeit selbstverständlich nicht der Fall sein, denn alleine drei der Konzerne kontrollieren 80% aller in Privatbesitz befindlichen Produktionsmittel. In dieser Situation wird freier Wettbewerb unmöglich. Zudem würde solch eine extreme Konzentration des nationalen Reichtums in wenigen Händen ernsthaft den demokratischen politischen Prozeß gefährden.

Historiker und Studenten der politischen Wissenschaft, die heute hier anwesend sind, werden sicherlich bemerken, daß die Perspektiven, die wir entwickeln, nicht mehr darstellen als die Sicherstellung unsererseits, daß das Volk von Südafrika sich der gleichen demokratischen Rechte erfreut, für die die französische und amerikanische Revolution sich eingesetzt haben.

Es wäre für uns nicht mehr als eine Verschwendung von Worten, wenn wir die westliche Welt, dieses Land eingeschlossen, drängen würden, sich für diese klaren Perspektiven einzusetzen. Übrigens loben sich diese Länder selbst, Bollwerke der Demokratie zu sein. Und sie wünschen natürlich, daß jeder in der Welt ihrem Beispiel folgen möge.

Die befremdliche Wirklichkeit ist jedoch die, daß viele im Westen behaupten, Demokratie sei nicht gut für Südafrika. Wahrhaftig, es wird sogar behauptet, daß das Apartheidsystem ein Ende nehmen müsse. Aber dann, wenn es abgeschafft wäre, so schlägt man uns vor, sollten wir es ersetzen durch komplizierte Arrangements, die — so sagt man — von der objektiven Lage in Südafrika diktiert würden.

Das Kernstück in dieser Perspektive ist die Forderung, daß jedweder Ausgang des Befreiungskampfes in unserem Land als zentralen Bestandteil Garantien für die sog. Rechte der weißen Minderheit einschließen müsse. Diejenigen, die diese These vertreten, sagen, dies ergebe sich

von selbst, denn dies sei ein wesentlicher Teil der Wahrung der Menschenrechte des Volkes von Südafrika. Sie sagen auch, daß es für uns bedeutend sei, diese Perspektive anzustreben, weil dies als Anreiz oder als Ansporn dienen werde, um die weiße Minderheit zur Anerkennung dessen zu ermutigen und zu überzeugen, daß sie die Macht mit der schwarzen Mehrheit teilen müsse.

Konkret wird dann argumentiert, wir sollten nicht „Eine Person – eine Stimme“ in einem Einheitsstaat fordern. Es sei besser, wir akzeptierten und erstrebten ein System, das der weißen Bevölkerung als Gruppe ein Vetorecht gäbe, oder für eine föderale Struktur, die auf der Trennung unserer Menschen entsprechend rassistischen und ethnischen Normen basiere, oder für eine Kombination aus diesen beiden.

Diese These über die Unverletzlichkeit des Privateigentums vorschiebend, bestehen die Verfechter dieser Ansicht, die wir gerade erläutert haben, darauf, daß jedwedes Nationalisierungsprogramm nicht nur ein Verstoß gegen die Freiheit einzelner Eigentümer, sondern ebenso ein Angriff auf die Rechte der weißen Bevölkerung als Gruppe sein würde.

## Das Apartheidsystem beseitigen

Diese politischen und wirtschaftlichen Maßstäbe werden ernsthaft propagiert als Grundlage für die Lösung des Konflikts in Südafrika. Sie werden dargestellt als Schlüsselemente, die der ANC in seine Politik aufnehmen müsse, falls er die Unterstützung der wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und anderer Kräfte im Westen erlangen möchte. Es wird gesagt, daß, sollten wir diese Politik nicht akzeptieren, wir unser Land zu einem sehr teuren Bürgerkrieg verdammen, der in unverstellbarem Blutvergießen und Zerstörung enden werde.

Der ANC ist eine Massenorganisation des Volkes von Südafrika. Er wurde gegründet, gerade weil seine Gründungsväter, unsere Vorfahren, sich überlegten, wie eine Situation entstehen könnte, in der all unsere Menschen gemeinsam unter den Bedingungen von Freiheit, Frieden und Stabilität leben könnten.

Der ANC ist gewachsen und entwickelte sich in den vergangenen 74 Jahren zu der mächtigen Kraft, die er heute ist, weil die Massen unseres Volkes ihn als Verkörperung der Perspektive eines freien und friedlichen Südafrika für alle Menschen unseres Landes, unabhängig von ihrer Hautfarbe, ansehen.

Wenn daher jemand Vorschläge hat für eine Beendigung des Apartheidsystems – Vorschläge, die, wie in diesem Fall, hilfreich wären, würden sie doch den Verlust an Leben verringern –, sind wir

natürlich sehr interessiert. Wir haben daher über die Vorschläge, die wir genannt haben, sehr ernsthaft nachgedacht, um zu sehen, ob sie in der Tat zu einer Lösung führen.

Es ist inzwischen anerkannt, daß der ANC notwendigerweise ein entscheidender Faktor in jeder neuen politischen Ordnung sein wird, die in Südafrika entsteht, nachdem das Apartheidsystem geschlagen und abgeschafft worden ist. Wir sind uns daher der Tatsache sehr bewußt, daß unsere Aufgabe sehr viel leichter sein würde, erbten wir ein Land, in dem so wenig wie möglich zerstört wäre und mit so wenig Widersprüchen unter seinen Menschen wie möglich. Dementsprechend sind wir interessiert an einer Lösung des südafrikanischen Problems, die so friedlich wie nur möglich sein sollte. Aber wir müssen darauf bestehen, daß es eine grundlegende Lösung des Problems sein muß. Wir können keinen falschen Frieden kaufen, indem wir Rassismus tolerieren, nur weil er sich eine neue Maske zugelegt hat.

Ebenso können wir nicht versuchen, im Namen der Gewaltlosigkeit unsere eigenen Leben zu sichern, während diese Art von Selbsterhaltung die Unterdrückung unseres Volkes verlängern würde.

Nachdem wir all dies gesagt haben, müssen wir hier kategorisch und unzweideutig festhalten, daß der ANC keine Übereinkunft akzeptiert und akzeptieren wird, die unserem Land Rassismus aufzwingt. Und wo in der Welt gibt es ein Land, das so rassistisch in seiner Politik und Praxis ist wie unser Land.

Unser Kampf ist antirassistisch. Sein Ziel ist es, den Rassismus zu entwurzeln und eine nichtrassistische Gesellschaft zu schaffen. Dafür sterben unsere Menschen. Es ist diese Perspektive, der wir treu bleiben müssen.

## Mehrheitsrechte sind der Punkt

Im Grunde entsteht die Idee der Berechtigung und Erhaltung sog. weißer Minderheitenrechte aus einer rassistischen und antidemokratischen Behauptung. Diese Behauptung besagt, daß die genetischen Anlagen der Weißen unseres Landes diese Bevölkerung als eine eigene politische Gruppe auszeichne. Als eine bestimmte Interessengruppe – wenn wir diesen Ausdruck gebrauchen dürfen – mit ihren eigenen, ursprünglichen Interessen, die anders und gegensätzlich zu denen des Restes der Bevölkerung unseres Landes sind. Wir weisen diese Behauptung zurück.

Wir widersprechen ebenso dem Kernpunkt dieser Ansicht, daß wir für eine schwarze Mehrheitsherrschaft kämpfen. Auch dies gründet sich auf die reaktionäre Idee, daß unser Schwarzsein uns zu



Protest gegen Rassisteneinsatz in Soweto

einer Gruppe macht, die sich von unseren weißen Landsleuten unterscheidet, einfach nur weil wir schwarz und sie weiß sind. Wir sagen dagegen, es muß eine Mehrheitsherrschaft geben, eine demokratische Herrschaft der nichtrassistischen Mehrheit des Volkes unseres Landes.

Das Apartheidsystem ist genau auf dieser Anschauung unterschiedlicher und gegensätzlicher rassistischer und ethnischer Gruppen gerichtet.

Es zu zerstören, muß sicher heißen, daß wir das System rassistischer Trennung vernichten, dem das Apartheidsystem zum Leben verholfen hat und das, im Gegenzug, unser Land in die Situation des Konflikts, den wir heute erleben – und weiter erleben werden, bis der Rassismus beendet ist –, geführt hat.

Wir erwarten daher, daß das Apartheidregime mit dem Konzept der weißen Gruppenrechte wie bisher fortfahren wird. Wir können nicht akzeptieren, daß gleichzeitig dieses Konzept ein notwendiges Element in der demokratischen Umgestaltung von Südafrika sein soll.

Die Gegnerschaft zu der Idee von „Eine Person – eine Stimme“ von jenen im Westen, die sich selbst Demokraten nennen, stammt genau von dem Versuch, die Bevölkerung unseres Landes als ein Konglomerat rassistischer Gruppen zu bestimmen. Allgemeines Wahlrecht aller Erwachsenen wird daher gesehen als etwas, das gefährlich ist, weil es in die Behauptung einmündet, daß die schwarze Mehrheit die weiße Minderheit hinwegfegt.

Ähnlich wird die Idee der Machtteilung, entweder einer Föderation oder Konföderation, auf die Behauptung rassistischer Gruppen gegründet. Von ihnen sei jede als ein organischer politischer Block zu behandeln, der mit anderen rassistischen politischen Blöcken um einen modus vivendi verhandeln müsse.

Der ANC hält das Prinzip hoch, das in allen großen Verfassungen und Manifesten geschrieben steht, die die Leitsterne des epochemachenden Kampfes für die Schaffung einer demokratischen Regierungsform sind. Dieses Prinzip besagt,



daß jede Person das Recht hat, als Individuum anerkannt zu werden, mit der uneingeschränkten Freiheit zu leben und das zu tun, was es wünscht, sich selbst als Person frei zu entwickeln, vorausgesetzt sie verletzt nicht die Freiheit anderer.

Wir halten die bedeutende Ansicht vom Menschen aufrecht, daß der Zufall der Geburt den Individuen weder einen Platz in immerwährender Minderwertigkeit noch Privilegien geben sollte.

Wir sind überzeugt, daß diese Ideen auf Südafrika genauso angewandt werden können wie in diesem Land. Es würde unserem Kampf enorm helfen und die Grenzen der demokratischen Gesellschaft erweitern, wenn alle Demokraten in der BRD und überall sich selbst ernstnehmen und sich als Demokraten verhalten würden, im In- und im Ausland.

Das Problem aber ist, daß viele in der westlichen Welt ihre Beziehungen mit Südafrika in rassistischen Begriffen bestimmen. Im Denken vieler Europäer und Nordamerikaner hat sich die Idee von Verwandtschaft eingenistet. Die Weißen in Südafrika werden als Angehörige derselben Kaste angesehen, als Vorposten der westlichen Zivilisation und Kultur, eine Einheit auf dem afrikanischen Kontinent, die das kaukasische Wesen repräsentiert.

Wenn dies nicht so wäre, wäre sicherlich die erste Frage eines jeden, der auch nur eine etwas antirassistische Einstellung hätte, die Frage nach den Rechten der Mehrheit.

Der Zugang zu der Lösung der südafrikanischen Frage sollte sein: Was entspräche den Erwartungen der Mehrheit und nicht, was wird von der Minderheit angenommen oder toleriert!

Aber offensichtlich ist das nicht so. Wenn die Mehrheit Sanktionen fordert, wird ihr erzählt, dies sei unklug, unwirksam und eine Waffe, welche gerade der Mehrheit schade, die Sanktionen fordere.

Wenn andererseits das Botha-Regime sagt, es könne auf die Apartheid nicht verzichten, weil es die Gegenreaktion der weißen Rechten fürchte, dann stimmen viele Leute sehr schnell darin überein, daß es einer Minderheit innerhalb der

Minderheit erlaubt sein muß, alle Aussichten auf einen Wandel zu blockieren. Wenn eine militärische Operation, die wir ausgeführt haben, mit dem ungeplanten und unbeabsichtigten Tod eines weißen Zivilisten endet, wird auf uns der größte Druck ausgeübt, unseren Weg zu verbessern. Und wir müssen mit der leidenschaftlichen Denunziation leben, wir seien Terroristen. Auf der anderen Seite ist das tägliche Blutbad an schwarzen Zivilisten durch das weiße Minderheitsregime nur die notwendige Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung. Vielleicht ginge das auch ein wenig freundlicher, aber getan werden muß es.

Wir haben die außergewöhnliche Situation, daß ein Regime eine Verfassung erläßt, die besagt, die politische Macht werde ausschließlich in den Händen der weißen Minderheit bleiben, und das auf dieser Grundlage Wahlen durchführt, Regierungen bildet und die stimmlose Mehrheit der Bevölkerung nach seinem Belieben regiert. Und genau das wird als rechtmäßige Regierung anerkannt, mit der andere rechtmäßige Regierungen verhandeln müssen, Diplomaten austauschen und als die wahren Vertreter eben derjenigen behandeln, die sie versklavt. Es ist nicht schwer sich vorzustellen, was der Westen seit langem tun würde, wenn in Südafrika Schwarze, die 17% der Bevölkerung ausmachen, den Rest der Bevölkerung, eine weiße Bevölkerung, unterdrückten.

### Brutale Methoden meiden

Unser Volk und unsere Organisation erkennen die Rechtmäßigkeit des Apartheidregimes nicht an. (...) Die anstehende Aufgabe, die sich allen Südafrikanern stellt, ist die Entfernung dieses Regimes von der Macht und die Zerstörung der Apartheid. Das müssen wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln tun.

Während wir diese Aufgabe erfüllen, sehen wir uns als die Vertreter der nicht-rassistischen und demokratischen Zukunft, die unser Volk genauso verdient wie das deutsche Volk und die europäischen Völker ein Recht darauf hatten, als die Nazis an der Macht waren.

Wir verstehen uns als die Frontkämpfer in dem Kampf, innerhalb Südafrikas die Ziele zu verwirklichen, die in der Menschenrechtserklärung und der Charta der Vereinten Nationen ausgedrückt werden. Wir sind in einem Kampf engagiert, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu beseitigen, und bringen in diesem Sinne unsere Opfer für die Befreiung der Völker des Südlichen Afrika von der Aggression und der Destabilisierung, der das Regime in Pretoria sie ausgesetzt hat und weiterhin aussetzt.

Wir tragen zum weltweiten Kampf gegen den Rassismus bei, um das Recht jedes Individuums auf menschliche Würde und Respektierung durch seine Mitmenschen durchzusetzen und zu garantieren.

Im Verlaufe dieses Kampfes fühlen wir uns verpflichtet, möglichst die humansten Mittel und Methoden zu nutzen, weil wir überzeugt sind, daß die Kämpfer für eine demokratische und menschliche Gesellschaft nicht gleichzeitig brutale Methoden nutzen können, ohne selbst brutalisiert zu werden. Es könnte für die hier Anwesenden von Interesse sein zu erfahren, daß der ANC Unterzeichner der internationalen Protokolle zur Kriegführung ist. (...)

Wir sind zutiefst daran interessiert, daß die Umwandlung zur Demokratie in Südafrika so wenig zerstörerisch wie möglich sein soll.

### Sanktionen als friedliches Mittel

Wir rufen Sie daher als Bürger der BRD, einem wichtigen Wirtschaftspartner von Apartheid-Südafrika, auf: Verhängen Sie Sanktionen als friedliches Mittel der Hilfe, die Apartheid zu beenden.

Die Führung und die Mitglieder des ANC kommen aus allen rassischen Gruppen unseres Landes. Sie behandeln sich als Gleiche und als einen politischen Block, weil sie vereinigt sind in der Entschlossenheit, Südafrika in ein vereintes demokratisches, nicht-rassistisches Ganzes zu verändern. Gemeinsam sind sie engagiert in dem großen Versuch, so viele unseres Volkes wie möglich für den Kampf gegen das Apartheidregime und -system zu gewinnen.

Dies schließt Arbeiter und Geschäftsleute, Farmer und Bauern, Intellektuelle und Studenten, die religiösen Gemeinschaften, die Frauen und die Jugend, Selbständige und Künstler, Schwarze und Weiße ein. Wir sagen, die Tatsache ihrer Beteiligung am Kampf gibt ihnen die Möglichkeit, mitzubestimmen, wie die Zukunft Südafrikas aussehen soll. Dieser Schmelztiegel des Kampfes wird letztlich dem neuen einheitlichen, demokratischen und nicht-rassistischen Südafrika seinen Stempel aufdrücken.

Unter jenen, die teilhaben werden an der Schaffung dieser letzten Tatsache, werden unsere Führer wie Nelson Mandela, Walter Sisulu, Govan Mbeki, Ahmed Kathrada, Harry Gwala, Elias Motroaledi und andere sein, die sofort und bedingungslos freigelassen werden müssen.

Es ist unsere inbrünstige Hoffnung, daß eines Tages die BRD von uns zu jenen gezählt wird, die Opfer brachten, um dabei mitzuhelfen, daß Südafrika die Demokratie, das Südliche Afrika den Frieden und alle schwarzen Völker ihre Würde zurückerlangten.

Joachim Becker

# Südafrikas „andere“ Verschuldung

Eine „gute Nachricht“<sup>1</sup> hatte Dr. Fritz Leutwiler, der Vermittler zwischen Südafrika und seinen Gläubigerbanken und Präsident des in Südafrika sehr aktiven schweizer BBC-Konzerns, am 20. Februar d.J. für die internationale Finanzwelt: Die Banken und Südafrika hatten einen „breiten Konsens“, wie Leutwiler politisch vorsichtig formulierte, über die weitere Behandlung von Südafrikas Auslandsschuld in Höhe von 24 Mrd Dollar erzielt.

Die 30 wichtigsten Gläubigerbanken aus den USA, Großbritannien, der BRD, Japan und der Schweiz erklärten sich damit einverstanden, daß die kurzfristigen Auslandsschulden in Höhe von 14 Mrd Dollar, deren Rückzahlung Südafrika am 1.9.1985 einseitig eingestellt hatte, bis zum 31.3.1987 eingefroren bleiben.

Im Gegenzug akzeptierte Südafrika, prinzipiell 5% dieser kurzfristigen Schulden innerhalb eines Jahres zu begleichen. Allerdings können die Gläubigerbanken in individuellen Verträgen mit ihren südafrikanischen Schuldnern auf diese „Anzahlung“ verzichten.

Überhaupt werden die konkreten Modalitäten der Verlängerung (roll-over) der eingefrorenen Kredite in solchen individuellen Verträgen festgelegt. Bei einer einfachen Kreditverlängerung dürfen die Zinsen bis zu 1%, bei einer Umwandlung der kurzfristigen in mittelfristige Kredite beliebig erhöht werden. Im Februar 1987 soll es dann eine erneute Runde über die Auslandsschulden des Apartheidstaates geben.<sup>2</sup> Die Banken haben Südafrika erst einmal eine Atempause zugestanden, wenn auch nicht in der von Südafrika gewünschten Dauer von 4 Jahren.

Der Verzicht auf einen umfassenden, verbindlichen Umschuldungsvertrag und die Schließung diskreter individueller Verträge im Rahmen eines allgemeinen Übereinkommens ist etwas vollkommen Neues. Aber nicht nur in dieser Hinsicht erfährt der Apartheidstaat von der internationalen Finanzwelt eine Sonderbehandlung.

Die westlichen Banken dehnten ihr Kreditengagement in der Dritten Welt ab Anfang der 70er Jahre, als das Kapital in den kapitalistischen Industrieländern keine ausreichenden profitablen Anlagemöglichkeiten mehr fand, erheblich aus. Das galt auch für Südafrika.

Der Apartheidstaat finanzierte seinerseits Investitionen in strategischen Berei-



In den USA zeigen die Aktionen gegen die Kollaboration der Banken bereits Wirkung; der Schweizer BBC-Chef F. Leutwiler (r.) managte das Umschuldungsabkommen mit Südafrika

chen, die ihn u.a. gegen Sanktionen weniger verwundbar machen sollen, mit Anleihen und Krediten. Seine inländische Ersparnis reichte hierfür nicht aus. Immer umfangreichere Mittel band und bindet auch der Militärapparat.

Für seine Erdölimporte muß Südafrika wegen des Boykotts durch die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) im Jahr einen Aufpreis von etwa 2 Mrd Dollar zahlen.<sup>3</sup> Bei immer wieder kritischen Zahlungssituationen ermöglichten ihm die Auslandskredite ein vergleichsweise hohes Importniveau.<sup>4</sup>

Außerdem gingen südafrikanische Firmen Mitte der 80er Jahre dazu über, sich eher im Ausland als im Inland zu verschulden, um so die südafrikanischen Zinsen von 19% und mehr zu vermeiden.<sup>5</sup> Südafrikanische Banken nahmen im Ausland kurzfristige Kredite auf, um das Geld dann im Inland langfristig weiterzuverleihen.<sup>6</sup>

## Einseitiges Zahlungsmoratorium

Das Ergebnis war, daß die Auslandsschuld von 11,8 Mrd Dollar im Dezember 1979 auf 24 Mrd Dollar im September 1985 hochschnellte.<sup>7</sup> Davon waren allein 14 Mrd Dollar kurzfristiger Natur. Angesichts des seit dem Sommer 1984 immer stärkeren Widerstands in Südafrika verloren viele Auslandsinvestoren immer mehr das Vertrauen in die „politische Stabilität“ des Apartheidstaats.

Sie zogen ihr Kapital ab – allein im 2. Quartal 1985 netto 317 Mio Rand an langfristigem Kapital aus dem Privatsek-

tor.<sup>8</sup> Angesichts des inzwischen auch von vielen Banken als hoch eingeschätzten „politischen Risikos“ und der immer lauter werdenden Forderung nach dem Boykott der Apartheid, der insbesondere in den USA in massive finanzielle Einbußen zu münden beginnt, verweigerten ausländische – namentlich US-amerikanische – Banken Südafrika die Verlängerung seiner kurzfristigen Kredite.<sup>9</sup>

Ende August 1985 fehlten Südafrika dann die nötigen Devisen zur Bedienung seiner Auslandsschulden. Die Regierung erklärte am 1. September 1985, kurzfristige Auslandsschulden würden bis Ende des Jahres nicht zurückgezahlt. Später wurde dieses Moratorium bis zum 31.3.1986 ausgedehnt. Ausgenommen von dem Moratorium waren von der Regierung garantierte Schuldverschreibungen und Handelskredite und Kredite des Internationalen Währungsfonds (IMF). Die Zinsen wurden weiter gezahlt.<sup>10</sup>

Die jetzt fälligen Umschuldungsverhandlungen wurden im Gegensatz zu fast allen anderen Fällen ohne eine IMF-Intervention angegangen. In den früheren Krisen Jahren 1960/61, 1976 und 1982 hatten die Banken bei der Kreditgewährung an Südafrika noch die Rückversicherung durch den IMF.

Zuletzt stimmte der IMF am 3.11.1982 mit 52% der Stimmen einem Kreditpaket von 1,1 Mrd Dollar für Südafrika zu. Die US-Regierung wußte schon 3 Monate vor dem zuständigen IMF-Exekutivrat von Südafrikas Antrag.

Dieses Gremium wurde auch über die Reise einer IMF-Mission nach Südafrika im Dunkeln gelassen – hierauf hatte die

Regierung Reagan gedrängt. Den USA war die Brisanz dieses Kredits bewußt, daher sorgten sie für dieses ungewöhnliche Maß an Diskretion.<sup>11</sup>

Die Exekutivdirektoren der westlichen Länder – mit ihrem Stimmenübergewicht – drückten den Antrag durch.

Fünf Exekutivdirektoren brachten starke technische Argumente gegen den IMF-Kredit vor. So konstatierten sie, daß das IMF-Paket nicht die sonst üblichen Auflagen erfüllt. A.S. Jayawardena, alternierender Exekutivdirektor für Südasiens, wies daraufhin, daß bereits 1976 die „Starrheiten des Arbeitsmarkts“ – nur unter diesem Blickwinkel wurde die Apartheid diskutiert – als Hindernis für die Wirtschaft ausgemacht worden seien. Südafrika habe Gegenmaßnahmen versprochen, aber nichts getan. Angesichts dieser Erfahrung seien ähnliche Versprechungen „völlig unzureichend“.<sup>12</sup> In einem totalen Bruch mit der sonst üblichen IMF-Praxis wurden 80% des Kredits ausgezahlt, bevor Südafrika überhaupt irgendwelche Auflagen erfüllte.<sup>13</sup>

Dieser Kredit blieb jedoch nicht ohne Folgen. So gelang es der Solidaritätsbewegung in den USA 1983 ein Gesetz durchzusetzen, das eine US-Zustimmung zu weiteren IMF-Krediten sehr erschwert.<sup>14</sup> Das ist von großer Bedeutung, da die USA über fast 20% der IMF-Stimmen verfügen.

Ein Bankier stellte daher gegenüber dem angesehenen südafrikanischen Wirtschaftsblatt *Financial Mail* (9.8.1985) fest: „IMF-Kredit steht Südafrika technisch noch offen, aber im gegenwärtigen Stadium mit all dem politischen Druck wäre er schwierig zu erhalten.“ Solange Südafrika noch IMF-Mitglied ist, kann es jedoch automatisch die Reservefranche in Anspruch nehmen. Das tat es 1985 dann auch.<sup>15</sup>

### Geschäfte jetzt diskreter

Die Umschuldungsverhandlungen sind aber noch in anderer Hinsicht bemerkenswert. Da sich keine der Banken der apartheidkritischen Öffentlichkeit in den Verhandlungen als federführend exponieren wollte, wurde ein Vermittler notwendig. Die Banken sprechen denn auch lieber von Vermittlungsbemühungen als von Umschuldungsverhandlungen. Besagter Dr. Leutwiler, ehemaliger Chef der Schweizer Nationalbank und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, übernahm die „Vermittlung“.

Das heißeste Eisen bei den Verhandlungen war, inwieweit eine Umschuldung von politischen „Reformen“ abhängig gemacht werden sollte. Namentlich US-Banken, aber auch britische Banken,

standen und stehen unter dem Druck der Öffentlichkeit, politische Konzessionen des Apartheidregimes bei einer Umschuldung vorzuweisen, wie Leutwiler selbst sagte.<sup>16</sup>

Besonders die US-Banken schätzen die Zukunft des Kapitalismus in Südafrika skeptischer als bundesdeutsche und schweizer Banken ein. Die US- und britischen Banken sind außerdem stärker von der Schuldenkrise als bundesdeutsche Banken betroffen<sup>17</sup>, und müssen daher auch vorsichtiger sein.

Bundesdeutsche und schweizer Banken schraubten trotz der Krise der Apartheid ihre Kredite nicht zurück und versicherten dem südafrikanischen Notenbankpräsidenten auch nach dem Moratorium, sie würden Südafrika die Kreditlinien nicht streichen.<sup>18</sup> Allerdings sind die Geschäfte jetzt diskreter.

Einige europäische Banken waren sowohl mit den Kreditkündigungen durch US-Banken im Sommer 1985 als auch mit deren Verhandlungsführung unzufrieden.<sup>19</sup> Nach Informationen der *Financial Mail* vom 17.1.1986 fürchteten sie sogar „Reformen“, wie sie von US-Banken gefordert würden, gefährdeten ihr Geld erst recht.

Der jetzt gefundene Kompromiß entspricht der Position der bundesdeutschen und schweizer Institute und entspricht auch den Wünschen des Apartheidregimes.

Befriedigt äußerte Leutwiler, Politik habe in der letzten Verhandlungsrunde keine Rolle gespielt.<sup>20</sup> Die „Reform“-rede Bothas vom 31. Januar d.J. (siehe AIB 4/1986), termingerecht und kurz nach Leutwilers Südafrikatrip, reichte, der „Konsensfindung“ den Weg zu bereiten, auch wenn sie nichts Neues brachte. Im Gegensatz etwa zu Lateinamerika setzte das internationale Finanzkapital im Rahmen der Umschuldung auch keine stärkere Internationalisierung der Wirtschaft (z.B. eine weitere Liberalisierung des Außenhandels) durch.

Gegenüber Südafrika hielten sich die Banken im Gegensatz zu den Umschuldungsverhandlungen mit fast allen anderen Staaten der Dritten Welt stark zurück. So kommentiert die britische *Financial Times* am 19.2.1986: „Die beiden Seiten“ – Südafrika und die Banken – „versuchen eher einen Weg zu finden, mit der Realität zu leben als sie zu verändern.“

Damit stießen die Forderungen von Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu, Allan Boesak, Präsident des Reformierten Weltbundes, und Beyers Naudé, Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrats, die Banken sollten Südafrikas Moratoriumswünsche ablehnen, seine Auslandsguthaben einfrieren und erst nach dem Rücktritt der Regierung umschulden, auf taube Ohren.<sup>21</sup>

### Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 22.2.1986
- 2) Vgl. *Financial Times*, London, 21.2.1986; *International Herald Tribune* (IHT), Paris/Zürich, 21.2.1986; *Die Tageszeitung (taz)*, 21.2.1986; FAZ, 22.2.1986; *Neue Zürcher Zeitung*, Zürich, 22.2. und 23.2.1986
- 3) *South*, London, September 1985
- 4) Vgl. AIB 6/1985, S. 50
- 5) *South*, Oktober 1985
- 6) IHT, 17.9.1985
- 7) B. Klein, *Bricks in the Wall*, Genf, 1981, S. 16 und IHT, 30.9.1985
- 8) *The Times*, London, 26.8.1985
- 9) Vgl. IHT, 31.8.1985 und 17.9.1985; *South*, Oktober 1985; *African Business*, London, November 1985
- 10) Vgl. hierzu: FAZ, 3.9.1985; *Süddeutsche Zeitung*, 3.9.1985; *South*, Oktober 1985
- 11) *New Statesman*, London, 25.3.1983
- 12) Protokoll der Sitzung des Exekutivrats, EBM/82/140, S. 47f. und J. Morrell, *A billion Dollars for South Africa*, Washington D.C. 1983, S. 3
- 13) Basiert auf: Protokoll, a.a.O. und J. Morrell, *A billion Dollars...*, a.a.O.
- 14) *Washington Notes on Africa*, November 1983
- 15) *Financial Times* (FT), London, 7.2.1986
- 16) *taz*, 21.2.1986
- 17) Vgl. *Handelsblatt*, 20.5.1985 und *Le Monde Diplomatique*, Paris, März 1986
- 18) *The Star*, Johannesburg, 9.9.1985 bzw. *Business Day*, Johannesburg, 11.9.1985
- 19) Vgl. *Financial Mail*, Johannesburg, 8.11.1985 und 17.1.1986
- 20) FT, 21.2.1986 und FAZ, 22.2.1986
- 21) *taz*, 21.2.1986

## Das grüne Band der Sympathie. Für Apartheid.

Manche Banken machen jedes Geschäft. Hauptsache die Rendite stimmt.

Auch wenn mit Millionen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ (UNO) finanziert werden. In Südafrika.

Nehmen Sie die Rechte aus Ihrer Dresdner-Bank-Aktie wahr. In der Hauptversammlung am 16. Mai. Oder übertragen Sie Ihre Rechte an uns.

Die KRITISCHEN DRESDNER BANK-AKTIONÄRE.

Treuhänder: Diplom-Wirtschaftsingenieur  
Helmut Paschla  
Siegesstr. 9  
8000 München

Wir danken für die kostenlose Veröffentlichung



## Ivesa Lübben-Pistofidis Gemayels Spiel auf Zeit

„Schwere Panzer fahren auf, Raketen- und Mörsergeschütze werden im Kampf Mann zu Mann eingesetzt, Rauch steigt von Appartement-Blocks und Treibstoffdepots auf und nichts bewegt sich in den Straßen, abgesehen von Panzern und Jeeps vollbeladen mit Kämpfern.“<sup>1</sup>

Diese in Beirut eigentlich schon zum Alltag gewordene Szene spielt sich diesmal ausnahmsweise nicht im Westteil der Stadt oder entlang der grünen Linie, die den „moslemischen“ Westen vom „christlichen“ Osten trennt, ab, sondern genau in diesem Ortsteil, den die ihn kontrollierenden phalangistischen Milizen immer so gern als den Hort von Ruhe und Ordnung präsentierten, an dem der Bürgerkrieg bislang vorbeigegangen sei. 400-600 Tote in dreitägigen Kämpfen zwischen verschiedenen Fraktionen des faschistischen Lagers und die Flucht des Führers der Forces Libanaises, Elie Hobeika, über Paris nach Damaskus haben den von Syrien gesponsorten Aussöhnungsprozeß zwischen den drei größten verfeindeten Milizen des Libanon erst einmal zum Stillstand gebracht.<sup>2</sup> Unmittelbarer Auslöser für die Kämpfe innerhalb der maronitischen Rechtskräfte war die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen dem Führer der Sozialistischen Fortschrittspartei (PSP), Walid

Junblatt, dem Führer der schiitischen Amal-Bewegung, Nabih Berri, und Elie Hobeika am 28. Dezember 1985 in Damaskus.

Dieses sog. Dreierabkommen sah ein Ende des Bürgerkriegszustandes und die Abschaffung des politischen Konfessionalismus vor. Während einer Übergangsphase sollte die Anzahl der Parlamentsabgeordneten bis zu einer Parität zwischen Christen und Moslems aufgestockt werden. Die Rechte des Präsidenten sollten erheblich eingeschränkt und die Milizen in die Armee integriert werden. Die besonderen Beziehungen zu Syrien wurden in dem Vertrag festgeschrieben und die Befreiung des Südlibanon von israelischer Besatzung zur Staatsaufgabe erklärt.

Die Diskussionen um das Abkommen, dessen Unterzeichnung mehrmals aufgeschoben worden war, hatte eine zunehmende Polarisierung innerhalb des maronitischen Lagers zur Folge. Angesichts der Erfolge der patriotischen Kräfte seit 1982, aufgrund des wachsenden syrischen Einflusses und der eigenen Positionsverluste zeigte sich die traditionelle maronitische Führungsschicht – abgesehen von den ohnehin schon bestehenden Konkurrenzen vor allem über fol-

gende Fragen zerstritten:

Inwieweit werden sich die Kräfteverhältnisse in Zukunft wieder zugunsten des Imperialismus wandeln, so daß er in Zukunft wieder aktiver die Rolle der Faschisten im Libanon unterstützen könnte? Oder bleibt die syrische Rolle auch in Zukunft der bestimmende Faktor im Libanon?

Wäre es nicht auch möglich, die Syrer zur Unterstützung gewisser christlicher Privilegien zu gewinnen<sup>3</sup>, vorausgesetzt, daß ihrerseits die Christen die syrische Sonderrolle im Libanon billigen und jeder Zusammenarbeit mit Israel und dem Imperialismus abschwören? Oder ist die Position des maronitischen Lagers so geschwächt, daß nur noch fundamentale Zugeständnisse an die Nationalbewegung, die Aufgabe jedweder religiöser Privilegien und die enge Anlehnung an das Nachbarland Syrien die Existenz der Christen garantieren können?

Die letzte Überlegung hatte sich schließlich mit der Unterschrift Hobeikas unter das Dreierabkommen von Damaskus durchsetzen können. Aber nicht einmal in den eigenen Reihen, d.h. innerhalb der Forces Libanaises, geschweige denn im maronitischen Lager insgesamt, fand Hobeikas Unterschrift ungeteilte Zustimmung.

Am 15. Januar d.J. schließlich putschte Samir Geagea, den Hobeika selber erst im Mai 1985 auf Platz 2 innerhalb der Hierarchie der Forces Libanaises geputscht hatte, seinerseits gegen Hobeika. Genau dieser Geagea hatte vor einem Jahr den Aufstand der Forces Libanaises gegen Gemayel geführt, nachdem dieser seiner Meinung nach zuviel Zugeständnisse gegenüber der syrischen Regierung gemacht hatte.<sup>4</sup>

Die Kritik der Gruppe um Geagea richtete sich gegen die im Damaszener Abkommen vorgesehenen politischen Reformen, die die schrittweise Abschaffung christlicher Privilegien zufolge gehabt hätten, sowie gegen die Neustrukturierung der Armee und die Sonderbeziehungen zu Syrien. Unterstützung fand Geagea bei den Milizen der Kataeb, der phalangistischen Partei und Hausmacht des Präsidenten Gemayel.

Gemayel hatte zwar noch bei seinem Treffen mit dem syrischen Präsidenten Assad am 2. Januar d.J. das Abkommen verbal gutgeheißen, sich aber Zeit erbeten, um angeblich seine eigene Basis von der Notwendigkeit der innerlibanesischen Aussöhnung zu überzeugen. Genau diese Basis aber hatte bereits in Ostbeirut eine Terrorkampagne gegen Befürworter des Abkommens eröffnet. „Phalangistische Milizionäre halten Autofahrer an Straßensperren an und schikanieren sie, falls sie sich weigern, Hobeika zu beleidigen.“ So berichtete die libanesisch Presse.<sup>5</sup>

Neben prinzipiellen politischen Einwänden war Gemayel konsterniert durch die Tatsache, daß in Damaskus an ihm vorbeiverhandelt worden war, wodurch die Rolle Hobeikas als Repräsentant des christlichen Lagers auf Kosten der Rolle des Präsidenten gestärkt wurde. Zu den taktischen Manövern Gemayels bemerkte Walid Junblatt: Er „versucht, in seinen Gesprächen mit Präsident Assad Zeit zu gewinnen, um das Abkommen mit Hilfe Israels und Washingtons zu Fall zu bringen.“<sup>6</sup>

### Zugewinn Syriens

Am selben Tag, als Gemayel in Damaskus mit Assad zusammentraf, lud Altpräsident Camille Chamoun, der wohl intimste Freund Israels im maronitischen Lager, führende Repräsentanten seiner eigenen Nationalliberalen Partei, der Phalangepartei und des christlichen Rechtslagers in sein Hauptquartier ein. Worum es bei diesen Gesprächen gegangen sein mag, wird aus einer Meldung der libanesischen Al-Safir deutlich. Ihr zufolge „hatte Chamouns Sohn Dany in Paris, Jerusalem und im Südlibanon eine Reihe von Gesprächen mit israelischen Repräsentanten“ und „drängten die Israelis Chamoun alles zu tun, um einige

Monate Zeit zu gewinnen“.<sup>7</sup>

Es war abzusehen, daß die Unterzeichnung des Dreierabkommens Israel und die USA wieder in irgendeiner Form stärker auf die libanesischen Bühne rufen würde. Denn die innerlibanesischen Entwicklung hat unmittelbare Auswirkungen auf die Entwicklung der Kräfteverhältnisse im gesamten Nahen Osten.

Jeder Schritt zur Aufhebung der religiösen Zersplitterung im Libanon und die Aussöhnung der verschiedenen kriegführenden Milizen unter syrischer Schirmherrschaft würden die Position Israels und des Imperialismus und ihre Interventionsmöglichkeiten schwächen, würde die bisherigen Siege der patriotischen Bewegung stabilisieren. Zudem wäre eine solche Aussöhnung eine wichtige Karte für Syrien in Hinblick auf jede zukünftige Nahostkonflikt-Lösung. Eine Stärkung der syrischen Rolle im Libanon würde Syrien seinem Ziel, ein strategisches Gleichgewicht mit Israel als Voraussetzung für jegliche Verhandlungslösungen herzustellen, einen Schritt näher bringen.

Die gestärkte syrische Ausgangsposition veranlaßte auch König Hussein, enttäuscht über die mangelnde US-Unterstützung bei seinem Versuch, die Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) in direkte Verhandlungen mit Israel einzubeziehen, am 30. Dezember 1985 Damaskus zu besuchen.

### Südlibanoninvasion Israels

Die Aufwartung, die Hussein dem syrischen Präsidenten Assad machte, ist zwar nicht als Abkehr von seiner proimperialistischen Nahostpolitik, die ihren Niederschlag im inzwischen auf Eis gelegten Amman-Abkommen mit dem PLO-Vorsitzenden Arafat (Februar 1985) fand, mißzuverstehen. Aber allein die Tatsache, daß der jordanische Monarch versucht, sich für alle Fälle eine arabische Hintertür im Norden offenzuhalten, ließ Washington aufhorchen: „Hussein wird in Syriens Einflußzone gezogen, weil die USA sich als zu unverlässig erwiesen haben. Dadurch krieg Assad eine neue Führungsrolle im 'Friedensprozeß' und bringt die Sowjets gleich mit“, befürchtet die Washington Post.<sup>8</sup>

Umsomehr will man in den USA und Israel verhindern, daß der Libanon in syrisches Einflußgebiet verwandelt wird. Deswegen der Putsch gegen Hobeika. Deswegen aber auch die zunehmend aggressivere Politik Israels im Südlibanon und die ungeheure Hetzjagd auf libanesischen Kommunisten. Die unmittelbare Antwort Israels auf die Unterzeichnung des Dreierabkommens waren Angriffe der südlibanesischen Ar-

mee und der zionistischen Marionette Lahad auf Dörfer nördlich der sog. „Sicherheitszone“.

Sie gingen einher mit der Bombardierung östlicher Vororte Sidons und mit Massenvertreibungen von Schiiten aus dem noch immer von Israel besetzten Grenzstreifen. „Sie kamen um Mitternacht und sagten, daß jeder, der nicht verschwindet, niedergemetzelt wird.“<sup>9</sup>

Die immer häufiger zu hörenden Vorschläge israelischer Politiker — so klagt ein Betroffener —, die „Sicherheitszone“ weiter auszudehnen, wirft zudem die Frage nach den tatsächlichen israelischen Absichten im Südlibanon auf. „Die Kämpfe im Südlibanon sollten wieder einmal beweisen, daß der Süden ein bedeutendes Hindernis bei der Lösung der Krise im Libanon und in der Region darstellen kann“, kommentierte der Beiruter Monday Morning.<sup>10</sup>

### Zuarbeit der Hezbollahs

Ende Januar d.J. annektierte die zionistische Besatzungsmacht 35 qkm Boden innerhalb der „Sicherheitszone“. Ein über Nacht gezogener Stacheldrahtzaun markiert den neuen Grenzverlauf. Ein in Beirut akkreditierter westlicher Diplomat bestätigte, daß man mit diesem Willkürakt Druck auf den Libanon ausüben will, mit Israel ein Abkommen ähnlich dem vom Mai 1983 zu unterzeichnen.<sup>11</sup> Kurze Zeit darauf demonstrierte die israelische Armee erneut in einer breitangelegten Terroraktion gegen die südlibanesischen Bevölkerung, daß mit ihr auch in Zukunft zu rechnen sein wird. Vorgeblich um zwei von Widerstandskämpfern entführte Soldaten der Besatzungsmacht zu suchen, drangen 1.500 Soldaten in Gebiete nördlich des „Sicherheitsstreifens“ vor, umzingelten Dörfer, trieben die Bevölkerung auf Dorfplätzen zusammen und verhafteten zeitweilig über 3.000 Zivilisten. „Häuser werden geplündert und zerstört und Zivilisten mißhandelt und gefoltert, wenn sie nur irgendeiner Verbindung zu Widerstandskämpfern verdächtig sind, selbst wenn diese Verbindung nur in der räumlichen Nähe zu einer Stelle, wo Widerstandskämpfer gefunden worden sind, darstellt.“<sup>12</sup>

Einige Tage nach Beginn der zionistischen Invasion im Süden wurden in Beirut 45 Kommunisten von Fundamentalisten der schiitischen Hezbollah entführt.

Einer der Entführten, das Mitglied des PCL-Zentralkomitees (ZK) und Chefredakteur des theoretischen Organs der Partei, Suheil Tawile, wurde einen Tag später ermordet aufgefunden. Tawile war das dritte führende PCL-Mitglied,

das im Februar 1986 tot aufgefunden wurde. Am 2. Februar d.J. hatte man den Lehrer, Michel Wahed, der 2 Monate zuvor entführt worden war, getötet. Am 20. Februar wurde das ZK-Mitglied Khalil Naous im Zentrum Beiruts von zwei Motorradfahrern in seinem Auto erschossen.

Diese Kampagne gegen die Kommunistische Partei soll die gesamte patriotische Bewegung des Libanon treffen. Denn die PCL ist die wohl einzige libanesische Organisation, die unter allen religiösen Gemeinschaften des Libanon verankert ist und somit in sich selbst die demokratische Lösung des Libanonproblems symbolisiert. Sie war der Initiator des bewaffneten Widerstandes gegen die zionistische Besatzungsmacht im Südlibanon (siehe AIB-Sonderheft 2/1985) und die zu den Hauptinitiatoren der im August 1985 gegründeten Front der Nationalen Allianz (FAN, Programm in: AIB 1-2/1986).

### Fundamentalos auch in der Amal

Tatsächlich arbeiten sich die faschistischen Kräfte um Gemayel, Geagea und Chamoun und die schiitischen Fundamentalisten bei der Verhinderung einer Lösung des Libanonproblems gegenseitig in die Hände. Das ist so, wiewohl letztere das Dreierabkommen gerade mit dem Argument ablehnen, daß sie kein Abkommen mit ehemaligen Kollaborateuren Israels unterstützen könnten und sich gleichzeitig im Südlibanon gerne als die konsequentesten Widerstandskämpfer gegen die Besatzer darstellen.

Nicht nur ist beiden, Ultrarechten und Hezbollahs, der Antikommunismus und die Ablehnung jeder patriotischen Lösung gemein (letztere streben eine islamische Republik à la Iran an; d. Red.). Die Fundamentalisten gießen durch ihren blinden Fanatismus, der sich gegen jeden Libanesen christlichen Glaubens richtet, unabhängig davon, ob er Anhänger des isolationistischen Projektes der Kataeb oder libanesischer Patriot ist, sowie durch Angriffe auf und Entführungen von Christen und Juden in Westbeirut Wasser auf die Mühlen der faschistischen Kräfte. Diese nämlich behaupten, daß allein die Privilegierung der christlichen Minderheit im Libanon das Überleben der Christen garantieren könne.<sup>13</sup>

Dieser Fundamentalismus hat selbst in Teilen des patriotischen Lagers (vorab in der Amal; d. Red.) eine gewisse Basis, wodurch die einheitliche Aktion aller patriotischen Kräfte erheblich verkompliziert wird.

Anfang Februar d.J. verhafteten fundamentalistische Milizionäre im Süden, in der Gegend von Nabatiyeh, 60 Kommu-

nisten und unabhängige Gewerkschaftsfunktionäre. Sie entwaffneten sie und folterten sie teils brutal – genau zu der Zeit als die PCL zur allgemeinen Mobilisierung gegen das Projekt der Phalangisten aufrief.

Vorgeblich will die Amal-Bewegung verhindern, daß die Israelis unter dem Vorwand, Widerstandskämpfer zu verfolgen, Dörfer im Südlibanon angreifen. Tatsächlich aber geht es darum, eine politische Radikalisierung der Bevölkerung zu verhindern, wie der Amal-Führer Abdel-Majid offen einräumte: „Israelische Operationen werden die Radikalen, die Fortschrittlichen und die Freunde der Palästinenser begünstigen und die Rolle der Amal verringern.“<sup>14</sup>

Obwohl Amal-Bewegung und Hezbollah in einem heftigen Konkurrenzverhältnis um die Gunst der Schiiten zueinander stehen, gibt es doch gleichzeitig immer wieder Querverbindungen zwischen beiden Organisationen. „Die Mitgliedschaft in Amal und Hezbollah überschneidet sich oft, einige Milizionäre sind Mitglieder in beiden Gruppen. Meine Partei ist die Partei Gottes (Hezbollah bedeutet 'Partei Gottes'; d. Verf.).“<sup>15</sup> Diesen Ausspruch hört man immer wieder unter den schiitischen Kämpfern.

### Brüchige Oppositionsallianz

Andererseits gibt die Amal immer wieder dem Druck der Fundamentalisten nach, um Einflußeinbußen unter den schiitischen Massen vorzubeugen. Dies veranlaßte den PCL-Vorsitzenden Georges Hauois auf der Beerdigung von Khalil Naous zu der Warnung: „Diejenigen, die sich der Illusion hingeben, daß sie die wilden Bestien des konfessionellen Integritismus durch Konzessionen bändigen können, werden unter den ersten Opfern sein.“<sup>16</sup>

Wie es nun eigentlich weiter gehen soll, kann zur Zeit kaum jemand prophezeien. Sowohl die patriotischen Kräfte im Libanon wie auch Syrien scheinen von dem Putsch im christlichen Lager, der das Dreierabkommen zunächst einmal zu reinem Papier gemacht hat, relativ überrascht worden zu sein.

Offensichtlich haben sie die Opposition im maronitischen Lager, aber auch die Einflußmöglichkeiten Israels und des Imperialismus unterschätzt. Allerdings stellt auch das faschistische Lager kaum eine geeinte Front dar. Auch wenn das Gespann Chamoun/Gemayel/Geagea den Widersacher Hobeika aus Ostbeirut vertrieben und damit das Dreierabkommen zu Fall gebracht hat, sind zukünftige Auseinandersetzungen innerhalb dieser Koalition schon vorprogrammiert.

Mitte Januar d.J. hatten Führer der Allianzfront erklärt, eine neue Runde im

Bürgerkrieg stünde unmittelbar bevor. Trotz ihrer anschließenden Teilmobilisierung wurde der Waffengang gegen Gemayel erst einmal aufgeschoben, offenbar weil Syrien, aus der Befürchtung einer neuerlichen NATO-Intervention heraus, kein grünes Licht hierfür gegeben zu haben scheint.

Vizepräsident Khaddam: „Wir können die Unterzeichner des Abkommens nicht davon abhalten, zu militärischen Mitteln zu greifen, obwohl wir sie nicht dazu ermächtigen. Aber wir sagen offen, daß wir sie nicht davon abhalten werden, ihr Ziel zu erreichen.“<sup>17</sup>

Das gesamte patriotische libanesische Lager bis hin zu konservativen Kräften wie Ex-Präsident Franjeh und Premierminister Karamah hat den Sturz von Präsident Amin Gemayel zur Hauptforderung erhoben. Die der Amal nahestehende Al-Hakika kündigte nach der Absetzung Hobeikas eine breite nationale Front an, deren Ziel der Sturz Gemayels und die Durchsetzung des Abkommens von Damaskus sein solle. Dieser Oppositionsfront sollen neben den in der FAN zusammengeschlossenen Organisationen eben auch Persönlichkeiten wie Franjeh und Karamah angehören.

Offen bleibt allerdings, inwieweit außer der Ablehnung der Präsidentschaft Gemayels tatsächlich gemeinsame inhaltliche Positionen zwischen diesen Kräften auffindbar sein werden. Überdies brachen in den letzten Monaten in den Reihen der FAN-Organisationen immer wieder Konflikte auf, welche die Aktions Einheit und Schlagkraft des patriotischen Lagers vorerst übergebührlich beeinträchtigen.<sup>18</sup>

#### Anmerkungen:

- 1) Chicago Times, 16.1.1986
- 2) Vgl. AIB 1-2/1986, S. 4ff.
- 3) Eine Position, der der Altpräsident Franjeh beispielsweise zuzurechnen ist. Vgl. ebenda
- 4) Vgl. AIB 1-2/1986
- 5) Monday Morning, Beirut, 13.-19.1.1986
- 6) Ebenda
- 7) As-Safir, Beirut, 10.2.1986
- 8) Washington Post, 1.1.1986
- 9) Monday Morning, 6.-12.1.1986
- 10) Ebenda
- 11) Ebenda, 10.-16.2.1986
- 12) Ebenda, 3.-9.3.1986
- 13) „Dieses Verbrechen ist integraler Bestandteil eines Planes, der vorsieht Beirut und die Patriotischen Regionen von allen Symbolen der Nation, der Kultur und der Zivilisation zu säubern, und um diese zu Fall zu bringen. Es ist Teil eines Planes, der vorsieht das Land in religiösen Einheiten entsprechend eines zionistischen Planes zu zerstückeln.“ So heißt es in einer Stellungnahme des PCL-ZK vom 24.2.1986 zum Tod Tawiles.
- 14) Monday Morning, 3.-9.3.1986
- 15) Ebenda
- 16) Aus der Rede Georges Hauois bei der Beerdigung Khalil Naous am 21.2.1986
- 17) Nach: Monday Morning, 27.1.-2.2.1986
- 18) Ebenda, 3.-9.3.1986

# Franz Bushin Militärs übergeben die Regierung Aussichten auf Wandel?



Christdemokratischer Präsident Vinicio Cerezo

Mit einem so eindeutigen Erfolg bei den diesmal formal korrekten Wahlen in Guatemala für die Christdemokraten (DCG) und bei der Stichwahl (am 8.12.1985) für deren Präsidentschaftskandidaten, Vinicio Cerezo, hatte man einige Monate zuvor nicht gerechnet.

Die DCG eroberte 51 der 100 Parlamentssitze und 2/3 aller Bürgermeisterämter. In der Stichwahl war Cerezo seinem Gegenspieler von der Zentrumsparterie, J. Carpio, mit 68%:32% haushoch überlegen. Die extreme Rechte erlitt eine Schlappe.

Die Linke war mit einer erst verspätet in den Wahlkampf eingestiegenen und schlecht organisierten Sozialdemokratie (4% der Stimmen) völlig unterrepräsentiert. Andere linke Alternativen konnten sich aus Gründen der eigenen Sicherheit nicht der Wahl stellen.

Der gelegentlich als linksliberal bezeichnete Cerezo, der am 14. Januar d.J. sein

Amt antrat, ist vor allem für die Mittelschichten ein Hoffnungsträger. Seine Chancen, christdemokratischen Reformismus durchzuführen, schätzt er selbst so ein, daß die Militärs ihn jederzeit wegschützen können, weshalb er eine Agrarreform gar nicht erst versprechen wollte.<sup>1</sup> Das Kabinett legt Zeugnis darüber ab, daß Cerezo verschiedene Interessen miteinander versöhnen will.

Abgesehen vom Verteidigungsminister, der vom Militär gestellt und abgesegnet werden muß, sind alle Minister Cerezo verbunden. Im Kabinett findet sich der den Militärs nicht wohlgesonnene, aber sehr konservative ehemalige Präsident der Internationalen Christdemokratie, René de Leon Schlotter, als Entwicklungsminister ebenso wieder wie die als linksliberal eingestufte Arbeitsministerin Soberanis.

Innenminister Rodil war einer der Gründer der Sondergerichte unter

Putschgeneral Rios Montt. Der angesehene parteilose ehemalige Universitätsrektor Eduardo Meyer wurde Erziehungsminister. Rodolfo Paiz Andrade, der dem mächtigen Unternehmerverband CACIF verbunden ist und auch wirtschaftspolitisch als recht konservativ gilt, ist Finanzminister. Verteidigungsminister wurde nicht der starke Mann der Militärs, Ex-Generalstabschef Lobos Zamora (er ist auf den Botschafterposten in Panama abgeschoben worden, sondern nach einigen Verhandlungen der weniger auffällige General Jaime Hernandez.

Das Kabinett, das im Laufe der Zeit Variationen erfahren kann, setzt sich auf den wichtigen Posten aus konservativen DCG-Mitgliedern zusammen, was die Chancen und Grenzen der Regierung zeigt.<sup>2</sup>

Cerezo scheint für Überraschungen gut zu sein. Auf einer Mitte Dezember 1985 durchgeführten Blitzreise besuchte er auch Nicaragua, lud Daniel Ortega zu seiner Amtseinführung ein, sprach sich für eine aktive Neutralitätspolitik und gegen eine Finanzierung der Contra seitens der USA aus.<sup>3</sup>

### Mehr Eigenständigkeit

Eine solche Politik steht in gewisser Kontinuität zur vorherigen Regierung, die es für erforderlich hielt, im eigenen Haus Ordnung zu schaffen, statt die Kräfte auf andere Konflikte lenken zu lassen. Die wesentlich stärkere Akzentuierung dieser Politik seitens Cerezo hat auch ein wirtschaftliches Fundament: Guatemalas Außenhandelsbeziehungen sind zu ca. 30% (95% der industriellen Exporte) auf den mittelamerikanischen Raum konzentriert.<sup>4</sup>

Bemerkenswert ist auch Guatemalas Abbrücken von der Tegucigalpa-Gruppe (Honduras, Kostarika, El Salvador), die in den mittelamerikanischen Friedensbemühungen nicht auf seiten der Contadora-Staaten steht, sondern die Position der USA stützt. Ferner hat Guatemala eine Einladung der US-Streitkräfte zur Teilnahme an Pazifikmanövern ausgeschlagen.<sup>5</sup>

Und Cerezo hat seinerseits zuvor angekündigt, daß er zwar die Militärhilfe der USA von 10 Mio Dollar für dieses Jahr nicht ablehne, aber den Verteidigungsetat um den entsprechenden Betrag entlasten wolle.<sup>6</sup>

Die neue Regierung will das Aufkommen an indirekten Steuern (ca. 85% des Steueraufkommens) vermindern und das an direkten wesentlich erhöhen.

Insgesamt liegt das Steueraufkommen mit 5% des Bruttosozialprodukts (BSP) vergleichsweise sehr niedrig. Auch sollen Maßnahmen gegen die Steuerumgehung

das Steueraufkommen vergrößern. Die Staatsausgaben sollen von 1,28 Mrd Quetzales (Q) 1985 auf 1,71 Mrd Q im Jahr 1986 (in erster Linie zugunsten des Finanz- und des Kommunikationsministeriums) erhöht werden. Das Haushaltsdefizit von 735 Mio Q wird durch eine Neukreditaufnahme u.a. auf dem Wege der Emission von Staatsschuldscheinen finanziert.<sup>7</sup>

In der Agrarpolitik will die Regierung erreichen, daß brachliegende Ländereien von den Eigentümern genutzt werden oder die Eigentümer diese zum Verkauf oder zur Verpachtung anbieten; andernfalls sollen diese Flächen steuerlich belastet werden. Das Ganze soll begleitet werden von der Gründung einer Agrarbank. Ist diese Absicht auch weit davon entfernt, das Grundproblem der Landverteilung ernsthaft zu lösen, so ist sie jedoch geeignet, den Widerstand der erzkonservativen traditionellen Land-

oligarchie hervorzurufen.

Im Bereich der Lohnpolitik fanden bereits im Januar d.J. Verhandlungen mit der ca. 50.000 Mitglieder umfassenden Lehrgewerkschaft CNM (Consejo Nacional Magisterial) statt. Dabei wurde den Lehrern stufenweise Lohnerhöhungen<sup>8</sup> zugestanden, die Cerezo auch für alle öffentlich Bediensteten vorschlägt. Allerdings dürften sich die Inflationstendenzen aufgrund der Emission der Staatsschuldscheine und der Freigabe der gesetzlichen Höchstpreise für verschiedene Produkte verstärken und somit die Lohnerhöhungen ausgleichen.

Die neue Regierung kann auf dem internationalen Parkett mit einem Vertrauensvorschuß und Neukrediten in Höhe von 180 Mio Dollar von internationalen Entwicklungsinstitutionen rechnen, mit 200 Mio Dollar von einem US-Bankenkonsortium und kleineren Kreditzusagen aus verschiedenen Ländern (Ita-

lien, Spanien).

Die Bundesregierung nimmt den Regierungsantritt der Christdemokraten zum Anlaß, die Aufstockung der Entwicklungshilfe von 14 Mio DM auf 50 Mio DM anzukündigen.<sup>9</sup>

Mit Cerezo ist derjenige Kandidat gewählt worden, dem am ehesten ein nicht von den Militärs bestimmtes Handeln unterstellt wird und der als Hoffnungsträger für gewisse Reformen erscheint. Daran wird er zu messen sein.

Am 4.2.1986 ließ die neue Regierung die berüchtigte Geheimpolizei DIT auflösen. Von 640 gefangenen Geheimpolizisten werden 115 wegen Dienstvergehen entlassen, 100 können sich frei bewegen und der Rest erhält Intensivkurse, um in Zukunft bei der uniformierten Polizei zu dienen.

Diese zunächst aufsehenerregende Maßnahme wurde von unterschiedlicher Seite einer skeptischen Beurteilung unterzogen. Nineth de Garcia, Vorsitzende der Menschenrechtsgruppe GAM sagte, daß es scheine, als wolle der Präsident verhindern, daß die tatsächlichen Verantwortlichen von Entführungen vor Gericht müssen. Die Angehörigen von Verschwundenen fühlten sich betrogen, denn sie hätten damit gerechnet, daß die Verantwortlichen gerichtlich belangt werden. Ferner seien anstelle der wirklich Verantwortlichen niedere Ränge zu Sündenböcken gemacht worden.<sup>10</sup>

Auch von ganz anderer Seite, von dem den Unternehmern nahestehendem Tele-nachrichtensender „Aqui el Mundo“ kommt Kritik. In einem Leitkommentar wurde gesagt, daß man durch die DIT-Auflösung Beweise für die Beteiligung hoher Regierungsstellen an Menschenrechtsverletzungen zu verdecken suche.<sup>11</sup>

Trotz der Zusage des Präsidenten gegenüber der GAM, ihr Aufklärung über das Schicksal ihrer Angehörigen zu verschaffen, ist bis dato jede konkrete Antwort ausgeblieben.

### Selbstamnestierung der Militärs

Von Cerezos Amtsantritt bis zum 23.2.1986 ist von den Medien über 64 Mordfälle und 29 Entführungen berichtet worden. U.a. wurde am 28.1.1986 auch ein christdemokratischer Funktionär der Region Chiquimula ermordet aufgefunden.<sup>12</sup>

Die DIT-Auflösung, so begrüßenswert sie als einzelne und symbolische Tat sein mag, bleibt folgenlos, wenn die Verbrecher nicht verfolgt und keine Maßnahmen zur Beseitigung des institutionalisierten Terrors ergriffen werden. Das erneute Auftauchen von Todesschwadronen im Dezember 1985 und im Januar d.J. stimmt bedenklich.

## Erklärung der URNG Minimalforderungen zum Regierungswechsel

Kurz vor dem Amtsantritt des christdemokratischen Präsidenten Vinicio Cerezo gab die Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas (URNG) am 11. Januar d.J. folgende Erklärung ab. In ihr formulierte sie Minimalforderungen, die die Demokratisierungsbereitschaft der neuen Regierung unter Beweis stellen sollen.

Die Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas erwartet von der neuen christdemokratischen Regierung Vinicio Cerezos konkrete Antworten und Handlungen, welche ihren demokratischen und politischen Willen unter Beweis stellen.

Die Möglichkeiten für den Aufbau einer authentischen Demokratie in Guatemala sind mit der Verwirklichung von strukturellen Veränderungen im wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bereich verbunden. Diese Veränderungen sind die Triebkraft des revolutionären Volkskrieges, wie er vom Volk Guatemalas geführt wird. Die Aussichten auf einen neuen Abschnitt im politischen Leben Guatemalas müssen von der Erfüllung der grundlegendsten und dringendsten Bedürfnisse und Erwartungen der großen Mehrheit der Bevölkerung ausgehen.

Die URNG bringt deshalb die folgenden Punkte vor, auf welche die Regierung Vinicio Cerezos mit konkreten Handlungen antworten muß:

1. Aufklärung der tausendfachen Fälle von Verhafteten-Verschwundenen und Ermordeten in den letzten Jahren.
2. Untersuchung und Abklärung der gegen die Landbevölkerung, im speziellen der indianischen Ursprungs, begangenen Massaker.
3. Verurteilung und Bestrafung der hohen Militär- und Polizeichefs, welche für die gewalttätige Unterdrückungspolitik verantwortlich sind.
4. Beendigung aller Gewaltakte gegen die Bevölkerung. Dies beinhaltet das absolute

Ende von Entführungen und Ermordungen, die Einstellung der Bombardierung der Zivilbevölkerung in den Konfliktgebieten, das Ende der Zerstörung von Saat- und Erntegut und aller anderen Formen der Verfolgung der Zivilbevölkerung.

5. Auflösung der zivilen Selbstverteidigungs-Patrouillen, der Modelldörfer und aller anderen Systeme zur Überwachung der Bevölkerung auf dem Land und in den Städten. Die Außerkraftsetzung des nationalen Planes für Sicherheit und Entwicklung und die Auflösung der Heeressektion G-5 für Gemeinde- und Zivilangelegenheiten.

6. Echte Meinungs- und Versammlungsfreiheit für alle Bevölkerungsschichten: Arbeiter, Bauern, Studenten, Angehörige der höheren Berufe, Staatsangestellte usw. Gewährleistung einer unterdrückungsfreien kirchlichen Pastoralarbeit und völlige Pressefreiheit.

7. Sofortige wirtschaftliche Maßnahmen zugunsten der Bevölkerungsmehrheit: Lohnerhöhungen, Preisstopp, Vorrang der nationalen Interessen über die Forderungen des IMF (Internationaler Währungsfonds; d. Red.) und den Druck nach Rückzahlung der Auslandsverschuldung.

8. Regionale Politik der Nichtbeteiligung an den Interventionsplänen der Reagan-Administration und ein echter Beitrag zur Entspannung im Zentralamerikanischen Raum. Die URNG ist der Ansicht, daß diese minimalen Forderungen das Empfinden des guatemalteckischen Volkes wiedergeben und nicht mit Versprechungen oder inhaltslosen Aktionen hintergangen werden können. Die Nichterfüllung dieser Forderungen würde klarstellen, daß der Regierungswechsel einen rein formalen Charakter hat und nur ein etwas ausgefeilteres, gegen das Volk gerichtetes Aufstandsbekämpfungsprojekt darstellt.

(Quelle: Guatemala-Info, Nr. 1/1986, S.7)

Dies dürfte ein Grund dafür gewesen sein, daß Cerezo auf einer Pressekonferenz vom 24.1.1986 die politisch Exilierten ersuchte, jetzt noch nicht nach Guatemala zurückzukehren. Denn es gäbe noch Erscheinungen, die sich außerhalb der Regierungskontrolle befänden.<sup>13</sup>

Was die Politik der Kontrolle über die Landbevölkerung und Aufstandsbe-kämpfung angeht, so zeichnet sich bis-lang keine grundlegende Veränderung ab.

Obgleich Cerezo im Wahlkampf prokla-mierte, daß die paramilitärischen ca. 800.000 Mann umfassenden Zivilpa-trouillen (PAC) in Zukunft nur auf frei-williger Basis existieren sollten, deutet nichts darauf hin, daß irgendwelche Schritte in diese Richtung geschweige denn in Richtung auf die u.a. von der UN-Menschenrechtskommission gefor-derte Auflösung der PAC unternommen würden.

Die Interinstitutionellen Koordinations-stellen (CI), die eine parallele Verwal-tungsstruktur darstellen, die auf jeder administrativen Ebene von dem entspre-chenden ranghöchsten Militär geleitet wird, sollen auch in Zukunft weiter be- stehen. Im Unterschied zu früher soll auf Regionalebene der jeweilige Gouverneur den Vorsitz führen. Beteiligt sein sollen die Bürgermeister des Gültigkeitsberei-ches, der Kommandant der militärischen Zone und drei Vertreter der Privatwirt-schaft.<sup>14</sup>

Schließlich hat Cerezo am 14.2.1986 einen neuen Entwicklungspol (AM) im Kreis Chisec in Alta Verapaz einge-weiht.<sup>15</sup> Die Entwicklungspole dienen als von den Militärs kontrollierte Auf-fangbecken für die durch Armeemassa-ker bzw. -einheiten vertriebene Bevölke-rung, die in „food-for-work“-Programmen (Essen für Arbeit) eingesetzt wird. Was also die Kontrolle über die Landbe-völkerung angeht (PAC, CI, AM), so kristallisieren sich bis dato keine wirkli-chen Änderungen heraus. Dies bedeutet, daß einzuleitende wirtschaftliche und soziale Veränderungen wie sie mögli-cherweise durch das Entwicklungsmini-sterium programmiert werden, weiter-hin von den militärischen und oligarchi-schen Interessen bestimmt sein dürften. Was das Militär anbelangt, hat die neue Regierung einen schweren Stand. Vermutlich hat sie sich aus diesem Grund vorgenommen, deren stufenweisen Rückzug in die Kasernen zu bewerkstelli- gen, ohne direkt das heiße Eisen der Maßregelung und Verurteilung der für staatlichen Terror verantwortlichen Mili-tärs anzupacken.

Die Militärs haben einen Tag vor der Amtseinführung Cerezos eine General-amnestie für alle politischen und ge-wöhnlichen Straftaten dekretiert. Damit verschafften sie sich Straffreiheit für in

der Zeit vom 23.3.1982 bis 14.1.1986 begangene Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen.

Der mächtige Unternehmerverband CACIF hat gegen das Militärregime op-poniert. In ihm gibt es nicht unwichtige Teile des Industrie- und Handelssektors, die für eine Binnenwirtschaftsbelebung und die Reaktivierung des Gemeinsamen Mittelamerikanischen Marktes (MCCA) sind.

Die Ansätze, die der Massenbewegung entspringen, sind die bereits genannte Menschenrechtsgruppe GAM und die Lehrgewerkschaft CNM, die in den letzten 6 Monaten einen sichtbaren Mo-bilisierungsgrad erreichten. Ferner hat es nach Cerezos Amtsantritt im Januar d.J. Landbesetzungen von Slumviertelbe-wohnern gegeben, die jedoch von der Polizei wieder aufgelöst wurden. Cerezo hat dazu am 24.1.1986 angekündigt, bis zum Mai d.J. eine erste Antwort auf das Problem der Wohnungsknappheit und der Elendsviertel (es fehlen 800.000 Wohneinheiten) zu geben.<sup>16</sup>

## Machtfaktor Guerilla

Die Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas (URNG) hat sich von den während der großen Armeeoffensive von 1982 erlittenen Schlägen erholt.

Die aus jener Zeit erwachsenen Folge-probleme sind größtenteils behoben. Die Strategie wurde von der Verallgemeine-rung des Guerillakrieges auf die Konzen-tration der Kräfte umgestellt (als Reak-tion auf die Einrichtung von 22 Militär-zonen seitens der Streitkräfte innerhalb deren Strategiewandels).

Die 1982 erfolgte Vereinigung der Guerillaverbände erfuhr 1985 durch die Bildung des gemeinsamen Generalkom-mandos als oberste Instanz der URNG einen qualitativen Sprung.<sup>17</sup> Dies hatte als eine erste Konsequenz die Durchfüh-rung von koordinierten Aktionen zur Folge.

Ferner hat die URNG, nachdem es Ende August/Anfang September 1985 auf-grund von Bustarif- und Brotpreiser-höhungen zu einer spontanen explo-sionsartigen Entladung des aufgetauten sozialen Unmuts kam, eine daran an- knüpfende Forderungsplattform veröf-fentlicht.<sup>18</sup> In ihr werden alle Volks-, demokratischen und fortschrittlichen Schichten aufgefordert, für ihre Rechte, wie das Recht auf Leben, das Recht auf Arbeit, das Recht auf freie Organisation, für die Souveränität des Landes zu kämpfen.

Während die Forderungsplattform die Möglichkeiten der politischen Aktions-einheit erkennen läßt, stellt die Schaf-fung des Generalkommandos nicht nur

eine stärkere Vereinheitlichung dar, son- dern verbessert die Ausgangslage eines möglichen Dialogs zwischen Regierung und Guerilla.

Die URNG sieht in der DCG nicht ihren Hauptfeind. Sie sagt, daß sie die Durch-führung demokratischer Versprechun-gen des neuen Präsidenten nicht behin-dern werde. Sie habe die Verpflichtung, den Kampf fortzusetzen. Sich zu ent-waffnen, wäre ein Verbrechen.

Denn aufgrund der durch den Kampf erlangten effektiven Macht sei es mög-lich, zu einer politischen Lösung der Pro-bleme beizutragen.<sup>19</sup> Diejenigen christ-demokratischen Sektoren, die aufrichtig und bewußt für einen wirklichen Wandel und eine wirkliche Demokratie eintre-ten, gehören zu der großen Allianz, die die URNG vorgeschlagen hat.

Auf diese Erklärungen erwiderte Cerezo, daß er für die Rebellen „im Moment keine Garantien anbieten kann“ und ein Jahr Zeit benötige, bevor er den Dialog mit der URNG aufnehmen.<sup>20</sup> Einstweilen setzt die URNG ihre Aktionen an ihren drei Fronten fort.

Zusammengefaßt kann man feststellen, daß Cerezo erste zaghafte Änderungsan-sätze in der Stadt und auf dem Land in Angriff genommen hat. Cerezo kann die in den Wahlen erzeugten Erwartungen nur aufrechterhalten, wenn er gleichzei-tig Maßnahmen zum Nutzen der Bevöl-kerung einleitet und nicht zur Repres-sion greift, da er andernfalls schnell ab-wirtschaften würde. Die Zukunft wird erweisen müssen, ob er eine von militä-rischen und oligarchischen Interessen rela-tiv eigenständige Politik umsetzen kann.

### Anmerkungen:

- 1) Vgl. Die Tageszeitung, 5.11.1985 und 16.1.1986
- 2) Vgl. Cerigua, vistazo mensual, Januar 1986
- 3) Vgl. Frankfurter Rundschau (FR), 24.12.1985
- 4) Angaben nach: IDES, Nr. 278, 21.2.1986
- 5) Vgl. Enfoprensa, 14.-20.2.1986
- 6) Vgl. Enfoprensa, 24.-30.1.1986
- 7) Angaben nach: ebenda und Cerigua..., Ja-nuar 1986
- 8) Lohnerhöhungen um je 50 Q monatlich in diesem und im nächsten Jahr. Vgl. Ceri-gua..., 26.1.-2.2.1986 und 24.2.-2.3.1986
- 9) Vgl. Informationsstelle Guatemala, Gua-temala-Info, Nr. 2/1986
- 10) Vgl. Cerigua, 3.-9.2.1986
- 11) Vgl. Enfoprensa, 7.-13.2.1986
- 12) Vgl. ebenda; Enfoprensa, 31.1.-6.2.1986 und Cerigua, 17.-23.2.1986
- 13) Enfoprensa, 24.-30.1.1986
- 14) Vgl. Cerigua, 17.-23.2.1986
- 15) Vgl. Enfoprensa, 14.-20.2.1986
- 16) Cerigua..., Januar 1986
- 17) Vgl. Informador Guerillero, Februar 1986
- 18) Siehe: URNG-Erklärung, September 1985
- 19) Vgl. URNG-Erklärung vom 7.2.1986; Proceso, San Salvador, Februar 1986; Cerigua..., 10.-16.2.1986 und Enfopren-sa, 7.-13.2.1986
- 20) Proceso, Februar 1986

## Gespräch mit Carlos Nunez Was soll die neue Verfassung?

In Nicaragua findet derzeit eine breite Diskussion über den Entwurf einer neuen Verfassung statt, die 1987 von der Nationalversammlung verabschiedet werden soll. In den bundesdeutschen Medien findet dies kaum Beachtung, was wohl daran liegt, daß sowohl die Inhalte als auch die Diskussion um die Verfassung wenig in das Zerrbild von Menschenrechtsverletzungen und Diktatur der Sandinistas paßt. In einem Interview mit dem Chefredakteur der Schweizer Wochenzeitung Vorwärts, René Lechleiter, erläutert der Präsident der nikaraguanischen Nationalversammlung, Carlos Nuñez, die Verfassungsdiskussion.

**FRAGE:** Seit einem Jahr ist die Nationalversammlung nun an der Arbeit. Wie weit sind die Arbeiten für die neue Verfassung gediehen?

**C. NUNEZ:** Zuerst gilt festzuhalten, daß wir uns mit der Ausarbeitung einer Verfassung für Nicaragua beschäftigen in einer Zeit, wo die Vereinigten Staaten ihre Aktionen verstärken, um genau diesen politischen Prozeß zu unterbinden.

Der Grund dazu ist einfach: In dem Maße, wie die Verfassung Realität wird und wir unsere politischen Vorhaben vorantreiben, sehen sich die Feinde der Revolution entwandt. Sie finden keinen Vorwand und keine Rechtfertigung für ihre unsinnigen, auf Zerstörung ausgerichteten Positionen.

Uns geht es um die Ausarbeitung einer modernen Grundordnung mit allen ihren Elementen, einer Verfassung, in welcher alle demokratischen und revolutionären Prinzipien unseres Staates festgelegt werden. Eine Verfassung, die nicht als Bremsklotz oder als Zwangsjacke gegen den laufenden Prozeß ausgeformt ist, sondern sie soll die Errungenschaften der Revolution absichern und darüber hinaus die Möglichkeit offen lassen, daß weitere Veränderungen berücksichtigt werden können.

Am 21. Februar d.J. legen wir eine erste Skizze vor, also noch kein fertiges Projekt. Darin ist die Haltung der sieben im Parlament vertretenen sowie zweier weiterer Parteien enthalten, ebenso erste Vorschläge von 15 angehörten Massenorganisationen.

**FRAGE:** Welches sind die wichtigsten Stichworte dieses Entwurfs?

**C. NUNEZ:** Demokratie und soziale Gerechtigkeit, politischer Pluralismus, gemischte Ökonomie (staatlicher Sektor, Genossenschaften, Privatwirtschaft), Nichtpaktgebundenheit, Antiimperialismus, Selbstbestimmung und Nichteinmischung.

**FRAGE:** Im Parlament sind verschiedene politische Strömungen vertreten. Welches waren die umstrittensten Punkte?

**C. NUNEZ:** Von den bis jetzt besprochenen 220 Verfassungsartikeln sind sicher etwa 50-60 noch umstritten.

Am kontroversesten sind die Artikel, in denen die Rechte, Pflichten und Garantien für alle Nicaraguaner umschrieben werden, sowie dort, wo es um die verschiedenen Formen der Beteiligung geht, das heißt, wie die verschiedenen Klassen und sozialen Schichten an den revolutionären Umgestaltungen, an Regierung und Wirtschaft teilhaben können.

Auch im organisatorischen Teil gibt es noch Differenzen, etwa über die Beziehung unter den verschiedenen Gewalten des Staates und die ihnen unterstellten Einrichtungen. Es gibt Vorschläge, den Zusammenhang zwischen Partei, Staat und Armee zu lockern.

Natürlich gibt es auch Teilkritiken an den oben skizzierten Grundprinzipien.

Völlig offen gelassen haben wir die Präambel. Dieser Text wird erst nach erfolgter Diskussion an der Basis ausformuliert.

**FRAGE:** Wie steht es mit den im kapitalistischen Ausland so oft zitierten Menschenrechten?

Carlos Nuñez, Präsident der Nationalversammlung und Führungsmittglied der Sandinistas



**C. NUNEZ:** Die Menschenrechte werden als eines der grundlegenden Prinzipien in die Verfassung verankert und zwar unmittelbar nach der Präambel.

Wir haben diese vorgesehen im Kapitel „Grundrechte des Volkes“ und im Kapitel „individuelle Rechte und Pflichten der Nicaraguaner“. Wir verstehen die Wahrung der Menschenrechte nicht nur im moralischen Sinne des Wortes. In Nicaragua bedeuten die Menschenrechte das Recht auf ein Leben in Würde, das Recht für alle, von den geschaffenen Gütern genießen zu können, Recht auf Wohnen, auf Bildung, auf anständige Behandlung usw.

Wir reduzieren die Menschenrechte nicht auf einzelne individuelle Rechte, sondern suchen eine viel globalere Sicht.

**FRAGE:** Die Parlamentsparteien haben ja gesagt zum ersten Entwurf, trotzdem sprechen die einen von zu wenig individuellen Freiheiten (Demokratische Konservative Partei, PCD), die anderen von einer bürgerlich-demokratischen Verfassung (Bewegung der Volksaktion, MAP). Was stimmt jetzt?

**C. NUNEZ:** Meiner Meinung nach liegt die Wahrheit in der Mitte dieser Extreme.

### Globale Sicht der Menschenrechte

Im Verfassungsentwurf wollen wir unseren revolutionären Prozeß widerspiegeln, das Erreichte konsolidieren und verbessern. Das ist weder eine typisch bürgerliche Demokratie noch eine sozialistische oder sozialdemokratische Gesellschaftsordnung.

Wir müssen doch die Realitäten im Auge behalten, unser Dasein inmitten des lateinamerikanischen Kontinents sowie die Erfahrungen anderer Länder, um zu einer eigenständigen Verfassung zu kommen.

**FRAGE:** Wie soll es bei der Ausarbeitung der Verfassung nun weitergehen?

**C. NUNEZ:** In der Zeit von Mitte März bis Mitte Mai d.J. werden wir im ganzen Land eine Serie von offenen Ratsversammlungen (cabildos abiertos) durchführen, an denen Arbeiter und Bauern, Frauen, Jugendliche, Christen, Armeengehörige, kleine, mittlere und große Produzenten, Händler, Techniker, Intellektuelle und die verschiedenen ethnischen Gruppen mit uns über den Verfassungsentwurf diskutieren und ihre Vorschläge einbringen können. Wir wollen, daß alle Nicaraguaner ihre Meinung äußern.

Danach wird die gewählte Nationalversammlung in einer weiteren Etappe die Ergebnisse der Diskussion in einen definitiven Verfassungsentwurf einarbeiten und diesen ungefähr Anfang nächsten Jahres vorlegen.

# AIB

Sonderheft 2/86

2 DM

## Philippinen



Jean-Pol.

### Wende unter Aquino?

## Inhalt

<i>Wolfram Bröner</i> Was gehen uns die Philippinen an?	II
<i>Rainer Werning</i> Von Marcos zu Aquino	III
Philippinen-Daten	IV
Politische Gruppierungen	VII
Das Kabinett Aquino	VIII
<i>Reinhard Naumann</i> Die Befreiungsbewegung. Einhalt in der Vielfalt	X
Programm der Nationalen Demokratischen Front (NDF)	XII
Interview mit NDF-Führer Horacio „Boy“ Morales zur Neuorientierung der Linken	XVIII
<i>Rainer Werning</i> Aufstandsbekämpfung mit Tradition	XIX
Operationsplan Stabilität	XX
<i>Nico Biver</i> Die US-Basen: Vorposten für die Intervention	XXIII
<i>Nyandí Boukari</i> Scheitern eines Modells	XXV
<i>Material- und Aktionsspiegel:</i> Bücher, Solidaritätsbewegung, Hilfsprojekt	XXVII

## Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

**Anschrift** von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 0 64 21/2 46 72

**Redaktion:** Wolfram Bröner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diedrichs, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Költer, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig

**Weitere Mitarbeiter:** R. Naumann, I. Rein, R. Werning

**Konten:** AIB-Weltkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/M., Konto-Nr. 312 093-607, oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

**Verlag:** WeltkreisVerlags GmbH, Dortmund

**Druck:** Plambeck & Co., Neuss

**Jahresabonnent:** Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto), Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto), Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

**Preis** der Sonderhefte/Nebenblätter 2,- DM. Bei Abnahme von 10 oder mehr Exemplaren gewähren wir 33% Ermäßigung.

**Redaktionsschluss:** 11. April 1986

**Anzeigen:** Sandler, Rohwohlt Verlag, medico international, Forum

**Fotonachweis:**

R. Werning, Kommentar, Inside Asia, Konkret, AIB-Archiv

## Was gehen uns die Philippinen an?



Als CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl Ende Februar d.J. der eben neuinstallierten Regierung Aquino „zum Sieg der Demokratie“ gratulierte, muß er bei dieser und der philippinischen Volksbewegung einen bitteren Nachgeschmack hinterlassen haben. Denn in kaum einer anderen westlichen Hauptstadt hatte man so ausdauernd wie in Bonn der Marcos-Diktatur die Stange gehalten. Zu einem Zeitpunkt, da selbst Reagans State Department (Außenministerium) zum diskreditierten Marcos-Clan auf Distanz gegangen war und auf eine demokratische Öffnung drängte, hatte sich Entwicklungsminister Jürgen Warnke (CSU) bei einem offiziellen Philippinen-Besuch im Oktober 1985 als Rücken-decker profiliert.

„Teil meiner Mission ist“, so Warnke in Manila, „herauszufinden, wie nützlich wir uns in der Stabilisierung ihres Programms zur Erholung der Wirtschaft machen können.“

Während die westliche Welt die Krisenlage des Insellandes auf Marcos' Vetternwirtschaft, Selbstbereicherung und fehlende Bereitschaft zu Reformen zurückführte, bescheinigte der Bonner Minister den Gastgebern, daß notwendige strukturelle Reformen im Gang seien. Diese schüfen für Entwicklungsprojekte wieder günstigere Bedingungen.

Warnke hatte auch allen Grund, sich in Manila Rechtfertigungen zurechtzubiegen. In den Entwicklungshilfevergaben an die Philippinen rangiert die BRD mit 700 Mio DM (1964-86) hinter Japan und den USA auf Platz 3. Im Unterschied zur EG, die 1983 ihre Entwicklungshilfe stoppte, hatte die Regierung Kohl 1984 den Philippinen 68 Mio für Projekthilfe zugesagt und einen Warenkredit von 30 Mio DM für bundesdeutsche Philippinengeschäfte bereitgestellt.

Bei seiner Manila-Visite unterzeichnete Warnke eine Umschuldungsvereinbarung über 6 Mio DM und ein Kapitalhilfeabkommen über 25 Mio DM, womit das Bonner Hilfspaket für 1986 auf 37,5 Mio DM answoll.

Dem Bonner Weltbankgouverneur Warnke lagen Sonderhilfen gerade für das asiatische Schuldnerland Nr. 1 (26,5 Mrd Dollar!) umso mehr am Herzen, weil Marcos seinen Plädoyers für eine Privatisierung der Entwicklungshilfe und für vermehrte Auslandsinvestitionen beipflichtete.

Im übrigen machte der Entwicklungsminister kein Hehl aus seiner Vorliebe für jene fernöstlichen Diktaturen, die sich gleichermaßen durch einen militanten Antikommunismus, durch die rigide Unterdrückung von Gewerkschaften und Linkskräften, durch Großzügigkeit gegenüber den Multis und eine bereitwillige Einfügung in die Militärstrategie der Westmächte auszeichneten: die Philippinen der Marcos-Ära, Taiwan und Südkorea.

Als Beweggrund hinzu kommt der pazifische Wettlauf der imperialistischen Zentren um die Markt- und Investitionsanteile, wobei die Westeuropäer bzw. die BRD viel Boden gutzumachen haben. Auf den Philippinen etwa teilen sich die US-amerikanischen und japanischen Konzerne alleine 80% aller Fremdinvestitionen und 60% des Außenhandels.

## Die zweite Erstschlagsfront

Schon hat der pazifisch-asiatische Raum eingangs der 80er Jahre den Atlantik als weltwirtschaftliche Schwerpunktregion überholt, was sich in ihren Anteilen von 36% bzw. 32% am Weltsozialprodukt (1960 entfielen auf den Atlantik noch nahezu 50%) widerspiegelt. Die Bonner Spitzenpolitiker versuchen dieser Aufwertung des Fernen Ostens durch eine in den letzten Jahren regere Reisediplomatie Rechnung zu tragen.

Die Westmächte registrieren ferner nur zu gut, daß vom Knotenpunkt Philippinen aus ein Großteil des Asienhandels, der das Nadelöhr Straße von Malakka passieren muß, und die militärstrategischen Verbindungslinien zwischen Indischem Ozean und Nordwestpazifik zu kontrollieren sind.

Seit die Reagan-Administration daranging, den Nordwestpazifik im Rahmen ihrer atomaren Erstschlagsstrategie zur zweiten Aufmarschbasis neben Westeuropa auszubauen (siehe AIB 6/1984 ff.), ist der Stellenwert der US-Stützpunkte auf den Philippinen eher gewachsen.

Subic Bay, größte Marinebasis außerhalb der USA und wichtigster Anlaufhafen der 7. US-Flotte, und dem riesigen Luftwaffenstützpunkt Clark Air Base sind wichtige Funktionen in der Interven-

tions- und vor allem der Atomkriegsplanung des Pentagon zgedacht.

Eier lagern bereits jetzt Atomwaffen, die auf Marineflugzeugen zur U-Boot-Bekämpfung oder zur Neubestückung von Kriegsschiffen der 7. Flotte gedacht sind. Routinemäßigen Zugang zu Subic Bay haben auch mit seegestützten Cruise Missiles ausgestattete US-Kriegsschiffe erhalten. Die Clark Air Base und andere Militäreinrichtungen schließlich wurden mit Anlagen für das C<sup>3</sup>I-System, d.h. die im atomaren Erstschlagskonzept eingebundene Feindaufklärung und Kommunikation, versehen.

Von daher erklärt sich, daß die Philippinen ähnlich wie die nordwestpazifischen Vorposten Südkorea und Japan im Konfliktfall als erste Gefahr laufen, Zielscheibe sowjetischer Gegenschläge zu werden. Wie die westeuropäischen Stationierungsländer der Erstschlagswaffen Pershing II und Cruise Missiles verwandeln sie sich so in Geiseln Washingtons.

Um dieser Gefahr zu begegnen, hat sich auf den Philippinen, in Japan und im atomaren „Hinterland“ Südpazifik eine Massenbewegung für die Entfernung der US-Militärbasen und für atomwaffenfreie Zonen herausgebildet. Sie reicht auf den philippinischen Inseln heute von der linken Nationalen Demokratischen Front bis ins bürgerliche Lager.

Nach dem Sturz der militärstrategisch verlässlichen Marcos-Diktatur grassiert daher bei den NATO-Verbündeten die Furcht, ein weiterer Radikalisierungsprozeß und Verlust der US-Basen auf den Philippinen könne die zweite Erstschlagsfront in Fernost ins Rutschen bringen.

Thomas Moorer, Admiral a.D. und vormals ranghöchster US-Offizier, hielt dem Gerede über mögliche Ausweichbasen bündig entgegen, falls man die Philippinen verlöre, müsse man sie eben zurückerobern. Verteidigungsminister Weinberger will der die Basen gefährdenden „wachsenden kommunistischen Gefahr“ durch die Verdoppelung der Militärhilfe für Manila 1986/87 und durch mehr US-Militärberater für die Guerillabekämpfung ähnlich wie in El Salvador die Stirn bieten.

Ob solcher „Schutz“ oder die von Warnke mittlerweile angepeilte Wiederaufnahme der EG-Wirtschaftshilfe für die Philippinen die „gemäßigten“ Kräfte in und außerhalb der Regierung Aquino effektiver zu stärken vermag, bleibt ungewiß. Gewiß ist hingegen, daß die philippinisch-pazifische Volks- und Friedensbewegung hierzulande eine stärkere Beachtung und Unterstützung verdient hätte.

Wolfram Bröner



Die Führungspersönlichkeiten des neuen Regimes (v.r.n.l.): Präsidentin Aquino, Vizepräsident Laurel, Generalstabschef Ramos

Rainer Werning

## Von Marcos zu Aquino

„Wir werden eine große Nation werden!“ Mit diesem Slogan hatte sich 1965 der gerade von der Liberalen (LP) zur Nationalistischen Partei (NP) übergewechselte Präsidentschaftskandidat Ferdinand E. Marcos gegen seinen Freund und plötzlichen „Widersacher“ Diosdado Macapagal erfolgreich durchgesetzt. Anfang 1966 zog Marcos offiziell als sechster Präsident der Republik der Philippinen in den Malacañang-Palast zu Manila ein.

Im Gegensatz zu sämtlichen Vorläuferregierungen zeichnete sich das Marcos-Regime durch ein klares programmatisches Bekenntnis zur Weltmarktintegration, mit der Exportorientierung als ihrem Standbein, aus.

In diesem Sinne hatte Macapagal seit 1962 Vorarbeit geleistet: Aufgrund der gescheiterten national orientierten Wirtschaftspolitik (Phase der sog. Importsubstitution) und auf Drängen der IMF (Internationaler Währungsfonds)-Weltbank-Gruppe mußte er erstmalig die Außenhandels- und Devisenbeschränkungen lockern. Die drastische Abwertung der Landeswährung, des Peso, überverteilte selbstredend ausländisches Kapital und begünstigte den Import von Fertigwaren.<sup>1</sup>

Die Marcos-Administration ging einen Schritt weiter: 1967 und 1968 wurde im damaligen Kongreß als Investitions- bzw. Exportförderungsgesetz verabschiedet. Danach blieben ausländische Unternehmen ausdrücklich gegen Verstaatlichungen geschützt und erhielten bei der Kapitalisierung einheimischer Firmen freie Hand. Manila pries diese Gesetze als Einlösung einer wahrhaft nationalistischen Politik. Faktisch, so die Gesetzesbestimmungen, konnten Ausländer gar zu 100% Kapitaleigner von Firmen sein, solange sie Filipinos innerhalb der nächsten 10 Jahre mehrheitlich die Fir-

menaktien veräußerten.

Desweiteren profitierten von der Marcos'schen Wirtschaftspolitik die Zucker- und Koprazaren, deren Ausfuhrquoten in die USA zunächst noch erhöht wurden. Der nationalen Bourgeoisie verhielß man Boomzeiten; sie sei jetzt imstande, von verstärkten Kapitalinvestitionen und Transfers moderner Technologien aus dem Ausland zu profitieren.

Die Werkstätigen und die Intelligenz wurden aufgefordert, sich aktiv an dem neuen Modell der Exportorientierung zu beteiligen. Schließlich hätten Nachbarländer wie Singapur und Südkorea überzeugend den Beweis erbracht, wie vorteilhaft die Öffnung nach außen und Einbindung in den Weltmarkt durchschlage.

Der Anschluß an das Weltniveau, so die Quintessenz dieser Entwicklungslogik, setze die Inseln auf die Gleise eines Wohlstands für alle – entsprechend dem Werdegang der westlichen Industriestaaten.

### Aufstieg der „Zebresel“

Dieses Kredo fing anschaulich den Zeitgeist ein. Es klang nicht nur stimmig; es strahlte auch einen damals nicht zu unterschätzenden ideologischen Glanz aus. Entwicklung um jeden Preis – wer vermöchte sich dagegen anzustemmen? Mehr noch: Manila stellte mit der Gründung zentraler Planungsbehörden und den Universitäten angegliederten Wirtschafts- und Managementzentren die für den neuen Kurs benötigten Instrumente zur Verfügung.

Bestückt wurden sie mit amerikanischen Mentoren und „Zebreseln“, wie die vorwiegend in den USA ausgebildeten sog. Technokraten im Volksmund bespöttelt wurden. Womit ein Zwitter gemeint war – vom Aussehen Filipino, im Denken und Handeln aber ganz von

## Philippinen-Daten

**Fläche:** 300.000 qkm (BRD: 248.198 qkm). Das Land besteht aus 7.107 Inseln, von denen jede 8. bewohnt ist. Administrative Einteilung in 13 Regionen und 73 Provinzen. Hauptinseln sind Luzon und Mindanao.

**Bevölkerung:** 54 Mio. Ca. 70 Volksgruppen; vorwiegend jungmalaiische Filipinos (Tagalen, Visayas) und altmalaiische Gruppen (Igoroten, Illongoten). 1-2% Chinesen. Durchschnittliches Bevölkerungswachstum 1973-83: 2,7%.

**Hauptstadt:** Manila (1,6 Mio im Jahr 1980)

**Religion:** 85% römisch-katholisch, 7% sonstige Christen (vorwiegend Protestanten), 5% Moslems, 3% Animisten und Buddhisten

**Sprachen:** Philipino ist Nationalsprache, Englisch die zweite Amtssprache. 76 verschiedene Sprachen und Dialekte

**Währung:** Philippinischer Peso (₱); 1 ₱ = 0,14 DM (Ende September 1985)

**Staatsordnung:** Seit dem 25.3.1986 gilt eine Übergangsverfassung, die die Grundrechte und Freiheiten garantiert. In der Zeit bis zur Inkraftsetzung einer neuen Verfassung, die innerhalb von maximal 150 Tagen ausgearbeitet und dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden soll, regiert Präsidentin Corazon Aquino auf dem Verordnungsweg. Das Parlament wurde aufgelöst.

**Wirtschaft und Soziales:** Die Philippinen sind ein Agrar-Industrie-Land. Das Brutto-sozialprodukt (BSP) betrug 1983 760 Dollar je Einwohner. 22% des Bruttoinlandsprodukts werden in der Landwirtschaft, 36% in der Industrie und 42% im Dienstleistungsbereich erzeugt. In der Landwirtschaft sind 46% der Erwerbstätigen beschäftigt. Hier sind Großgrundbesitz und Plantagen vorherrschend. Das Wachstum des BSP betrug 1980-84 durchschnittlich 1,1%. Unter den 1.000 größten philippinischen Unternehmen befanden sich 1981 324 ausländische, vor-

wiegend US-amerikanische Konzerne, die 52,6% des gesamten Umsatzes bestritten.

In der Industrie werden vor allem Konsumgüter hergestellt. Bodenschätze umfassen große Vorkommen an Gold, Silber, Mangan, Chrom, Eisen, Blei, Kupfer und Zink.

Wichtigste Ausfuhr Güter sind: Halbleiterprodukte (15%), Zucker (8%), Kokosnußprodukte (19%), Holz (bis 10%) und Kupfer (6%). Wichtigste Handelspartner sind die USA (25%), Japan (20%) und die EG (15%). Die Auslandsverschuldung lag 1984 bei 26,5 Mrd Dollar.

**Lebenserwartung:** 64 Jahre (1983). Säuglingssterblichkeit: 49/1000 (1983). Auf einen Arzt entfallen 7.970 Einwohner. Alphabetenrate: 25% (1980). Durchschnittliche Inflationsrate: 53,1% (1983-84). 30% der Beschäftigten waren arbeitslos oder unterbeschäftigt (1984). Der Kalorienverbrauch beträgt 1670 pro Kopf und Tag.

### Geschichte:

13000 - 10000	Einwanderung in Aeta
Ab 4000	Einwanderung der Proto-Malaien
700 - 1400	Die Inseln sind Teil von indonesisch-malaiischen Handelsreichen. Im Süden setzt sich der Islam fest
1521	Ferdinand Magellan nimmt die Inseln für Spanien in Besitz
1570-1648	Die Spanier setzen sich gegen Portugiesen und Niederländer durch
1898	Nach Aufständen gegen die Spanier wird die Republik ausgerufen. Die USA, die sich im Krieg gegen Spanien befinden, annektieren anschließend die Inseln
1901	Bewaffneter Aufstand gegen die Besatzer
1934	Gewährung einer formellen Autonomie
1941	Japanische Invasion
1942	Beginn des bewaffneten Widerstands der Hukbalahap
1946	Unabhängigkeit von den USA
1947	Stützpunktabkommen mit den USA
1949-52	Erhebung der Huk
1965	Ferdinand Marcos wird Präsident
1969	Wiederwahl von Marcos, Beginn vorwiegend studentischer Proteste
1972	Ausrufung des Kriegsrechts
1973	Gründung der Nationalen Demokratischen Front
1981	Kriegsrecht wird nominell aufgehoben
1983	Ermordung des Oppositionspolitikers Benigno Aquino. Beginn landesweiter Massenproteste gegen die Diktatur
1984	Parlamentwahlen, die von 10 Mio Filipinos boykottiert werden
1985	Proteste werden fortgesetzt. Die Linke gewinnt an Einfluß
1986	Vorgezogene Präsidentschaftswahlen, die Marcos fälschen läßt, führen zum Sturz von Marcos. Corazon Aquino wird neue Präsidentin

Uncle Sam geprägt. Diese Technokraten stellten den unverzichtbaren Kader und entwarfen wirtschaftspolitische Expertisen, welche die neue Marschrichtung wiesen.

Über ihre fachliche Kompetenz hinaus zeichnete sie ein bemerkenswertes Politikverständnis aus. Wohl als Ausfluß ihres Studienaufenthaltes an ausländischen wirtschafts- und politikwissenschaftlichen Fakultäten werteten sie das „Gerangel politischer Parteien“ oder „langwieriger demokratischer Prozesse“ als „Luxus“, den sich ein Entwicklungsland erst später erlauben könne.

Politik definierte sich in ihrer Sicht allenfalls als ein Zustand, der ihnen ein widerspruchsfreies Schalten und Walten im Sinne einer zügigen Entwicklung ermöglichte. Protest, gar Widerstand war ihnen – wie Marcos – ebenso zuwider wie aufreibende (partei-)politische Querelen.

Folgerichtig wurden zur gleichen Zeit Vorkehrungen getroffen, um gegen politische Unwägbarkeiten gewappnet zu sein.

Das erklärte die Aufwertung der Armee- und Polizeieinheiten, deren „Ordnungsfunktionen“ vordem wesentlich einer Vielzahl von Privatarmeen (sog. „Monkees“) einflußreicher Großgrundbesitzer und regionaler Politgrößen überantwortet war. Bei der „Ausradierung“ der Bauernrevolten in den 40er und 50er Jahren hatten sich US-Militärs ja direkt eingeschaltet.

Dem Militär erkannte das Marcos-Regime ausdrücklich eine positive Rolle bei der Nationbildung zu. Da die Streitkräfte im Rahmen des US-Militärhilfeprogramms einen Modernisierungsschub erlebt hatten, wurde an die Militärs die Erwartung geknüpft, als Trägergruppe politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels zu wirken.<sup>2</sup>

Seit Mitte der 60er Jahre nahm dies deutliche Konturen an: Militärs zeichneten unmittelbar für die Durchführung und Überwachung infrastruktureller Großprojekte (Auf- und Ausbau von Straßen, Brücken, Häfen u.ä.) verantwortlich und übernahmen seit der Verhängung des Kriegsrechts gar judikative wie exekutive Vollmachten.

Manilas neuer wirtschaftspolitischer Kurs genöß bis Ende der 60er Jahre einen weitgehend nationalen Konsens. Für den Großteil der Bevölkerung galt die Marcos-Administration als dynamisch und zupackend. Die Sach- und Fachkompetenz ihrer Technokraten und Bürokraten stand außer Frage.

Diese Einstellung resultierte auch und gerade aus dem desolaten Zustand der beiden großen Parteien LP und NP, die, untereinander in diverse Fraktionen und regionale Seilschaften gespalten, als Vehikel zur persönlichen Bereicherung im Catch-as-Catch-Can-Stil mit Mißtrau-



en und Spott bedacht wurden. Kein Wunder, daß Marcos 1969 wie keinem seiner Vorgänger die unter philippinischen Verhältnissen relativ faire Wiederwahl glückte.

Washington sah in Marcos einen Präsidenten ganz nach seinem Geschmack. Um die Jahreswende 1970/71 publizierten die amerikanische Botschaft in Manila Untersuchungen, wonach die US-Investitionen im Lande einen Mindestprofit von 300% garantierten. Die Durchschnittsprofitrate der auf dem Archipel operierenden US-Konzerne lag demnach um 25% über den von ihnen andernorts in Übersee eingestrichenen Gewinnen. Berechnungen des Economic Monitor zufolge betragen die zwischen 1962 und 1969 aus dem Lande gezogenen Nettoprofite reichlich 1,5 Mrd. Dollar.<sup>3</sup>

## Widerstand gegen den Ausverkauf

Für das Auslandskapital boten neue Exportproduktionszonen ideale Verwertungsbedingungen. Durch eine Palette von Sondervergünstigungen wurde hier ausschließlich für den ausländischen Markt produziert. Die Finanzierung solcher Zonen sowie infrastruktureller Großprojekte aber war nicht intern (etwa durch einen Rückgriff auf Spareinlagen für investive Zwecke), sondern nur durch massive Kreditaufnahmen im Ausland zu gewährleisten.

Das aber machte eine weitere drastische Pesoabwertung erforderlich: 1970 wurde sein Außenhandelswert gegenüber dem Dollar auf 6 Pesos festgesetzt. Im Januar 1971 war die Inflationsrate im Großraum-Manila gegenüber dem Vorjahresmonat mit 24,9% zweistellig.<sup>4</sup>

Die nachteiligen Auswirkungen bekamen vor allem das städtische Proletariat und die Bauern zu spüren.

Ihrem Protest schlossen sich bald Teile der Intelligenz und der studentischen Jugend an. Die seit der Unabhängigkeit (Sommer 1946) größten nationalen und gegen die eskalierende US-Kriegführung in Indochina gerichteten Demonstrationen gingen als „First Quarter Storm“, erster Vierteljahressturm (1970), in die Geschichte der Inseln ein. Von diesen Sentiments der Straße blieb nicht einmal der Oberste Gerichtshof verschont, der sich in spektakulären Urteilen gegen die den Amerikanern eingeräumten Sondervergünstigungen aussprach.<sup>5</sup>

Zudem waren mit der Neugründung der Kommunistischen Partei (CPP) und ihrer Guerilla der Neuen Volksarmee (NPA) seit 1968/69 Organisationen entstanden, die – vorerst nur in Regionen Zentral- und Ostluzons verankert – in Gestalt der Kabataan Makabayan (Nationalen Jugend) über ein in den Städten verankertes Scharnier ihrer antifeudalen und

antiimperialistischen Propaganda verfügten.

Auch war 1971 mit der Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF) ein unter der moslemischen Bevölkerung des Südens entstandenes Widerstandspotential etabliert, dessen militärischer Arm, die Bangsa Moro-Armee (BMA), die Regierungstruppen in Bedrängnis brachte.

Das Marcos-Regime reagierte am 21.9.1972 mit der Verhängung des Kriegsrechts. Die Speerspitze der schrittweisen Zentralisierung und Konzentration staatlicher Macht – Militär und Polizei – erhielt Sondervollmachten. Die „Niederschlagung der Subversion“, „der Kampf gegen Kommunisten, Separatisten und rechte Oligarchen“ (Marcos) dienten als Legitimation.

Binnen weniger Wochen waren sämtliche politischen Organisationen und Parteien verboten, der Presse die kritischen Stacheln entfernt, Oppositionelle zu tausenden hinter Schloß und Riegel gesteckt, Streiks untersagt und Löhne eingefroren. Noch stieß dieser Schritt in weiten Teilen des Bürgertums wenn schon nicht auf Sympathie so doch auf Verständnis. Ruhige Arbeitsverhältnisse, kontrollierte Gewerkschaften und staatlich dekretierte Lohnsenkungen – was sollte man dagegen haben?

Die USA zeigten sich erleichtert, wurde es doch zum Gebot der Stunde, angesichts des Debakels in Indochina wenigstens dem engsten Verbündeten in der Region einen „Domino“-Effekt zu ersparen. Stabilität um jeden Preis war gefragt.

Seine nachgerade klassische Rechtfertigung gipfelte darin: „Wir sind der Meinung, daß, sofern überhaupt, nur wenige Amerikaner die Einschränkung persönlicher Rechte und demokratischer Institutionen als negative Beeinflussung amerikanischer Interessen ansahen. (...)“

## Anschluß ans Weltniveau

Amerikanische Beamte sind zudem der Ansicht, daß die Stärkung präsidialer Autorität (...) Präsident Marcos befähigte, eine gewünschte Stabilität herbeizuführen, die in unserem Interesse erfolgte, und daß (...) die Militärbasen und eine uns wohlgesonnene Regierung in den Philippinen wichtiger als die Wahrung demokratischer Institutionen sind.“<sup>6</sup>

Dies war eine logische Weiterentwicklung jener „Empfehlungen“, die 1969 in Ausschlußberichten des US-Senatskomitees für Auswärtige Angelegenheiten unter Vorsitz des Senators Symington zur Sprache kamen. Darin wurde z.B. die Aufstockung amerikanischer Militärhilfen mit dem Hinweis begründet, sie halte „die innere Sicherheit und Stabilität“ aufrecht, um „unsere (die amerika-



„People's Power“, die Macht des Volkes, war eine treibende Kraft beim Sturz des Marcos-Regimes

nische; d. Verf.) Aktivitäten sicherer zu gestalten“.<sup>7</sup>

Das verleitete Senator Symington zu der präzisen Schlußfolgerung: „Wir also zahlen der philippinischen Regierung Gelder, um uns vor dem philippinischen Volk zu schützen, das die Amerikaner nicht mag.“<sup>8</sup>

Im Haushaltsjahr 1972/73 wurden von Washington für das erweiterte öffentliche Sicherheitsprogramm 3,9 Mio Dollar bereitgestellt. Polizeibeamte wurden in den USA in CIA-, FBI-, Armee- und Polizeiausbildungszentren geschult. Auf den Philippinen erfolgte das in Schulungsakademien, die „sehr leicht in Gefangenenlagern verwandelt werden konnten, um die wachsende Zahl politischer Häftlinge unterzubringen“, die nach dem 21.9.1972 konstatierbar war.<sup>9</sup>

Daß die US-Wirtschaftshilfe in einem solch „gesicherten Klima“ gedieh, bewies ihre Steigerung um nahezu das Doppelte zwischen 1970-72 und 1973-75: von 134 auf 254 Mio Dollar. Japan folgte alsbald diesem Beispiel, als Marcos den jahrelang auf massiven Widerstand gestoßenen bilateralen Freundschafts-, Schiffs- und Handelsvertrag mit Tokio qua Federstrich 1974 in Kraft setzte.

Die IMF-Weltbank-Gruppe stufte die Inseln als eines ihrer sog. Vorzugsgebiete ein mit dem Effekt, daß Manila faktisch immense Kreditpakete aufgedrängt wurden; es galt ja als sicherer und in internationalen Finanzkreisen geschätzter Kantonist. Auf die Philippinen verweisend, erklärte 1976 ein Topmanager der Manufacturers Hanover Trust Bank, daß „in den letzten Jahren größere soziale und politische Reformen jene Engpässe verringern halfen, die in der Vergangenheit ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum blockierten“.<sup>10</sup>

Da die wesentliche Reform in der Etablierung der Marcos-Diktatur bestand, kristallisiert sich in diesem vom internationalen Business formulierten „Reform“-Konzept die als wünschenswert eingestufte Gestaltung der sozialpolitischen Strukturen in der sog. Dritten Welt. Die Symbiose zwischen einer Kompradorenelite und lokalen Militärs auf der einen und ausländischen Wirtschafts- und Militärinteressen auf der anderen Seite war ohne aktiven oder angedrohten Terror undenkbar. Die Philippinen unter dem Kriegsrecht unterstrichen dies neuerlich aufs Anschaulichste.

Fazit: „Blutbäder und Terror, die ein günstiges Investitionsklima begründen, sind 'konstruktiv' in dem Sinne, daß sie jenem Zweck dienlich sind, der unter den Führern der Freien Welt absolute Priorität beansprucht. Menschenrechte sind da von gänzlich untergeordneter Bedeutung; dem verübten Terror wird die Sicherungsfunktion von 'Freiheit' und 'Sicherheit' zuerkannt.“<sup>11</sup>

Nach achtjähriger diktatorischer Herrschaft mehrten sich kritische Töne aus einer Ecke, von der man bislang nur gewohnt war, daß sie das Marcos-Regime über den grünen Klee lobte.

## Risse im „Modell Philippinen“

In einem Weltbank-Report hieß es u.a.: „(...) Obwohl durch Ausschalten der Parteipolitik das klientele System, das ein wesentlicher Bestandteil der philippinischen Politik vor 1972 war, theoretisch hätte beseitigt werden können, ist das Netz persönlicher Abhängigkeiten eher modifiziert als abgebaut worden. Dies läßt auf eine stärker gewordene Machtposition Marcos' und seiner Verbündeten schließen. (...)“

Gegenwärtig sprechen viele Beobachter von einer 'neuen Regierungskoalition', die sich zusammensetzt aus der Marcos-Familie und einem ihr nahestehenden Personenkreis, gehobenen Technokraten, Bürokraten in Schlüsselstellungen, Armeeoffizieren und einigen wohlhabenden Geschäftsleuten. Dieses Bündnis wird zum einen durch persönliche Loyalität gegenüber dem Präsidenten bestimmt und zum anderen dadurch, daß etliche dieser Personen, selbst in der Armee, aus Marcos' Heimatregion Ilocos stammen.“<sup>12</sup>

Trotz versteckter Zynismen war die Ende 1980 vorgenommene Lageeinschätzung durch ein Weltbank-Team bemerkenswert zutreffend gezeichnet. Die schwindende Unterstützung für Marcos innerhalb der Unternehmerschaft wertete es als politische Folge mehrerer voneinander abhängiger wirtschaftlicher Tendenzen: enormer Machtzuwachs der transnationalen Konzerne; Aufblähung



Aktion der Linken für einen Wahlboykott: „Verjagt die 7. US-Flotte von philippinischem Territorium! Boykottiert die vorgezogenen Wahlen!“

des staatlichen Unternehmenssektors und Protektion Marcos-loyaler Geschäftsleute.

Die herrschende Klassenallianz aus Marcos-treuen Großgrundbesitzern, Kompradoren, Technokraten und Militärs hatte die politische und wirtschaftliche Macht soweit monopolisiert, daß selbst die früher diffuse Korruption nunmehr „stromlinienförmig“ auf das enge Herrschaftszentrum zulief.

Inkompetenz, honoriertes Kriechertum und Extravaganzen waren Tür und Tor geöffnet, während die mafiotische Zu- und Verteilung von Macht und Pfründen selbst in der obersten Militärspitze hofähig wurde. General Fabian C. Ver, Verwandter des Präsidenten, dessen Chauffeur und Leibwächter, Geheimdienstchef und 1981 gar über die Köpfe altgedienter Militärs hinweg zum Generalstabschef ernannt, verkörperte den Prototyp der „fat bellies“, der dickbäuchigen, inkompetenten Nutznießer eines Regimes, in dem außerökonomische Zwänge und gegenseitig zelebrierte Schuld dankbarkeit sozusagen mustergültig die halbfeudale politische Kultur widerspiegeln.

Streckenweise funktionierte dieses System ausgezeichnet, zumal das Regime sich darauf verstand, regionalistische Unterschiede und Querelen mit einer Zuckerbrot-und-Peitsche-Taktik zu glätten oder für sich zu instrumentalisieren.

Protest und Widerstand, lange Zeit nur auf das Hinterland beschränkt, wuchsen proportional der dramatisch verschlechterten sozialen Lage. Klaffende Zahlungsbilanzdefizite, stagnierende Kapitalinvestitionen, die nach Südkorea höchste Auslandsverschuldung in ganz Asien, grassierende Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Slumbildung signalisierten das akute Dilemma des „philippinischen Modells“.

Nach erlittenen Rückschlägen bis Mitte

der 70er Jahre war es der CPP/NPA und der ihr übergeordneten, im Frühjahr 1978 entstandenen Nationalen Demokratischen Front (NDF) gelungen, ihre Operationsbasis auf die mittlere Visaya-Inselgruppe und nach Mindanao auszuweiten.

Der von ausländischer Unterstützung abgeschnittenen Guerilla gelangen aufgrund einer geschickten Verknüpfung von bewaffnetem Kampf und politischer Massenarbeit in den Städten dramatische Einbrüche bis tief ins bürgerliche Lager hinein.

Außerdem waren die neben dem Staatsapparat einzig intakt gebliebenen Institutionen, die Kirchen, deren unterer Klerus sich gleichsam seit Mitte der 70er Jahre auf oppositionelle Positionen begab, und kirchlich unterhaltene soziale Aktionszentren wiederholt zur Zielscheibe staatlichen Terrors geworden.

## Zuspitzung nach Aquino-Mord

So sehr Protest sowie legaler und illegaler Widerstand wuchsen, so wenig war die oberste Militärelite unter Ver der „Aufgabe“ gewachsen, der Guerilla das Rückgrat zu brechen. Für das Militär bereitgestellte Gelder versickerten in den Taschen der „fat bellies“. Das politische System und seine Militärkaste erwiesen sich just in dem Augenblick als dysfunktional, wo ihr Profil und die Legitimation staatlicher Herrschaft dringender denn je vonnöten gewesen wären.

Diese Situation spitzte sich mit der Liquidierung von Ex-Senator Benigno Aquino im August 1983 zu. Nach achtjähriger Haft und dreijährigem Selbstexil in den USA beabsichtigte er, zusammen mit dem Erzbischof von Manila, Kardinal Jaime Sin, seinen nationalen Aus- und Versöhnungskurs gegenüber dem Präsidenten ins Spiel zu bringen. Aquino war die Galionsfigur des auf einen fried-



lichen Wandel spekulierenden Bürgertums.

Seine Ermordung brachte die Protestspirale in Bewegung und dem Bürgertum schlagartig die Menschenrechtsfrage „näher“. Hatte es mehrheitlich zu dem alltäglichen Staatsterror gegen die Bauern und ethnischen Minderheiten geschwiegen, so propagierte es jetzt im Stakkato die Beseitigung der Marcos-Diktatur und machte sich teilweise selbst die weitergehende Losung vom „Sturz der US-Marcos-Diktatur“ zu eigen.

Kapitalflucht, der Auftakt mehrmalig erneuerter Schuldenmoratorien und die gefestigte Phalanx städtisch wie im Hinterland verankerten Widerstands markierten das Abbröckeln staatlicher Macht.

Erstmals auch zogen im Sommer 1983 US-Militärs die eventuelle Verlagerung der mit Subic Bay Naval Station und Clark Air Field bedeutsamen und größten überseeischen Basen gen Osten (nördliche Marianen-Inseln) in Erwägung.

In alarmierenden „Reiseberichten“ beschworen amerikanische Politiker und Geheimdienstler das dramatische Wachstum der NPA und drängten die Reagan-Administration, ihre Politik vis-à-vis den Philippinen neu zu bedenken. „Der beste Freund im Pazifik“ (Reagan) galt nicht länger mehr als unerschütterlicher Eckpfeiler der US-Interessen in Ostasien.

Mit der Inter-agency Task Force on the Philippines entstand schließlich eine behördenübergreifende Planungsgruppe aus Repräsentanten des Weißen Hauses, des State Department (Außenministerium) und Pentagon (Verteidigungsministerium), des CIA sowie des Schatzamtes. Ihr fiel die brisante Aufgabe zu, ein „radikalisierendes Philippinen“, mithin die potentielle „Destabilisierung der gesamten Region“, zu verhindern. Die Grundlinien diesbezüglich auseinanderklaffender Einschätzungen ließen sich an

der zentralen Frage festmachen, wie letztlich das Marcos-Regime zu bewerten sei – als Mittel oder als Stolperdraht bei der Krisenlösung?

Als exponierter Vertreter der letzten Option trat von Anfang an das State Department auf. In Marcos' ungebrochener Herrschaft sah es eine geordnete Nachfolgeregelung gefährdet. Demgegenüber favorisierte das Weiße Haus eindeutig die Marcos-Connection.

Eine Preisgabe des Regimes, so Reagan in einem Fernsehduell mit seinem Herausforderer bei den letzten Präsidentschaftswahlen, Walter Mondale, bedeutete, „die Inseln den Wölfen vorzuwerfen“. Die gemäßigte bürgerliche Opposition,<sup>13</sup> um deren politisch-diplomatische Aufwertung sich das State Department fortgesetzt mühte, war in Reagans krudem Weltbild gänzlich ausgeblendet.

## Die erzwungenen Februarwahlen

Konsens herrschte in der Bewertung des „kommunistischen Aufbruchs“, dem durch eine Stärkung jener (durch Generalleutnant Fidel Ramos verkörpert) Fraktion des Militärs ein Riegel vorgeschoben werden sollte, die Effizienz und Schlagkraft der Armee höher als die Loyalität zum Präsidenten einstufte.

Ende 1984 war mit der von der erwähn-

ten Planungs- und Arbeitsgruppe vorgelegten Nationalen Sicherheits-Studien-Direktive (NSSD) erkennbar geworden, daß die Position des State Department Konturen zeigte.<sup>14</sup>

Darin fand sich die sybillinische Formel: „Wenngleich auch Präsident Marcos augenblicklich Teil des Problems ist, so ist er notwendig auch Teil von dessen Lösung. (...) Durch eine wohlhabend gestimmte Politik von Anreizen und Druckmitteln müssen wir versuchen, ihn dazu zu bewegen, die Voraussetzungen für einen friedlichen Übergang zu einer Nachfolgeregierung zu schaffen.“<sup>15</sup> Hinter dem diplomatischen Wortgeflecht war die (wenngleich noch vorsichtige) Distanz zum Regime unverkennbar.

Die Manila-Besuche von CIA-Chef William Casey und dem Reagan-Intimus, Senator Paul Laxalt, im Mai bzw. Oktober 1985 und nicht zuletzt der Anfang November 1985 veröffentlichte Durenberger-Report<sup>16</sup> lenkten Wasser auf die Mühlen des State Department. Marcos war innenpolitisch unhaltbar geworden und wurde diplomatisch und wirtschaftlich (verzögerte Auszahlung von Kredittranchen der IMF-Weltbank-Gruppe im Rahmen des letzten Standby-Kredits) auf „snap elections“, vorgezogene Präsidentschaftswahlen, festgenagelt.

Dabei ging es nicht mehr wie noch bei den Parlamentswahlen vom Mai 1984

## Politische Gruppierungen

### Nationalprogressive

**Nationale Demokratische Front (NDF):** 1973 gegründetes illegales Linksbündnis, mit rund 1 Mio Mitgliedern, das sich den Sturz der „US-Marcos-Diktatur“ und die Errichtung einer demokratischen Koalitionsregierung zum Ziel setzte. Ihm gehört auch die Guerilla der Neuen Volksarmee (NPA) an. (Details zur Linken siehe bei R. Naumann w.u.)

**Neue Patriotische Koalition (BAYAN):** 1985 gegründetes Bündnis, das neben den meisten legalen linken Organisationen auch liberale Demokraten einschließt. BAYAN gehören landesweit über 500 Organisationen mit ca. 2,5 Mio Mitgliedern an.

**Moro Nationale Befreiungsfront (MNLF):** Sie kämpft seit 1971 für Autonomie bzw. Sezession des Moro-Volkes im Süden der Philippinen und ist in mehrere Flügel gespalten. Ihr bewaffneter Arm, die Bangsa Moro Armee (BMA), zählt heute noch ca. 6.000 Mitglieder.

### Die Mitte

**Philippinische Demokratische Partei (PDP) – Laban:** Sie entstand 1983 aus der 1982 von Aquilino Pimentel gegründeten PDP und der 1978 gegründeten Laban, zu deren damaligen Parlamentskandidaten auch Benigno Aquino gehörte. Die Partei tritt mehrheitlich für einen demokratischen Sozialstaat und gegen die US-Einmischung ein.

Weitere Organisationen der politischen Mitte, die ebenfalls kritisch gegenüber den USA und teilweise der Präsenz der US-Basen eingestellt sind:

**Bandila,** 1985 gegründetes Bündnis unter Führung von „Butz“ Aquino. Der linke Flügel der 1946 gegründeten Liberalen Partei (LP) unter Jovito Solonga. Verschiedene sozialdemokratische Gruppen.

### Die Rechte

**Vereinigte Nationalistische Demokratische Organisation (UNIDO):** 1970 gegründetes Bündnis aus ursprünglich 12 Parteien, darunter auch kurzfristig die PDP-Laban. Ihr gehören ein Flügel der 1902 gegründeten Nationalistischen Partei (NP) unter dem jetzigen Vizepräsidenten Salvador Laurel, ein Flügel der LP unter Eva Estrada-Kalaw sowie regionale Parteien an. Sie erhielt 1984 bei den Parlamentswahlen 51 Sitze. Bei den Präsidentschaftswahlen 1986 kandidierte „Cory“ Aquino, die ursprünglich für die PDP-Laban antreten wollte, zusammen mit S. Laurel auf der UNIDO-Plattform.

Zu den Rechtsparteien gehört außerdem noch der Flügel der NP um Arturo Tolentino. Tolentino war bei der Präsidentschaftswahl 1986 der Vizepräsidentschaftskandidat von Marcos, der früher selbst der NP angehörte.

Am äußersten rechten Flügel steht die Partei des Ex-Diktators Marcos, die **Bewegung für eine Neue Gesellschaft (KBL)**, die mittlerweile vor dem Zusammenbruch steht.

## Das Kabinett Aquino

Die folgende Aufstellung gibt einen Überblick über den sozialen und politischen Hintergrund der wichtigsten Personen in der Regierung Aquino.

**Corazon Aquino**, Präsidentin. Studierte in den USA und in Manila. Witwe des ermordeten bürgerlichen Oppositionspolitikers Benigno Aquino. Stammt aus dem Cojuangco-Klan, der Großgrundbesitz, Industrieanlagen und Banken sein eigen nennt. Wird politisch von der PDP-Laban unterstützt.

**Salvador Laurel**, Vizepräsident und Außenminister. Gehört einem einflußreichen Clan aus der Provinz Batangas an. Ist Präsident des rechtsbürgerlichen Oppositionsbündnisses UNIDO. Er ist Mitinhaber der Philippine Banking Corporation und Zementfabrikant.

**Juan Ponce Enrile**, Verteidigungsminister. Rechtsanwalt mit einem Harvard (USA) Diplom; Plantagenbesitzer und Konzessionär riesiger Waldgebiete. Seit 1966 gehörte er der Marcos-Regierung an. War als Verteidigungsminister 1972 Drahtzieher des Kriegsrechts.

**Neptali Gonzales**, Justizminister. War enger Vertrauter des ermordeten Benigno Aquino und maßgeblich an der Gründung von dessen LABAN-Partei 1978 beteiligt.

**Jaime Ongpin**, Finanzminister. Ausgebildet an der Harvard Universität, Präsident der Benguet Mining Corporation. War während des Wahlkampfes einer der wichtigsten Berater von Cory Aquino.

**Aquilino Pimentel Jr.**, Minister für Lokalregierungen und Gemeindentwicklung. Ehemaliger Dekan. Hat als Gründer der Philippinischen Demokratischen Partei (PDP) seit 1984 einen Sitz in der Nationalversammlung. War unter dem Marcos-Regime dreimal in Haft und ein enger Bekannter von Benigno Aquino.

**José Conception Jr.**, Minister für Handel und Industrie. Unternehmer. Wurde nach der Verhängung des Kriegsrechts verhaftet. Ist Präsident der seit 1984 aktiven Nationalen Bürgerbewegung für Freie Wahlen (NAMFREL).

**Ramon Mitra**, Landwirtschaftsminister. Mitglied der PDP-Laban Partei. Ehemaliger politischer Gefangener. Er unterhielt während des Kriegsrechts mehrere Rinderfarmen und handelte mit Kobra in Nordluzon.

### Weitere Amtsträger

**Fidel Ramos**, Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Absolvent der US-Militärakademie West Point. War mit Enrile bei der Verhängung des Kriegsrechts maßgeblich beteiligt. Plane und koordinierte die Aufstandsbekämpfung im ganzen Land.

**Joker Arroyo**, Exekutivsekretär der Präsidentin. Rechtsanwalt. Setzte sich gegen Menschenrechtsverletzungen ein und ist Mitbegründer der progressiven Rechtsanwältorganisation MABINI.

**Jovito Salonga**, Vorsitzender der Präsidialen Kommission für eine gute Regierung. Ehemaliger Senator der Liberalen Partei.

**José Diokno**, Vorsitzender der Kommission für Menschenrechte. Rechtsanwalt und bekannter Menschenrechtsverteidiger. Ehemaliger Senator. Mitbegründer der Organisation KAAKBAY, die 1984 an der Boykottkampagne zu den Parlamentswahlen teilnahm. Arbeitet in der Kommission eng mit Ex-Senator

**Lorenzo Tanada** als Berater zusammen. Beide treten für die Schließung der US-Basen ein.

um eine „frische“ Legitimation seines nach dem Aquino-Mord ramponierten Regimes.

Für die bürgerliche Opposition war die Wahl als Testfall und für die Linke als „weiche“ Counterinsurgency (Aufstandsbekämpfung) konzipiert, um den vom „Parlament der Straße und der Berge“ ausgehenden Druck auf Wahlprozesse zu lenken. Als „Vorsichts“maßnahme wurden die bereits auf den US-Basen stationierten Spezialeinheiten (SOF) aufgestockt.

Stephen Bosworth, Washingtons Botschafter in Manila, konferierte mehrmals mit Generalleutnant Fidel Ramos und dem oppositionellen Kandidatenspann Corazon C. Aquino/Salvador H. Laurel. Die auf Drängen der USA und Kardinal Sins in letzter Minute zustandgekommene Einigung zwischen Aquino und Laurel, auf einer gemeinsamen (UNIDO-)Plattform anzutreten, verhielt Gutes.

In dieser zu Marcos höchst willkommenen personalen Alternative verbanden sich gewieft Politik (Laurel) mit Integrität und Moral (Aquino), was angesichts des isolierten und verhaßten Regimes positiv zu Buche schlagen mußte. Zudem bot diese Anti-Marcos-Konstellation die Gewähr dafür, daß die amerikanischen Machtprärogativen tabu und über den 7. Februar d.J. hinaus intakt blieben.

Eine Aufwertung erfuhr auch die im Frühjahr 1985 erstmals ins öffentliche Bewußtsein gerückte Reformbewegung der Streitkräfte (RAM). Ihr Slogan, Loyalität gegenüber der Verfassung höher als die zu einer bestimmten Person/engruppe zu veranschlagen, fügte sich auffallend nahtlos in das US-Kalkül ein, gegen den noch von Verbefehligen Militärklüngel ein „eingebautes“ oppositionelles Gegengewicht zu stützen, das sich überdies eindeutig für eine effektive Bekämpfung der Guerilla aussprach.

Ob amerikanische Militärs direkt am Aufbau der RAM beteiligt waren, ist bislang noch nicht nachweisbar. Sicher indes ist, daß die RAM den in diversen amerikanischen Positionspapieren entfalteten Vorstellungen Rechnung trug.<sup>17</sup>

Von Ramos und Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile war seit langem bekannt, daß sie mit Ver und dem Heeresbefehlshaber, Generalmajor Josephus Ramas, in unterschwelligem Clinch lagen.

Marcos selbst hatte wiederholt Enriles Kompetenzbereich durch das Plazieren seiner Günstlinge in die 13 strategischen Regionalkommandoposten unterlaufen, ihn aber für die Ausbreitung des „kommunistischen Aufruhrs“ verantwortlich gemacht. Ferner war Enrile mit dem einst einflußreichen Geschäftsmann

Dewey Dee liiert, der sich 1981, nachdem seine Finanz- u.a. Imperien ins Wanken gerieten, über Nacht in die Karibik absetzte – stattliche 600 Mio Pesos als Schulden zurücklassend. Die Bande zur bürgerlichen Opposition (vor allem Laurels UNIDO) wurden seitens Ramos/Enrile mit zunehmendem Gesichtsverlust des Präsidenten intensiviert.

Aus alledem ergab sich eine sinnfällige Allianz der drei gewichtigen Machtblöcke bürgerliche UNIDO, Ramos-Fraktion des Militärs und die Kirchenhierarchie, die gemeinsam den Sturz des Diktators bei Wahrung diktatorischer Strukturen besiegeln konnte. Ferner waren auch die Technokraten des Regimes rasch zu neutralisieren bzw. von der neuen Allianz zu überzeugen. Schließlich zeichnen sich Technokraten gerade durch eine fehlende (partei)politische Basis und eine nur der Entwicklung verpflichteten Ideologie aus.

Den so entstandenen „magischen Quadrat“ eines Nach-Marcos-Szenarios kam mit den plumpen, allzu offensichtlichen Wahlfälschungen reales Gewicht zu. Daß Mitte Februar 1986 gerade mit Philip C. Habib einer der gefuchstesten US-Karrierediplomaten als Sonderemissär nach Manila gesandt wurde, setzte den Schlußakkord in einer State-Department-Partitur, die tatsächlich brillant orchestriert war.<sup>18</sup>

## Die „Habibisierung“

Das Weiße Haus wird prüfen müssen, ob sich nicht doch die „Habibisierung“ – d.h. rechtzeitiges Absegnen von bürgerlichen Oppositionsblöcken anstelle einer bedingungslosen Diktatorenliebe – künftig als adäquates, gesichtswahrendes Mittel US-amerikanischer Konflikt- und Krisenbewältigung empfiehlt. Es ist beileibe nicht abwegig, daß Habib bald Chiles Pinochet und Südkoreas Chun Doo Hwan einen „Besuch“ abstattet.

Hatten sich die CPP und NDF im Dezember 1985 für einen Wahlboykott ausgesprochen, so schloß sich dem auch am 4. Januar d.J. das aus ca. 500 „zielgerichteten“ Gruppen und Organisationen zusammengesetzte Linksbündnis Neue Patriotische Allianz (BAYAN; siehe Beitrag von R. Naumann in diesem Heft) an. Diese Entscheidung fiel erst, nachdem Frau Aquino ihre Kandidatur nicht von der Erfüllung der drei demokratischen Minimalforderungen BAYANs – Rücktritt von Marcos, Sicherstellung freier und fairer Wahlen sowie die Wiedereinführung des Rechts auf richterliche Haftprüfung und Freilassung sämtlicher politischen Gefangenen – abhängig machen wollte, wohl aber dafür einzutreten gedachte. Faktisch war es ein proklamierter, jedoch kein strikt zu

befolgender Boykott. Das erklärte, warum in bestimmten Regionen Mitgliedsorganisationen BAYANs den Wahlkampf Aquinos unterstützten.

Nach dem Urnengang, als massive Schwindeleien und Wahlfälschungen das politische Tagesgeschäft der in Auflösung begriffenen Diktatur bestimmten, koordinierte ein aus BAYAN und dem Aquino-Lager geschaffenes fünfköpfiges Gremium den Modus außerparlamentarischer Proteste, Streiks, Demonstrationen u.a. Aktionsformen. „Die Vereinigten Staaten“, so mahnte BAYAN-Nationalratsmitglied Leandro Alejandro, „zeigen kein Interesse daran, dem Volk Demokratie und Macht zu übertragen. Ihnen liegt eine Nachfolgeregelung am Herzen, welche die US-Interessen im Lande wahrt.“<sup>19</sup>

Entpuppte sich folglich nicht doch der Boykott als Flop? Jein. Für ihn sprach immerhin der gewichtige Grund, daß Marcos die Wahl nicht aus freien Stücken ansetzte, sondern dazu seit Caseys Besuch gedrängt worden war.

Die Wahl sollte demnach das bewerkstelligen, was dem Militär versagt geblieben war – nämlich der NDF und der weltweit am schnellsten wachsenden Guerilla den Teppich unter den Füßen wegzuziehen und parallel dazu „der Bevölkerung Hirne und Herzen“ auf einen „demokratischen Wandel durch Wahlen“ einzustimmen, ganz im Sinne der gültigen Oplan Katatagan (Operationsplan Stabilität)-Strategie. Daß dieses Kalkül im Februar d.J. teilweise aufging, charakterisiert ja gerade die Brillanz des federführenden State Department.

Gegen den Boykott ist die ihm unterlegte Argumentationskette der Linken kritisch anzuführen. Eine sorgfältige Analyse aller CPP-, NDF- und Bayan-Stellungnahmen im Vorfeld der Wahlen läßt ein durchgängiges Muster erkennen: Marcos figurierte demnach bis zum bitteren Ende als Garant der US-Stabilitätspolitik.<sup>20</sup> Ihm wurde noch eine strategische Rolle beigemessen, obgleich er allenfalls taktisch im Sinne eines geord-

Architekten des Machtwechsels (v.r.n.l.): US-Emissär Habib, US-Botschafter Bosworth, Kardinal Sin



ten Nachfolgemodus interessant war. Daraus erklärt sich die Fehleinschätzung, sein Sieg sei lutong-makaw – „vorgekocht“, also abgekartet. Letztlich blieb eine Massenbefolgung des Boykotts aus, was eine gewisse Konfusion angesichts der Trennung vom langjährig „lieb gewonnenen“ Feindbild noch schürte.

So schwierig die Boykottfrage unter den gegebenen Bedingungen zu beantworten war, so sehr könnte sich dennoch recht bald die strategische Stärke aller in der Boykottbewegung vereinten Organisationen offenbaren. Dann nämlich, wenn die neue Regierung sich als unfähig erweisen sollte, die hochgeschraubten Erwartungen des Volkes nach grundlegenden Verbesserungen ihrer sozialen Lage einzulösen.

### Regierung Aquino in Zugzwang

Marcos' Sturz erfolgte durch eine Kombination aus massivem Volkswiderstand und der von den USA absegneten Abkehr eines bedeutsamen Teils des Militärs.<sup>21</sup> Diese Konstellation schließlich gestattete jenen friedlichen Übergang, den Washington aus stabilitätspolitischen Gesichtspunkten anstrebte.

Aquinos neue Administration aber ist eine klassenmäßig vom Marcos-Regime nicht unterschiedene fragile Allianz aus alten, diskreditierten Personen der Diktatur, Mitgliedern der vormals präsidialen Parteimaschinerie, die opportunistisch ins andere Lager abdrifteten, sowie aus erzkonservativen und liberalen Elementen der Anti-Marcos-Front (siehe Kästen). Daß gerade Letztere Beachtung und publizistischen Rückenwind genossen, ist dem Umstand geschuldet, daß sie auf die freigesetzte Masseneuphorie mit der bedeutsamen Forderung ernst machten, die politischen Gefangenen – zumindest in den Städten – freizulassen. Ob und inwieweit es ihnen aber gelingt, diktatorische Strukturen (Bürokratie, Militär und Bandenwesen) zu schleifen, ist noch lange nicht entschieden. Dem wird sich das Ramos/Enrile/Laurel-Lager mit aller Macht entgegenstellen.

Sollten Frau Aquino und die Liberalen über die Einhaltung der Menschenrechte hinaus wirkliche sozialpolitische Strukturveränderungen in Stadt und Land anstreben, so ist dies nur mit, nicht aber gegen die revolutionäre Linke durchzusetzen. Diese wird ihrerseits intensiv die Möglichkeit diskutieren, ob nicht durch ein taktisches Bündnis mit den Liberalen ein effektives Gegengewicht zum Ramos/Enrile/Laurel-Lager zu schaffen ist. Das Offenhalten der bewaffneten Option verleiht ihr auch weiterhin politische Bedeutung. Die nun ist in verbesserte Kampfbedingungen umsetzbar, so-

fern antifeudale und antiimperialistische Forderungen – was zu erwarten steht – an Einfluß gewinnen.<sup>22</sup>

Wenn überhaupt, so ist die neue Regierung in Zugzwang. Und: jeder Tag, an dem diese drängenden Forderungen unbeachtet verstreichen, ist ein Markstein in Richtung einer Revolution, die mit der Februar-„Wunderrevolution“ nur den Namen gemein haben dürfte.

### Anmerkungen:

- 1) Ausführlich in: R. Werning, Verhinderte Unabhängigkeit: Agrar- und Wirtschaftspolitik in den Philippinen, Münster 1985
- 2) Siehe: R. Werning, Zur Geschichte des philippinischen Befreiungskampfes: 1930-1975, Bonn 1975, S. 76f.
- 3) Bis 1962 betrug die Dollar-Peso-Parität 1:2, danach wurde sie auf 1:3,9 neu festgesetzt.
- 4) Angaben nach: Philippine Panorama, Manila, 21.3.1971, S. 4 und Sec. 3, Republic Act, Nr. 6124, Manila 1971
- 5) U.a. sollte 1974 das Laurel-Langley-Abkommen aus dem Jahre 1954 mit seinen Gleichheitsklauseln endgültig terminiert sein. Danach waren amerikanischen Geschäftsleuten auf den Inseln dieselben Rechte wie Filipinos in den USA eingeräumt worden!
- 6) U.S. Senate, Committee on Foreign Relations, 93rd Congress, 1st Session, Korea and the Philippines: November 1972. A Staff Report, Washington, D.C., (18.2.) 1973, S. 45
- 7) Hearing am 1. Oktober 1969, Symington Report, Washington D.C., S. 244-5
- 8) Ebenda, S. 317-8
- 9) G. Arlin, The Organisers, in: Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 2.7.1973
- 10) D. McCouch (MHT-Vizepräsident), As Lenders See It, Philippines Execels in Managing Debt, in: American Banker, 21.9.1976, S. 10 A
- 11) N. Chomsky/E.S. Herman, The Washington Connection and Third World Fascism: The Political Economy of Human Rights, Jg. I, Boston 1979, S. 205
- 12) Political and Administrative Base for Economic Policy in the Philippines. World Bank Paper 069456/J69700/D2862/02, Washington D.C., November 1980; zit. dtsh. in: epd-Materialien, Frankfurt 1981, Nr. 2/1981, S. 7-22
- 13) Vor allem in Gestalt der 1980 gegründeten Vereinigten Nationalistischen Demokratischen Organisation (UNIDO). Dieses von „Doy“ Laurel geführte Bündnis nannte sich zunächst noch Vereinigte Demokratische Opposition.
- 14) National Security Study Directive: U.S. Policy Towards the Philippines, Washington D.C., November 1984, 23 S. Die NSSD wurde vom State Department ausgearbeitet und diente Präsident Reagan als Grundlage für seine im Januar 1985 unterzeichnete Nationale Sicherheitsdirektive (NSD). Kurz darauf wurde dem Philippine Support Committee (Washington) eine Kopie dieses Dokuments zugespielt.
- 15) Ebenda, S. 2/3
- 16) The Philippines: A Situation Report. Staff Report to the Senate Select Committee On Intelligence, United States Senate, Washington D.C., (1.11.) 1985, 18 S.
- 17) Z.B. in den Studien, die unter Anm. 14 und 16 aufgeführt sind sowie in den beiden folgenden Memoranden: Situation in

the Philippines and Implications for U.S. Policy. Statement to the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, By James A. Kelly, Deputy Assistant Secretary of Defense (East Asia and Pacific Affairs), Washington D.C., (18.9.)1984, 7 S. und das unter gleichem Titel verfaßte Statement to the Subcommittee on Asian and Pacific Affairs, Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, By Richard L. Armitage, Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs, Washington D.C., (4.10.)1984, 10 S.

- 18) Am Sonntag, 23.2.1986, wurde in Bethesda, Md., dem Wohnsitz von Außenminister George Shultz, Marcos' Fall besiegelt. Habib, wenige Stunden zuvor aus Manila zurückgekehrt, erstattete einer erlauchten Runde Rapport, zu der sich nebst Caspar Weinberger und Richard Armitage vom Pentagon, Generalstabschef William Crowe, dem Nationalen Sicherheitsberater John Poindexter und Robert Gates, stellvertretender CIA-Direktor, auch die State Department-„Mafia“ Michael Armacost (verantwortlich für politische Angelegenheiten und Botschafter in Manila, bevor Stephen Bosworth dieses Amt antrat) und Paul Wolfowitz (zuständig für Ostasien/Pazifik) gesellten.

Während einer noch am selben Tag anberaumten Konferenz des Nationalen Sicherheitsrates erklärte Habib bündig: „The Marcos era has ended“, woraufhin sich Reagan nur noch um des Diktators „retirement in dignity“ (würdevollen Abgang) besorgt zeigte. Vgl. u.a.: Time, New York, 10.3.1986, S. 22f. und The Observer, London, 2.3.1986, S.13

- 19) KSP-Newservice, Nr. 86-20, Utrecht, (24.2.)1986
- 20) Siehe u.a. Ang Bayan, Dezember 1985; diverse Boykottaufrufe seitens BAYAN und der Nationalen Allianz für Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie (NAJFD) sowie Liberation, Official International Publication of the NDF/Philippines, Special Release, Nr. 2, o.O., 26.2.1986
- 21) Während einer Pressekonferenz am 22.2.1986 erklärte Enrile, er habe die amerikanische und japanische Botschaft im vorhinein über seinen Schritt (Aufkündigung der Marcos-Loyalität und sein Verschanzen mit Ramos im Camp Crame bzw. Camp Aguinaldo) informiert. Die japanische Botschaft bestätigte, die US-Botschaft hingegen dementierte dies. Wie bereits die Washington Post, 1.3.1986 und Manila Times, 4.3.1986 andeuteten, scheint die aktive logistische US-Unterstützung für Ramos/Enrile größer gewesen zu sein als ursprünglich angenommen. Siehe auch: S.L. Bodegon, The U.S.: Reaping the Harvest of the Feb. 21 Putsch, in: Philippine News and Features, Manila, 3.3.1986, S. 4-6 und A. Magno, The Anatomy of Political Collapse, in: The Sunday Times Magazine, Manila, 16.3.1986, S. 6-7
- 22) Vgl. D. Southerland, Farmers Are Skeptical of Aquino, in: International Herald Tribune, Zürich/Paris, 18.3.1986, S. 1-2; FEER, 27.2.1986 und The Manila Times, 25.3.1986, wo Tony Zumel CPP-Politbüromitglied und (angeblicher) NDF-Vorsitzender, diese Perspektive erkennen läßt. Wörtlich äußerte er sich im letzten Interview: „Wer zur Waffe greift und bereit ist, sein Leben einzusetzen, hat berechnete und tiefe Beweggründe. Gleichmaßen tief und ernsthaft muß der Grund sein, sie wieder beiseitezulegen.“

## Reinhard Naumann

# Die Befreiungsbewegung Einheit in der Vielfalt

In dem weltweiten Medienspektakel anläßlich des Sturzes von Ferdinand Marcos war eine der verblüffendsten Meldungen die von der Haftentlassung der beiden bekanntesten politischen Gefangenen. Gegen den Willen des alten und neuen Verteidigungsministers Juan Ponce Enrile und des Generalstabschefs Fidel Ramos wurden José Maria Sison, der Mitbegründer und ehemalige Vorsitzende der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP), und Bernabe Buscayono, der erste Führer der Neuen Volksarmee, auf freien Fuß gesetzt.

In einem fünfzehnminütigen Gespräch sicherten die soeben Freigelassenen der neuen Präsidentin Corazon Aquino ihre Unterstützung zu.<sup>1</sup>

Diese Geste darf jedoch nicht über die vorhandenen Widersprüche zwischen dem neuen Regime und der nationalen Befreiungsbewegung hinwegtäuschen. Corazon Aquino, die ihre Präsidentschaft einer „Kombination von Militärrevolte und Volksaufstand“ verdankt (Sison), hat nicht vor, über die angestrebte formale Demokratisierung hinaus strukturelle Eingriffe in die philippinische Gesellschaft vorzunehmen. So sprach sie sich in einem Spiegel-Interview definitiv gegen eine Landreform aus.<sup>2</sup> Diese ist jedoch eine Hauptforderung sowohl des legalen Linksbündnisses Neue Patriotische Koalition (BAYAN) als auch der im Untergrund operierenden Nationalen Demokratischen Front (NDF) und ihres bewaffneten Armes, der Neuen Volksarmee (NPA).

In einer Erklärung vom 26. Februar d.J. gratulierte die NDF „Cory“ Aquino für ihre Rolle beim Sturz der Diktatur und sicherte ihr die Unterstützung bei der Erfüllung demokratischer Forderungen zu. Gleichzeitig kritisierte sie die Anwesenheit von Marcos-Anhängern wie Enrile und Ramos in der neuen Regierung.

Sie forderte weiter das Volk auf, seine Errungenschaften zu verteidigen und weiterhin für die im NDF-Programm enthaltenen Forderungen zu kämpfen. Dazu gehören eine wirkliche Landreform, eine Aufkündigung der ungleichen Verträge mit den USA, das Recht auf Arbeit sowie eine nichtpaktgebundene friedliebende Außenpolitik (siehe Kasten).<sup>3</sup>

### Revolutionäres Zentrum NDF

NDF, NPA und CPP haben sich Ende März d.J. zu Vorgesprächen mit der Regierung über einen Waffenstillstand bereit erklärt, es jedoch abgelehnt, bereits jetzt die Waffen niederzulegen.

Die NDF, die seit ihrer Gründung im Jahr 1973 im Untergrund wirkt, ist heute das organisierende und orientierende Zentrum der gesamten revolutionären und antiimperialistischen Bewegung. Ihre Entstehung geht auf die Protestbewegung gegen die zunehmende Verelendung und die Beteiligung der Philippinen am Vietnamkrieg in den Jahren vor der Verhängung des Kriegsrechts (1972) durch Marcos zurück, an der sich vor

Patrouille der Neuen Volksarmee in Mindanao



allem Studenten und Arbeiter beteiligten.

An der Spitze der NDF steht die CPP, die 1968 als damals noch maoistische Abspaltung der 1930 gegründeten Kommunistischen Partei der Philippinen (PKP) entstanden war und Ende 1983 30.000 Mitglieder zählte.

Die PKP, die während des 2. Weltkriegs die Antijapanische Volksbefreiungsarmee (Hukbalahap) geführt hatte, arrangierte sich 1974 mit dem Marcos-Regime, indem sie sich bereit erklärte, positive Maßnahmen des Regimes zu unterstützen. Ihr wurde daraufhin von der Diktatur eine halblegale Existenz zugestanden. Seit 1980 ging sie wieder auf größere Distanz zu Marcos.

Bereits 1973 hatten Kritiker dieser Politik die Partei verlassen und die Marxistisch-Leninistische Gruppe (MLG) gegründet, die vor allem in Manila wirkt. Der bewaffnete Arm der NDF, die NPA, wurde bereits 1969 von der CPP und Mitgliedern aus verbliebenen Guerillagruppen der früheren Hukbalahap gegründet.

Die Stärke der NPA, die vom CIA als die weltweit am schnellsten wachsende Guerillabewegung eingeschätzt wird, war ein Grund dafür, warum die USA Marcos zu Reformen drängten und schließlich seinen Sturz mit betrieben. Sie zählte 1985 32.000 Kämpfer/innen, die in 58 der 73 Provinzen, zum Teil in Bataillonsstärke operieren.<sup>4</sup> In den von ihr kontrollierten Gebieten (ca. 20% der Dörfer) hat sie mit dem „Aufbau demokratischer Gegenstrukturen begonnen“.

Die NDF hat hier de facto Regierungsfunktionen übernommen, indem sie Steuern erhebt, eine Landreform durchführt und das gesamte öffentliche Leben organisiert.<sup>5</sup> Besonders in den letzten Jahren konnte die NPA trotz (oder in gewisser Weise wegen) des wachsenden Terrors der Marcos-Diktatur die Anzahl ihrer Kämpfer/innen, Waffen und ihren Rückhalt in der Bevölkerung in atemberaubendem Tempo erhöhen. Vor allem im Süden des Archipels gelang ihr der Sprung in die Städte.<sup>6</sup>

Die für die 90er Jahre angepeilte strategische Offensive ist durch den Machtwechsel, der die Polarisierung vorläufig stoppte, in weitere Ferne, jedoch nicht völlig aus dem Blickwinkel gerückt. Für wie lang der bewaffnete Kampf in den Hintergrund tritt, wird vom Verlauf der Auseinandersetzung zwischen der Volksbewegung und dem neuen Regime abhängen.

Die Arbeit in der legalen und halblegalen Massenprotestbewegung ist seit langem der Schwerpunkt von NDF und CPP.

Sie engagieren sich in städtischen Armenkomitees, ländlichen Barrios (Dörfer), Fabriken und Plantagen, Krankenhäusern, Schulen, Universitäten,



Ursprünge von NDF und NPA: Demonstration der Nationalistischen Jugend (KM) Anfang der 70er Jahre in Manila

christlichen Basisgemeinden und vielen weiteren Bereichen. Neben CPP und NPA sind die Christen für Nationale Befreiung (CNL) die dritte Hauptströmung in der NDF.

Unter deren Dach befinden sich außerdem die Nationalistische Jugend (KM), die Revolutionäre Arbeiterorganisation, der Revolutionäre Bauernverband, die Vereinigung Patriotischer Frauen (MAKIBAKA), die Vereinigung Nationalistischer Lehrer (KAGUMA) und die Nationalistische Gesundheitsassoziation (MASAPA). Die Mitgliederzahl der NDF wurde 1985 auf 1 Mio geschätzt. Ihre Propaganda- und Organisationsarbeit gilt als ausgezeichnet. Der weitere Sympathisantenkreis erstreckt sich auf etwa 10 Mio (von 54 Mio) Filipinos.<sup>7</sup>

Entsprechend ihrem neuen Programm will die NDF sich im wesentlichen auf ihre eigenen Kräfte stützen, um den Befreiungskrieg voranzutreiben. Sie bittet aber gleichzeitig auch um die politische und materielle Hilfe von Regierungen und revolutionären Bewegungen, wenn diese nicht mit Bedingungen verbunden ist.

Sie betrachtet ihren Kampf „als Teil des weltweiten Kampfes gegen den Imperialismus, der von nationalen Befreiungsbewegungen, revolutionären Parteien, Regierungen und Ländern sowie von den arbeitenden Menschen in kapitalistischen und imperialistischen Staaten geführt wird“.<sup>8</sup> Zu den antiimperialistischen Kräften zählt sie auch „unabhängig gewordene antiimperialistische Staaten“ und „die sozialistischen Länder“.<sup>9</sup> Die materielle Unterstützung aus dem Ausland für die NDF oder Organisationen von BAYAN beschränkt sich auf die

Solidaritätsarbeit von Aktionsgruppen und anderen Organisationen, die mit den internationalen Vertretungen der NDF oder dem Philippinischen Volkskomitee (KSP) zusammenarbeiten. Die internationalen Kontakte der NDF konzentrieren sich auf die Zusammenarbeit mit anderen Befreiungsbewegungen wie der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti aus El Salvador (FMLN) oder der westsahraischen POLISARIO.

## Massenproteste nach Aquino-Mord

Der wachsende Einfluß der NDF und die damit verbundene Perspektive einer nationaldemokratischen Revolution waren der Grund dafür, daß man zu Beginn der 80er Jahre in Washington begann, sich ernsthaftere Sorgen über die Entwicklung auf den Philippinen zu machen.

Während die sog. „Viererbande“ (Hongkong, Singapur, Taiwan, Südkorea) ihr Wirtschaftswunder feierte und in weniger prosperierenden Ländern des südostasiatischen Raumes wie Thailand und Indonesien Militärregimes erfolgreich für Friedhofsruhe sorgten, bekam ausge-rechnet der stets treue Ferdinand Marcos den Aufruhr in der ehemaligen US-Kolonie nicht in den Griff.

Angesichts von Korruption, Vetternwirtschaft und niedriger Kampfmoral in den philippinischen Streitkräften, angesichts der spektakulären Erfolge der NPA, der tiefen Wirtschaftskrise und der seit der Ermordung Begnino Aquinos an Fahrt gewinnenden Massenproteste sahen die Strategen des US-Außenministeriums die militärstrategischen und wirtschaftlichen Interessen der USA auf den

Philippinen in wachsender Gefahr. Es wurde richtig eingeschätzt, daß die Ermordung Aquinos der Umschlagpunkt war von „passiver Komplizenschaft zu aktivem Protest gegen die Regierungspolitik“,<sup>10</sup> und daß die Massenbewegung gegen das Regime das Kleinbürgertum und nationale Bourgeoisie erfaßt hatte.

Diese Polarisierung der philippinischen Gesellschaft führte nicht nur zu einer Verstärkung des linken Untergrunds, sondern begünstigte auch das Wachstum bestehender und die Gründung neuer progressiver Organisationen, die in der Legalität wirken. Die von der NDF geförderten Vereinigungsbestrebungen mündeten Ende 1983 in die Gründung der legalen Nationalen Allianz für Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie (NAJFD).

### Nahziel demokratische Koalition

Damit wurde die Gelegenheit wahrgenommen, der allgemeinen Empörung und gestiegenen Aktionsbereitschaft eine antiimperialistische Richtung zu geben und der Grundstein zur späteren Gründung BAYANs gelegt.

500.000 Menschen demonstrierten am 21.9. 1983, dem 11. Jahrestag der Verhängung des Kriegsrechts, in Manila und verabschiedeten ein von der NAJFD vorgelegtes „Manifest für Freiheit, Demokratie und Souveränität“. Darin wurde die Wiedererlangung bürgerlicher Freiheiten und demokratischer Rechte, das

Ende des staatlichen Terrors, der Ausbeutung des philippinischen Volkes und seiner Ressourcen sowie der Abzug der US-Basen und -Truppen gefordert.<sup>11</sup> Weiter wurde von der NAJFD ein konkreter Plan für eine nach Marcos' Sturz zu errichtende „nationaldemokratische Koalitionsregierung“ vorgelegt.<sup>12</sup> An dieser Regierung sollten neben den Organisationen der Arbeiter und Bauern auch das städtische Kleinbürgertum und die nationale Bourgeoisie entsprechend ihrem Anteil am Sturz der Diktatur beteiligt werden.

Diese Orientierung wurde auch von der CPP vertreten, die in ihrem Zentralorgan „Ang Bayan“ 1985 eine „bürgerlich demokratische Revolution neuen Typs“ propagierte. Deren besonderer Charakter solle darin bestehen, daß sie von Bauern, Kleinbürgertum und nationaler Bourgeoisie unter Führung der Arbeiterklasse mit einer „klaren sozialistischen Perspektive“ durchgeführt werde.

In der ersten Etappe der Revolution gehe es um die Förderung der lokalen kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die Zurückdrängung der „halbfeudalen, halbkolonialen“ Beziehungen. Erst nach erfolgter Landreform und mit einer engeren Verknüpfung von landwirtschaftlicher Entwicklung und nationaler Industrialisierung unter staatlicher Beteiligung und Kontrolle könne langfristig die sozialistische Revolution begonnen werden.<sup>13</sup>

Mit dem oben wiedergegebenen Programm wurde die NAJFD schnell zum Orientierungszentrum der wachsenden

Oppositionsbewegung, insbesondere innerhalb der Koalition von Organisationen für die Wiedererrichtung der Demokratie (CORD), die sich im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines Volksprotestmarsches (Lakbayan) auf Manila im Februar 1984 bildete. Sie konnte in der Folge knapp 500 Organisationen und Verbände bis hin zur politischen Mitte mit ca. 2,5 Mio Mitgliedern unter ihrem Dach vereinigen.<sup>14</sup>

### BAYAN – neue Stufe der Linkseinheit

NAJFD und CORD waren die zentralen Ausgangspunkte für die Bündnisarbeit des von ihnen repräsentierten militanten Oppositionsflügels gegenüber den liberalen bis konservativen Marcos-Gegnern, bei denen sie auf kaum überwindbare Vorbehalte gegen ihr Wirtschaftsprogramm und gegen die Beteiligung von NDF- und CPP-Mitgliedern an einer Regierung nach Marcos stießen.

Der erste Versuch eines dauerhafteren Bündnisses mit der konservativen, von Salvador Laurel geführten Vereinigten Nationalistischen Demokratischen Organisation (UNIDO) scheiterte bereits im Ansatz an der Frage der Beteiligung an den von NAJFD und CORD boykottierten Parlamentswahlen 1984, an denen die UNIDO teilnahm. Der zweite Anlauf erfolgte mit der Gründung der „Convenor's Group“ im November 1984, die aus Persönlichkeiten des nationaldemokratischen und liberalen Spektrums bestand. Ihr gehörten neben dem Ex-Senator Lorenzo Tanada (Vorsitzender von NAJFD und CORD), „Cory“ Aquino und der jetzige Finanzminister und Unternehmer Jaime Ongpin an.

Im März 1985 ging aus CORD unter dem Vorsitz von Tanada BAYAN hervor. Diese neue legale Dachorganisation, die ein außerordentlich breites und vielfältiges Spektrum vereinigt und eine große Mobilisierungsfähigkeit bewies, zeichnete sich gegenüber CORD durch eine größere Einheitlichkeit und organisatorische Verbindlichkeit aus. BAYAN gehören ca. 500 Organisationen, darunter auch die NAJFD, mit 2,5 Mio Mitgliedern an.<sup>15</sup> Ein Teil des liberalen und sozialdemokratischen Spektrums um Agapito „Butz“ Aquino, dem Bruder Benigno Aquinos, verließ BAYAN kurz nach der Gründung, weil er sich „majorisiert“ fühlte. Er gründete im April 1985 das Bündnis Bandila.

Größte Mitgliedsorganisation von BAYAN ist die Gewerkschaftsföderation Bewegung des 1. Mai (KMU). Sie entstand 1980 im Zusammenhang mit Arbeiterprotesten gegen die anhaltenden Reallohnverluste und zählte bei ihrer Gründung 50.000 Mitglieder.<sup>16</sup>

## Programm der Nationalen Demokratischen Front

Im Januar 1985 veröffentlichte die Nationale Demokratische Front (NDF) einen breit diskutierten Entwurf eines 12-Punkte-Programms. Es handelt sich dabei um die weiterentwickelte Version des früheren 10-Punkte-Programms von 1973 und 1977 (siehe AIB 7-8/1983, S. 49), das die veränderten Bedingungen des Befreiungskampfes (Massenproteste nach dem Aquino-Mord, Erstarben der NDF) berücksichtigt. Auch nach dem Sturz von Marcos dürften die meisten Programmpunkte nichts an Bedeutung eingebüßt haben.

1. Vereinigung des philippinischen Volkes zum Sturz der tyrannischen Herrschaft des US-Imperialismus und der einheimischen Reaktionäre.
2. Führung eines Volkskrieges, um einen vollständigen, landesweiten Sieg zu erringen.
3. Errichtung einer demokratischen Koalitionsregierung und einer volksdemokratischen Republik.
4. Integration der revolutionären Streitkräfte in eine einzige nationale Revolutionsarmee.
5. Garantie und Förderung der freien Aus-

übung der demokratischen Grundrechte des Volkes.

6. Beendigung aller ungleichen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten und anderen ausländischen Körperschaften.
7. Vollendung des Prozesses einer wirklichen Landreform, Steigerung der ländlichen Produktion durch Zusammenarbeit und Modernisierung der Landwirtschaft.
8. Durchführung der Industrialisierung des Landes als wichtigste Maßnahme zur wirtschaftlichen Entwicklung.
9. Garantie des Rechts auf Arbeit, Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung und Ausweitung sozialer Leistungen sofort nach Errichtung der demokratischen Staatsmacht.
10. Förderung einer patriotischen, wissenschaftlichen und volksnahen Kultur und Sicherung kostenloser öffentlicher Bildung.
11. Respektierung und Unterstützung der Selbstbestimmung des Moro- und Cordillera-volkes und aller ethnischen Minderheiten.
12. Ausübung einer revolutionären, unabhängigen und friedliebenden Außenpolitik. (Quelle: Liberation, o.O., Nr. 1/März-April 1986)

- Ich abonniere das AIB ab Nr. \_\_\_\_\_ / ab sofort
- Ich bestelle \_\_\_\_\_ Ex. AIB-Nr. \_\_\_\_\_
- Ich bestelle \_\_\_\_\_ Ex. AIB-Sonderheft Nr. \_\_\_\_\_

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr): \_\_\_\_\_ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Einzelheft 3 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorausbezahlung (z.B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto-Nr. 312 093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/Main, oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr.  BLZ

Name, Vorname

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort Nr des Zustellpostamtes

Unterschrift

Datum

**Vertrauensgarantie:** Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.  
 Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift

Datum

**Zum Verbleib bei dem/der Besteller/in**

**Vertrauensgarantie:** Ich habe am \_\_\_\_\_ das AIB-Die Dritte-Welt-Zeitschrift zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM bestellt.

Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

**Internationale wissenschaftliche Konferenz**

**VERSCHULDUNG  
 UND AUSBEUTUNG  
 DER DRITTEN WELT  
 UND DIE ROLLE DER  
 BUNDESREPUBLIK**

Veranstaltet von:

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)

in Zusammenarbeit mit:

- Anti-Apartheid-Bewegung (AAB),
- Antiimperialistisches Informations-Bulletin (AIB),
- Antiimperialistisches Solidaritätskomitee (ASK),
- Arbeitskreis »Kein Geld für Apartheid!«,
- Christlicher Friedensdienst (CFD),
- Arbeitskreis Philippinen
- Freundschaftsgesellschaft BRD - Cuba,
- Marx-Engels-Stiftung (MES)

**Köln, 31. Mai/1. Juni 1986**

**Städtische Gesamtschule  
 Köln-Rodenkirchen, Sürther Straße**

Bitte mit  
Postkartenporto  
freimachen

An  
**AIB-Weltkreis-Verlag**

Liebigstr. 46  
3550 Marburg 1

---

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde  
von mir geworben:

Mein Name: \_\_\_\_\_

Meine Adresse: \_\_\_\_\_

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:

5

---

## **Vorträge**

- »Die Verschuldungskrise aus der Sicht der Dritten Welt - Ursachen und Gegenstrategien«,
- »Internationale Kapitalstrategien (IWF, Weltbank, Baker-Plan)«,
- »Die Bundesrepublik und die Ausbeutung der Dritten Welt«.

## **Referenten:**

Prof. Dr. Issam El-Zaim (Syrien, UNIDO), Prof. Dr. Osvaldo Martínez, Direktor des Forschungszentrums für Weltwirtschaft (Havanna/Cuba), Vertreter/in der Nationalen Planungsbehörde, Managua/Nicaragua.

Prof. Dr. Dieter Boris (Marburg)/Dr. Jörg Goldberg (IMSF), Prof. Dr. Herbert Schui (Hamburg, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik).

## **Arbeitsgruppen Markt der Initiativen**

### **Organisatorische Hinweise**

**Wegen des begrenzten Platzangebots bitten wir, die Anmeldung bis spätestens Freitag, 16.5., vorzunehmen.**

Zur Deckung der Tagungskosten erheben wir einen **Konferenzbeitrag in Höhe von DM 50,- für Berufstätige bzw. DM 35,- für Schüler, Studenten, Arbeitslose usw.** Im Beitrag enthalten: Konferenzmaterialien und drei Mahlzeiten (Mittag- und Abendessen am 31.5., Mittagessen am 1.6.).

**Institut für Marxistische Studien  
und Forschungen (IMSF)  
Oberlindau 15,  
6000 Frankfurt/Main 1  
Telefon: 069/724914**

## Mit Bankeinzug Zeit und Geld sparen

Für Sie und uns der einfachste Weg: Lastschriftverfahren

- Sie brauchen sich künftig nicht mehr um die rechtzeitige Bezahlung Ihres Abonnements zu kümmern.
- Sie sparen Zeit und Geld, denn das Ausfüllen von Zahlkarten, Überweisungen und Schecks wird überflüssig.
- Wir ersparen uns das Versenden von Rechnungen und Mahnungen und haben eine Kostenerleichterung.

## Abbuchungsvollmacht

Ich ermächtige Sie hiermit – widerruflich –, die AIB-Abogebühren von meinem Konto einzuziehen.

Beginn ab \_\_\_\_\_

Name, Vorname

Straße

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift)

(Datum)

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr.  BLZ

# Freiheit

# für

# Nelson

# Mandela



**Ich fordere die sofortige Freilassung  
des ANC-Führers Nelson Mandela und  
aller anderen politischen Gefangenen!**

**I demand the immediate release of  
ANC leader Nelson Mandela and all  
other political prisoners!**

(Ort und Datum)

(Unterschrift)

Absender:

---

---

---

70 PF



Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

\_\_\_\_\_  
(Name)

\_\_\_\_\_  
(Straße/Hausnummer)

\_\_\_\_\_  
(Ort)

\_\_\_\_\_  
(Name)

\_\_\_\_\_  
(Straße/Hausnummer)

\_\_\_\_\_  
(Ort)

\_\_\_\_\_  
(Name)

\_\_\_\_\_  
(Straße/Hausnummer)

\_\_\_\_\_  
(Ort)

Bitte mit  
Postkartenporto  
freimachen



An

**AIB-Weltkreis-Verlag**

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1



Anhänger von BAYAN-Organisationen demonstrieren für den Sturz der US-Marcos-Diktatur

Trotz Verfolgung durch das Regime konnte die KMU, die keinem internationalen Gewerkschaftsverband angehört, zum heute größten Gewerkschaftsverband mit 800.000 Mitgliedern (ca. 12% der abhängig Beschäftigten) aufsteigen.<sup>17</sup> Die Hälfte davon arbeitet vorwiegend in den Industriebetrieben Manilas (im öffentlichen Dienst sind Gewerkschaften verboten). Der KMU gehören aber auch Landarbeiter, vor allem aus dem Zuckerbereich, an.

Sie ist die wichtigste Organisation in der im März 1984 gegründeten Nationalen Koalition der Arbeiter gegen die Armut (PKMK). Dieser vereint fast alle Verbände des fortschrittlichen Flügels, darunter den 120.000 Mitglieder (1983) zählenden Gewerkschaftsverband TUPAS,<sup>18</sup> der dem Weltgewerkschaftsbund angeschlossen ist.

Die größte Studentenorganisation des Landes, die Liga Philippinischer Studenten (LFS), leistet vor allem in Manila neben der KMU den größten Beitrag bei der Massenmobilisierung BAYANs. Weitere wichtige Mitgliedsorganisationen des Bündnisses sind;

Die 1985 gegründete Nationale Bauernallianz (KMP; 400.000 Mitglieder);  
die Organisation der städtischen Armen CUPAP;

der Dachverband der Frauenvereinigungen GABRIELA;

Organisationen ethnischer und kultureller Minderheiten wie die Allianz der Cordillera-Völker (CPA; BAYAN unterstützt auch den Kampf der organisatorisch nicht eingebundenen Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF) der moslemischen Bevölkerung auf den südlichen Inseln); die landesweiten Bündnisse gegen die US-Basen und Stationierung von Atomwaffen Koalition für Atomwaffenfreie Philippinen (NFPC) und die Anti-Basen-Koalition (ABC) sowie das international agierende Philippinische Volkskomitee (KSP).

Diese unvollständige Aufzählung gibt den Facettenreichtum der regional und sektoral (nach den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen) untergliederten

Allianz nur bedingt wieder.

Obwohl BAYAN und NDF ähnliche politische Ziele verfolgen, NDF-Angehörige in vielen Mitgliedsorganisationen wirken und die soziale Basis ähnlich ist, kann nicht von einer Kontrolle BAYANs durch die NDF die Rede sein.

BAYAN zeichnet sich vor allem durch eine größere Breite und Meinungsvielfalt aus sowie durch die Tatsache, daß sie als legale Organisation im Gegensatz zur NDF den bewaffneten Kampf weder praktiziert noch propagiert. Durch die Arbeitsteilung zwischen der NPA, die militärisch operiert, der NDF, die im Untergrund organisiert, und BAYAN, die die Massen mobilisiert, konnte die Linke in der Niedergangphase der Marcos-Diktatur zwar eine bedeutende, aber noch nicht die führende Rolle übernehmen.

### NDF und BAYAN ergänzen sich

BAYAN erwies sich in der Ende 1985 aufkommenden Diskussion über einen Boykott der Präsidentschaftswahlen als noch nicht stark und fest genug, um eine solche Auseinandersetzung einig und erfolgreich bestehen zu können. BAYAN entschloß sich zum Boykott, nachdem seine Minimalforderungen, die faire Wahlen garantieren sollten, von der Diktatur abgelehnt wurden und das Kandidatengespann Aquino/Laurel nicht auf BAYANs inhaltliche Bedingungen (vor allem Landreform und Abzug der US-Basen) für eine Unterstützung im Wahlkampf einging, sondern auf die Kraft des bürgerlichen Lagers und die mit der Anti-Marcos-Stimmung ansteigende Sympathiewelle für Frau Aquino setzte.

Teile der unterlegenen Minderheit konnten diesen Beschluß nicht mittragen. So beteiligten sich der (inzwischen abgelöste) Vorsitzende Tanada und die weiter in BAYAN vertretene Frauenorganisation GABRIELA aktiv am Wahlkampf für die heutige Präsidentin.

Das Scheitern des Boykotts zeigte, daß die Linke die Hoffnungen großer Teile des Volkes, daß es bei den Wahlen doch

mit rechten Dingen zugehen könnte und mit einem Sieg Aquinos wenigstens eine Erleichterung ihres Loses erreicht werden könnte, unterschätzt hatte.

Zwar bewahrheitete sich die Voraussage BAYANs und der NDF, daß Marcos die Wahlen fälschen würde, doch sollte gerade diese Tatsache zum Sturz Marcos führen. In diese Protestbewegung gegen die Wahlfälschung schaltete sich BAYAN nach dem gescheiterten Boykott der Wahlen wieder einheitlich ein und konnte so eine Isolierung vermeiden.

Trotz des „Durchmarsches der Bürgerlichen“ hat die Linke gute Ausgangsbedingungen bewahrt für die kommenden Auseinandersetzungen um eine über die formelle Demokratisierung hinausgehende Veränderung der philippinischen Gesellschaft. Will die Aquino-Regierung ein Abbröckeln ihrer Basis vermeiden, muß sie einigen Forderungen der Linken nachgeben oder riskieren, daß ihre Macht bald von BAYAN, NDF und NPA infrage gestellt wird.

### Anmerkungen:

- 1) Vgl. Die Tageszeitung (taz), 7.3.1986
- 2) Vgl. Der Spiegel, 10.3.1986. Die Regierung scheint zu dieser Frage noch keine einheitliche Position zu haben. So versprach Finanzminister Jaime Ongpin, laut Frankfurter Rundschau vom 19.3.1986, eine „wirksame Landreform“.
- 3) Vgl. Liberation (internationales Organ der NDF), Utrecht, Sonderausgabe Nr. 2/26.2.1986
- 4) Vgl. Liberation, Nr. 4/September-Oktober 1985, S.4
- 5) R. Werning, Marcos am Ende der Sackgasse?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 1/1986, S. 74-86, hier: S. 80
- 6) Hier kooperieren die NPA und der bewaffnete Arm der Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF) auf taktischer Ebene.
- 7) R. Werning, Marcos..., a.a.O.
- 8) Liberation, Nr. 1/März-April 1985, S.3
- 9) Luningning de Vera, Two World Trends, in: ebenda, S.6
- 10) D.A. Rosenberg, Communism in the Philippines, in: Problems of Communism, Washington, September-Oktober 1984, S. 24-26, hier: S. 25. Die Zeitschrift wird vom US-Außenministerium herausgegeben.
- 11) Vgl. ebenda, S. 25f.
- 12) Vgl. Horacio „Boy“ Morales, Forum on the Coalition Government, in: NAJFD Monographs, Quezon City, Band 1, Nr. 1/November 1984
- 13) Vgl. Ang Bayan (Organ der CPP), o.O., März 1985
- 14) Vgl. S. Turner, Das „Parlament der Straße“, in: Blätter des iz3w, Nr. 122/Dezember 1984, S. 9-14
- 15) Arbeitskreis Philippinen (Hrsg.), Philippinen – wenn der Bambus bricht, Reinbek 1986, S. 187
- 16) Vgl. ebenda, S. 168 und 187
- 17) Siehe: Interview mit Roberto T. Ortaliz (stellvertretender Vorsitzender der KMU) in: Frankfurter Rundschau, 27.2.1986
- 18) Vgl. Center for Labour Studies, Inc., The Philippine Labor Situation, Selected Statistics 1984, o.O., S. 57



Führer der NDF bei einer Pressekonferenz im Jahre 1985

## Interview mit Horacio „Boy“ Morales Haupt Hindernis US-Einmischung

Horacio „Boy“ Morales, 42, mutmaßlicher ehemaliger Vorsitzender der Nationalen Demokratischen Front (NDF), wurde Ende Februar d.J. von der neuen Regierung Aquino aus dem Gefängnis entlassen. Vor seinem Übertritt zur NDF im Jahre 1977 war Morales geschäftsführender Vizepräsident der Akademie für Entwicklung der Philippinen, einer Denkfabrik des abgesetzten Ferdinand Marcos. Seinen Übertritt zur Linken verkündete er in einem aufsehenerregenden Brief an die Behörden am dem Abend, an dem er als einer der „10 Hervorragendsten Jungen Männer“ der Philippinen ausgezeichnet werden sollte. 1982 wurde er verhaftet.

**FRAGE:** Wie sehen Sie den viertägigen, von Zivilisten unterstützten Militärputsch?

**H. MORALES:** Was hier geschehen ist, war eine politische Revolution, d.h. wir waren in der Lage, ein faschistisches Regime zu beseitigen und es durch eine demokratische Regierung zu ersetzen.

Das ist ein großer Gewinn für das Volk, aber es ist noch keine soziale Revolution in dem Sinne, daß die anderen gesellschaftlichen Klassen nun stärker an der Regierung des Landes beteiligt wären. Noch immer ist die gleiche soziale Schicht an der Macht, die bereits vorher geherrscht hat.

**FRAGE:** Welche Auswirkungen hatte dies auf das Programm der Linken?

**H. MORALES:** Ich glaube, wir sollten es unter dem Gesichtspunkt betrachten, daß dies das Ergebnis eines langen Kampfes ist, an dem die Linke lange Zeit beteiligt war. Es ist auch ihr Sieg. (...)

Doch offensichtlich ist es aufgrund der neuen Situation notwendig, die Taktiken zu ändern. Einige der alten Kernpunkte ihrer Kritik, die sie aufzeigte, um das Volk zu mobilisieren, haben unter Umständen ihre Gültigkeit verloren. Bezüglich der Kampfformen könnte es zu einer Verschiebung des Schwerpunktes kommen. Möglicherweise wendet sich die Aufmerksamkeit verstärkt legalen Mitteln an Stelle des bewaffneten Kampfes zu.

Doch dies sind taktische, keine strategischen Veränderungen, denn die Absichten und Ziele der Linken bleiben die gleichen.

**FRAGE:** Wie würden Sie die Position der Regierung Aquino in bezug auf die Streitkräfte (AFP) beschreiben?

**H. MORALES:** Gegenwärtig besteht zwischen den folgenden verschiedenen Gruppen eine Allianz: Vereinigte Nationalistische Demokratische Organisation (UNIDO), Philippinische Demokratische Partei (PDP) im Bündnis mit Laban, Liberale Partei (LP), Bandila und AFP.

Im Augenblick basiert diese Allianz auf dem gemeinsamen Ziel dieser Kräfte, die Diktatur zu stürzen und in Regierung und Gesellschaft Reformen durchzuführen. Viele dieser Reformen sind bereits deutlich umrissen, über viele andere besteht jedoch noch Unklarheit. Wir werden also abwarten müssen, um zu sehen, welches ihre vorrangigen Ziele sind.

**FRAGE:** Glauben Sie, daß es später zu einer Spaltung kommen könnte?

**H. MORALES:** Gegenwärtig ist unser einziger Maßstab die jüngste Freilassung politischer Gefangener. Frau Aquino war recht erfolgreich bei dem Versuch dafür zu sorgen, daß ihr Versprechen, alle politischen Gefangenen freizulassen, auch tatsächlich verwirklicht wird. Das ist zu diesem Zeitpunkt der einzige Maßstab.

Vermutlich wird es allerdings in Zukunft viele Fragen dieser Art geben, zu denen die Gruppen unterschiedliche Positionen haben werden. Aber dies ist eine Frage der Führung. Gleichzeitig jedoch ist es auch eine Frage der Schnelligkeit, mit der sich Reformen innerhalb des Militärs durchsetzen.

Und wenn die ehrlicheren, ernsthaften und patriotischen Elemente in den Streitkräften eine entscheidendere Position erlangen, wird dies die Lösung der Konflikte erleichtern. (...)

**FRAGE:** Sehen Sie eine zunehmende Einmischung seitens der USA?

**H. MORALES:** Es hat zwar einen Regierungswechsel gegeben, aber die USA sind genauso aktiv wie vorher.

Viele Beamte der US-Regierung machen regelrecht die Runde und versuchen, neue Projekte, neue Abkommen zu initiieren. Es ist sehr gut möglich, daß sie eine Menge Unterstützung ins Land fließen lassen. Sie sehen die Möglichkeit, eine Exportenklave wie in Südkorea zu schaffen.

**FRAGE:** Welches sind jetzt die Haupt Hindernisse für den Kampf des Volkes?

**H. MORALES:** Natürlich sind Einmischung und Vorherrschaft der USA noch immer sehr groß. Das wird das Haupt Hindernis sein.

Innerhalb der Regierung gibt es Elemente, die der Meinung sind, das alte Zweiparteiensystem traditioneller Politiker wäre für uns das Geeignete. Sie werden unseren Kampf zur Errichtung einer mehr an volksdemokratischen Prinzipien ausgerichteten Regierungsform behindern.

Weitere Hindernisse sind die Elemente in den Streitkräften, die die Absichten und Ziele des Volkskampfes nicht verstehen und die instinktiv danach handeln, daß alles, was für die Linke gut ist oder mit ihr zu tun hat, schlecht ist.

Auch in der Kirchenhierarchie gibt es Elemente, die diesen neuen Ideen der Volkskräfte argwöhnisch gegenüberstehen mögen. Doch in all diesen Institutionen gibt es fortschrittliche Elemente... Zweifellos sind die

Bedingungen für das Volk günstiger.

**FRAGE:** Wie stehen die Aussichten für ein breites Bündnis fortschrittlicher Gruppierungen?

**H. MORALES:** Dies wird ein anderer Zusammenschluß sein müssen. Anfangs sollte die Stoßkraft von den „cause oriented groups“ (Gruppen, die sich für ein bestimmtes Anliegen einsetzen; d. Red.) ausgehen, die sich wieder zu einer breiten Einheit zusammenschließen.

Diese wird eine Gegenkraft zu den reaktionären Gruppierungen darstellen. Haben sich diese Gruppen erst einmal zusammengeslossen, kann man das Bündnis meiner Meinung nach ausweiten und fortschrittliche Kräfte aus politischen Parteien und, so hoffe ich, vielleicht auch einige Angehörige der Streitkräfte einbeziehen.

**FRAGE:** Welchen Fragen kann sich die Allianz im einzelnen zuwenden?

**H. MORALES:** Gegenwärtig befinden wir uns in einem Prozeß der Versöhnung. Wir eröffnen Möglichkeiten, um miteinander ins Gespräch zu kommen; gleichzeitig sind wir bestrebt, den vielen Opfern der gestürzten Diktatur Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die meisten Massenorganisationen sind an diesen Bemühungen beteiligt.

Wenn wir uns um diese Ungerechtigkeiten gekümmert haben, sollten wir uns den wirtschaftlichen Fragen zuwenden, denn eine große Anzahl von Menschen leidet unter der Wirtschaftskrise. Wir müssen Arbeitsplätze schaffen.

Das Stützpunkteabkommen zwischen den Philippinen und den USA läuft bald aus, und wir sollten uns darauf vorbereiten.

Während all dies geschieht, sollten wir den Prozeß des Abbaus aller Strukturen des Kriegsrechts fortsetzen; dies muß einhergehen mit der Schaffung neuer Strukturen und Mechanismen. (...)

**FRAGE:** Welches sind die entscheidenden Fragen?

**H. MORALES:** Zunächst eine auf dem Prinzip der Nichtpaktgebundenheit basierende Außenpolitik, insbesondere die Aufhebung aller ungleichen Verträge mit den USA. Zweitens die Wiederherstellung aller demokratischen Rechte, einschließlich der Legalisierung aller politischen Parteien, darunter der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP).

Der dritte Bereich ist die Agrarrevolution, die Zerstörung sämtlicher feudalistischer Strukturen auf dem Land. Und der vierte Bereich ist die nationalistiche Industrialisierung, d.h. unsere exportorientierten, importabhängigen Entwicklungsstrategien zu revidieren und zu versuchen, unseren nationalistischen Geschäftsleuten, insbesondere den kleinen, Aufgaben zu übertragen.

**FRAGE:** Was halten Sie von „Cory“ Aquinos Regierung?

**H. MORALES:** Im Augenblick ist sie noch nicht konsolidiert. Doch wir hoffen natürlich, daß sie mit der Zeit in der Lage sein wird, ihre Führungsrolle zu behaupten.

Dies kann sie jedoch nur, wenn sie weiterhin die Unterstützung des Volkes hat und imstande ist, mit ihm zusammenzuarbeiten. Und während sie ihre Position so festigt, kann sie auf realistischere Art und Weise versuchen, die derzeitigen Möglichkeiten der Regierung auszubauen.

An diesen Punkt entscheiden wir uns im Zweifelsfall zu ihren Gunsten, und wir unterstützen vielversprechende Ansätze unter ihrem Regime, ohne allerdings dabei seine Grenzen zu vergessen. (...)

(Quelle: Philippine News and Features, Manila, Nr. 26/17.3.1986)

# Rainer Werning

## Philippinen - Vietnam - Philippinen

# Aufstandsbekämpfung mit Tradition

„Ein Bataillon Armeepioniere rückte auf ein Stück staatseigenes Land weit eines Barrios in Pampanga (Provinz in Zentralluzon; d. Verf.) vor und rodete das wuchernde Cogon-Gras, das eine Wurzeldecke bildet, in die der Pflug kaum eindringen kann. Sie zogen dann Gräben und entwässerten es; sie bauten Reisfeld-Deiche und erhöhte Wege. Sie schlossen ihre Arbeit ab, indem sie die Häuser der Barrio-(Dorf; d. Red.)-Bewohner schulterten und sie unbeschädigt zu einem neuen Standort in der Nähe der Felder brachten, die den Menschen nach kurzer Arbeitsdauer als Eigentum überschrieben wurden.

Dieses Projekt war teuer. Es war ein Projekt, dessen Nützlichkeit für die Nation nicht zu rechtfertigen war... Als psychologische Operation aber war es ein riesiger Erfolg.“<sup>1</sup>

Wäre dies nicht die „weiche“ Variante der Zerschlagung andauernder Bauernunruhen und der Überreste der vormals starken Antijapanischen Volksbefreiungsarmee (Hukbalahap) gewesen<sup>2</sup>, man hätte das obige Bild als idyllische Beschreibung eines auf Gegenseitigkeit beruhenden Dorflebens werten können.

### Folgenlose Unabhängigkeit

Als am 4. Juli 1946 die philippinische Nationalflagge gehißt wurde, endeten – wie Spötter es nannten – reichlich 300 Jahre im spanischen Konventsmief und knapp ein halbes Jahrhundert im Hollywood-Glanz. In den Präsidentenpalast Malacañang zu Manila zog mit Manuel Roxas ein Mann ein, dessen einst pro-japanische Haltung die USA nicht ungeachtet für ihre eigenen Zwecke zu reklamieren wußten.

Um der Regierung Roxas Wiedergutmachungsgelder für die während des Krieges mit Japan entstandenen Schäden ange-deihen zu lassen, wurden politisch und wirtschaftlich alle erdenkbaren Register gezogen, die in Verbindung mit den gegen die Hukbalahap gerichteten Militäraktionen das nachgerade „klassische“ Modell neokolonialer Herrschaftssicherung bildeten.

Dabei ging es nicht mehr um die mit missionarischem Übereifer praktizierte „Kopf ab“-Politik der Jahrhundertwende.<sup>3</sup> Bedeutsamer wurde ein umfassendes Konzept sozialer, politischer und kultureller „Befriedung“. Im Militärjargon hieß das „Counterinsurgency“, „Aufstandsbekämpfung“.

Die Verabschiedung des militärischen



Alltag unter Marcos: Ihr Sohn wurde von der Armee festgenommen und später tot aufgefunden

Beistandspakts (1946), des Militärbasen-Abkommens (1947) und des 1951 geschlossenen Gemeinsamen Sicherheitsvertrages gestattete Washington, in seinen Militärbasen exterritoriale Rechte auszuüben und federführend die Bekämpfung des inneren „Aufbruchs“ zu organisieren.

Gemeint war zuvorderst die Hukbalahap, die in Zentralluzon eine funktions-tüchtige, von einem Großteil der Bevölkerung getragene Verwaltung errichtet und mittels der über militärische Aspekte hinausgehenden Organisation von Vereinigten Barrio-Verteidigungseinheiten (BUDC) Großgrundbesitz unter Bauern aufgeteilt und/oder exorbitante Ernteabgaben und Wucher drastisch gesenkt hatte.

Seit Ende der 40er Jahre übernahm die Vereinte US-Militärberatungsgruppe (JUSMAG) schrittweise selbst die Re-

organisierung, Ausbildung und Ausrüstung der philippinischen Streitkräfte und straffte das Oberkommando für Armee, Luftwaffe, Marine und Polizei. Zur Ausbildung von Piloten, dem Kauf von Flugzeugen, Munition und Minen-räumgeräten stand der JUSMAG ein Sonderbudget von 169,3 Mio Dollar zur Verfügung. Weitere 19,75 Mio Dollar wurden von Washington als Waffenhilfe bereitgestellt.

Und „die Philippinen stimmten zu, die Masse ihrer militärischen Ausrüstung in den USA zu kaufen und die Erlaubnis der USA für Käufe einzuholen, die anderswo getätigt wurden. Diese Bestimmung gab den USA einen beachtlichen Einfluß auf die Größe und den Charakter der philippinischen Streitkräfte.“<sup>4</sup>

Ab 1950 wurden die „unruhigen Gebiete“ in Militärbezirke und -sektionen unterteilt, in denen man lokalen Amtsträgern quasi Polizeigewalten übertrug. Unter Verteidigungsminister Ramon Mag-saysay<sup>5</sup> erfolgte das Aufsplittern der Regierungstruppen in 26 mobile „Battalion Combat Teams“ (BCT) – ein Resultat der JUSMAG-Planung. Diesen durch Führungsstäbe, Infanteriekompanien und Artilleriebatterien gebildeten Einheiten waren zudem nachrichtendienstliche und Elitetrupps (z.B. die „Scout-Ranger“ und „Scout-Dog“-Verbände) als operative „Greifer“ zugeordnet.

„Neben den militärischen Vernichtungsaktionen (...) leistete die Armeee auch

Militärstreife im Guerilla-Gebiet Mindanao



## Operationsplan Stabilität

Das Rückgrat der Aufruhrbekämpfung in den Philippinen bildet heute **Oplan Katatagan** (Operationsplan Stabilität). Dessen allgemeines Ziel ist es, „Herz und Hirn der Bevölkerung zu gewinnen“. Begonnen im Frühjahr 1983, wurde Oplan Katatagan durch die präsidentiale Anweisung Nr. 2-81 (LOI 2-81) ins Leben gerufen. Dies geschah kraft jener legislativen Vollmachten, die sich Präsident Marcos durch die Verfassungsänderung Nr. 6 eigenmächtig eingeräumt hatte. Informierte Kreise unterscheiden insgesamt vier strategische Phasen im Rahmen der Oplan Katatagan zugeordneten militärischen Feldoperationen: (a) Durch **Clearing Operations** soll die politische Infrastruktur des lokalen Aufruhrs zerstört werden; (b) **Hold Operations** zielen auf die Vernichtung von CPP/NPA-Zellen und die Errichtung eines örtlichen Verteidigungsnetzes, als dessen operativer Arm die **Integrierten Bürgerwehrtrouppen (ICHDF)** fungieren; (c) durch **Consolidation Operations** ist die Bereitstellung wesentlicher ziviler Dienstleistungen beabsichtigt, während (d) unter **Development Operations** die Durchführung langfristiger Gemeindeprogramme verstanden wird, wodurch ein Rückzug der regulären Militäreinheiten vorbereitet werden soll.

Übergriffe werden vertuscht oder geduldet, solange sie zur gewünschten Befriedung oder Neutralisierung einer bestimmten Region beitragen. Oplan Katatagan ist im Kern ein Befriedungsfeldzug, dazu ausersehen, der Eskalation bewaffneter Konflikte einen Riegel vorzuschieben. Opfer dieser Kampagne ist natürlich die Zivilbevölkerung, die am härtesten unter den militärischen Übergriffen und Menschenrechtsverletzungen zu leiden

Todesschwadronen wie die der Sekte Nene Butak sind ein wichtiges Instrument der Aufstandsbekämpfung



hat. Die beiden ersten Phasen von Oplan Katatagan verdeutlichen dies.

Während der ersten Phase führt das Militär sog. **Zoning Operations** in Dörfern und Gemeinden durch, wobei Häuserblocks umstellt und systematisch durchkämmt werden. Ziel dieser Operationen ist es, potentielle Dissidenten ausfindig zu machen. Häufig geschieht Zoning in wöchentlichen Intervallen, vielfach begleitet von Offiziersbesuchen und Gesprächsrunden zwischen Militärs und lokalen zivilen Regierungsvertretern.

Dies stellt die wohl entscheidendste Phase des Oplan Katatagan dar, da sich das Militär auf Ortsebene einer Doppelstrategie aus Zuckerbrot (psychologischer Einschüchterung) und Peitsche (Waffengewalt) bedient. (...)

Im Zuge von **Clearing Operations** kann es gleichsam zu ständigen oder kurzweiligen Zwangsumsiedlungen von Zivilisten kommen. Dadurch angestrebt wird die Isolierung regierungsfeindlicher Kräfte. Dies geschieht nicht mit den Mitteln der Überredung. Vielmehr werden oftmals ganze Familien unter Drohungen und Belästigungen – bis hin zu Erschießungen – zur Evakuierung gezwungen. (...)

Sind Dörfer und Gemeinden einmal evakuiert, so werden diese Gebiete kurzerhand zu Freifeuerzonen erklärt, in denen Regierungssoldaten wahllos Jagd auf (vermeintlich) feindliche Kräfte machen. Letztere ziehen sich in der Regel rasch zurück und vermeiden es, die Regierungstruppen in offene Kampfhandlungen zu verwickeln. Für die Zivilbevölkerung und Bauern hat diese Situation verheerende Folgen: Felder bleiben unbestellt, Häuser gehen in Flammen auf, Militärtruppen ziehen plündernd durchs Land. Die Bevölkerung findet sich in Gebiete eingepfercht, in denen ihr die Kultivierung ihres Bodens unterhalt verunmöglicht wird. Kurz: Menschen werden häufig über Nacht zu Flüchtlingen degradiert.

**Hold Operations** sollen potentiellen Dissidenten den Boden entziehen. Dies geschieht zumeist durch die Installierung lokaler, die Anwesenheit des Militärs gutheißender Persönlichkeiten bzw. durch die Beseitigung von Personen, die in Verdacht stehen, regimiekritisch eingestellt zu sein und mit den Dissidenten zu sympathisieren. Zahlreiche Opfer staatlichen Mords waren Menschen, denen einfach unterstellt wurde, Kontakte zur NPA unterhalten und Dorfbewohner für Projekte organisiert zu haben, die als regimiekritisch bezeichnet wurden.

**Clearing und Hold Operations** gehen zumeist der Einpflanzung regierungseigener Lebensunterhaltprojekte voraus, die angeblich der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung dienen. Die Regierung hat stets betont, daß durch Oplan Katatagan die Bevölkerung in den Genuß wichtiger Dienstleistungen komme. Dadurch, so ihr Kalkül, könne die Unterstützung der Leute zurückgewonnen und das Problem des Aufruhrs gemeistert werden. Zivile und auf Bürgernähe getrimmte Projekte, die sog. **Civic Action Operations**, werden mit Vorliebe in den von der Regierung gegängelten Medien aufgebauscht.

(Quelle: Aktionsgruppe Philippinen/medico international (Hrsg.), Die gestutzten Flügel der Freiheit. Menschenrechte und Militarisierung in den Philippinen, Münster 1985, S. 7-10)

Pionierarbeit, die den guten Willen der Regierung unterstreichen sollte – Schulen und Krankenhäuser wurden errichtet, neue Landwirtschaftsgebiete erschlossen, Brücken und Wasserleitungen gebaut. Desertierte Guerillas wurden freundlich empfangen und erhielten Land und materielle Unterstützung, denn die Zahl der erwarteten und tatsächlich erfolgten Desertionen war so gering, daß für die Überläufer ohne weiteres Vorsorge getroffen werden konnte.“<sup>6</sup>

Die Kommunistische Partei (PKP), im antijapanischen Partisanenkrieg noch führend, versuchte nunmehr, „sich legal in die philippinische Politik einzuschalten, indem sie eine politische Tarnorganisation, das 'Demokratische Bündnis' (DA)“ gründete, damit jedoch „scheiterte, weil man den gewählten DAMitgliedern ihre Sitze im Kongreß verweigerte.“<sup>7</sup> Tatsächlich war die nach 1946 zwischen den Antipoden Putschismus und (parlamentarischer) Reformismus pendelnde PKP-Politik auch eine Grundlage für den Erfolg des amerikanischen Rekolonialisierungsmodells.

### Im Schatten des Indochinakriegs

„Civic action“, also auf Bürgernähe getrimmte Projekte des Militärs, und erhöhte Feuerkraft durch Bereitstellung amerikanischer Militärhilfen bildeten fortan den Januskopf der US-Kriegführung in Südostasien. Was auf den Philippinen experimentiert worden war, diente Militärstrategen wie General Edward G. Lansdale und Maxwell D. Taylor in Indochina als Vorbild.<sup>8</sup>

Nachdem in der zweiten Hälfte der 60er Jahre die sog. Nachrichtenkoordinierungs- und Auswertungsprogramme (ICEX) des amerikanischen Oberkommandos in Südvietnam in die „Operation Phoenix“ mündeten, gelang es dem gemeinsamen Nachrichten-Militär-Polizei-Programm Saigons (heute Ho-Chi-Minh-Stadt) und Washingtons, einige 84.000 „Vietkong-Infrastrukturen zu neutralisieren“, wobei nach offiziellen Angaben 21.000 Menschen getötet wurden.<sup>9</sup> Das Saigoner Regime behauptete seinerzeit, daß im Rahmen von „Phoenix“ annähernd 41.000 „verdächtige feindliche“ Zivilisten vom Zeitpunkt seiner Einführung im August 1968 bis Mitte 1971 umkamen.<sup>10</sup>

William E. Colby, Leiter des Hilfsprogramms für zivile Operationen und ländliche Entwicklung (CORDS), sowie hochrangige Militärberater räumten bei späteren Hearings vor Untersuchungsausschüssen des US-Kongresses zynisch ein, daß „Feinde (Vietcong) möglicherweise falsch identifiziert wurden.“<sup>11</sup> Systematischer Staatsterror mit einem

abgestuft prämierten „body count“ (Leichenzählerei) als Eckpfeiler war durch „Phoenix“ bittere Wirklichkeit geworden.

Diese Erfahrungen wurden gleichzeitig zur Unterstützung der seit 1966 amtierenden Regierung Marcos nutzbar gemacht, die hernach Amerikas Darling in der Region wurde.

Im Gegensatz zu seinen Vorläufern zeichnete das Marcos-Regime eine Konzentration und Zentralisierung der Staatsmacht aus, worunter vor allem eine Aufwertung der Militärs zu verstehen war.

In Verbindung mit den Polizeistreitkräften des Landes sollten sie die Gewähr für „nationale Sicherheit und Entwicklung“ bieten. Definierte sich Sicherheit durch die Abwehr/Ausschaltung „interner Subversion“, so war Entwicklung gleichbedeutend mit einer Wirtschaftsstrategie exportorientierten Typs samt aller damit einhergehender Anreize für ausländisches Kapital.

Noch bevor Marcos im September 1972 das Kriegsrecht verhängte, war bekannt geworden, daß die amerikanische Behörde für internationale Entwicklung (USAID) und der CIA philippinische Polizisten im Rahmen des Programms für Öffentliche Sicherheit ausgebildet hatten – „für eventuelle paramilitärische Einsätze und zur Aufstandsbekämpfung als Teil eines weltweiten Programms, die Polizei abhängiger Staaten zu militarisieren und zu Söldnern aufzubauen“. <sup>12</sup> Unter der Rubrik „technische Hilfe“ finanzierte die USAID das Büro für Öffentliche Sicherheit (OPS), welches maßgeblich an der „Reorganisation, Finanzierung und Ausbildung des philippinischen Polizeiparates auf den Philippinen wie in den USA (...) beteiligt war“. <sup>13</sup>

Im Dezember 1966 wurde Frank Walton, gerade aus Saigon zurückgekehrt, „Teamsleiter“ von USAID/OPS.

In Vietnam hatte „er für den Ausbau und die Reorganisation der südvietnamesischen Polizeikräfte in großem Stil verantwortlich gezeichnet – ein Eckstein des umfassenden CIA-Plans, die politi-

US-Soldat bei einem Manöver in Luzon



Generalstabschef Ramos (l.) und Verteidigungsminister Enrile, Garanten für eine Aufstandsbekämpfung nach US-Vorstellungen

sche Infrastruktur der NLF (Nationale Befreiungsfront; d. Red.) aufzulösen“. <sup>14</sup> Ihm assistierten US-Angestellte mit Erfahrungen aus Brasilien, den Philippinen und Äthiopien. Hinzu kamen philippinische Geheimdienstoffiziere, die der CIA während der Unterwerfung des Huk-Aufstandes trainiert hatte und die „Experten auf dem Gebiet der Gegenspionage in und um Saigon geworden waren“. <sup>15</sup>

Der im Februar 1967 von der Walton-Gruppe fertiggestellte Bericht führte zur Einbindung des AID/OPS-Programms in der CORDS, <sup>16</sup> dessen philippinische Variante personell mit „alten Hasen“ aus Vietnam bestückt wurde. Mit Thomas Rose und Richard Kriegel traten Männer an dessen Spitze, die zuvor Chef der AID-Verwaltung in Saigon bzw. CORDS-Berater in der Provinz Bin Dinh gewesen waren.

Am 12. Juli 1973 bestätigte der US-Senat schließlich William Sullivan als neuen Botschafter in Manila. Von 1963 bis 1969 war er US-Botschafter in Vientiane (Laos) gewesen, wo er „eine entscheidende Rolle darin gespielt hat, was als die abstoßendste Episode gesetzwidriger Grausamkeit in der amerikanischen Geschichte angesehen werden muß, die Bombardierung von Laos“. <sup>17</sup>

Bei der Organisation und Koordinierung amerikanischer geheimdienstlicher und militärischer Aktivitäten in Südostasien wurden Sullivan bemerkenswerte Fähigkeiten zuerkannt. Nicht ohne Hintergedanken dürfte ihn das State Department, dem er noch immer mit geschätzten Expertisen zur Seite steht, auf den letzten Botschafterposten unter dem Schah-Regime berufen haben. Im Iran war mit Walton zudem ein weiteres bekanntes Gesicht aufgetaucht. <sup>18</sup>

Die auf der Pazifikinsel Guam verkündete Nixon-Doktrin – „Asiaten gegen Asiaten kämpfen zu lassen“ – markierte seit Beginn der 70er Jahre eine Abkehr vom direkten und massiven Einsatz US-amerikanischen Personals in Regional-

„konflikte“ mit dem Effekt, daß die einheimischen „Ordnungsorgane“ und deren Etats um ein Vielfaches aufgestockt wurden.

Seit der Verhängung des Kriegsrechts (1972) durch Präsident Marcos schwollen sie auf den Philippinen immerhin von 62.000 auf 415.000 Mann an – inklusive paramilitärischer Banden und Sekten. <sup>19</sup> Die Militärgerichtsbarkeit hielt Einzug und selbst wirtschaftliche Planungs- und Infrastrukturmaßnahmen wurden ähnlich wie in Guatemala zunehmend dem Kompetenzbereich des Militärs überantwortet.

Zu Beginn der 80er Jahre rekrutierten sich nahezu 60% aller mit der Regionalentwicklung betrauten Präsidialbeamten (PROD) aus seinen Rängen.

„Nationale Sicherheit und Entwicklung“ wurden brisanter denn je. Mit dem noch immer gültigen „Oplan Katatagan“ (Operationsplan Stabilität) ist deren praktische Umsetzung anvisiert (siehe Kasten). „Hirne und Herzen der Bevölkerung“ sollen durch öffentlichkeitswirksame Aktionen im Samariterstil gewonnen werden, wobei die Vernichtung der Infrastruktur und Logistik der weltweit am schnellsten wachsenden Guerilla der Neuen Volksarmee (NPA) Priorität zukommt.

## Auf dem Weg El Salvadors?

Die von Washington gewünschte politische Stabilität und systematische Anwendung der „counterinsurgency“ wurde jedoch durch die zunehmende Isolierung des Marcos-Regimes und durch die in der obersten Militärclique vorherrschende Vetternwirtschaft, Korruption und Verquickung mit wirtschaftlichen Interessen infragegestellt.

Die durch den Sturz von Marcos erfolgte Machtübernahme einer Regierung, die sich vorerst einer breiten Unterstützung im Volk und im Ausland erfreut und die führende Position des auf Kampfkraft-

In der »atom« berichten wir regelmäßig über folgende Themen:

- \* Aktuelle Berichterstattung zu den einzelnen Standorten von Atomanlagen in der BRD
- \* Grundsätzliche Artikel zur Energiesituation
- \* Zur »Un«sicherheit atomarer Anlagen
- \* Berichte und Einschätzungen zum Widerstand gegen das Atomprogramm
- \* Kontinuierliche Berichterstattung über die Widerstandsschwerpunkte Wackersdorf und Gorleben
- \* Die Kriminalisierung der Bewegungen durch den Staat
- \* Neues aus der unabhängigen Friedensbewegung
- \* Frauenseiten



AtomExpress/atommüllzeitung erscheint alle zwei Monate, kostet 4.- Mark (Doppelnummer 5.-) und sollte unbedingt abonniert werden.

Bestelladressen:  
**Atom Express,**  
**Postfach 1945, 3400 Göttingen**  
 und  
**atommüllzeitung,**  
**Sültenweg 57, 2120 Lüneburg.**

Gegen Einsendung von 4.- Mark (für Doppelnummer 5.-) in Briefmarken schicken wir gerne und prompt ein Probeexemplar zu.

erhöhung und Effizienz der Armee bedachten neulanten Duos Enrile/Ramos haben nunmehr verbesserte Voraussetzungen für eine Eindämmung der Guerilla geschaffen.

Das durch den rechtzeitigen Frontwechsel von Ramos und Enrile gewachsene Ansehen der Armee wird dies erleichtern können. „Uns wurde auf einem Silbertablett Glaubwürdigkeit geschenkt“, erklärte Rodolfo Biazon, Leiter der Philippinischen Militärakademie. „... Es ist jetzt leichter in die Massen einzudringen, was uns vorher kaum möglich war.“<sup>20</sup>

Erste Vorbereitungen in diese Richtung lassen sich bereits ausmachen. Im März d.J. bereiste bereits der Generalstabschef der US-Streitkräfte und ehemalige Chef der Pazifikflotte, Admiral William Crowe, die Inseln. Ihm folgte Anfang April Verteidigungsminister Caspar Weinberger, der lediglich verlauten ließ, man habe über eine Erhöhung der Militärhilfe und die Entsendung von Militärberatern gesprochen.

Bemerkenswert ist außerdem, daß am 2. April d.J. der bisherige philippinische Botschafter in Thailand, Rafael Iletto, zum Stellvertreter von Generalstabschef Ramos ernannt wurde. Vor seinem Amtswechsel führte er intensive Gespräche mit dem thailändischen Generalstabschef Chaovait Yongjaiyuth, dem Architekten des „Amnestieprogramms“, das ab 1980 der thailändischen Guerilla das Rückgrat brach.

Ein Szenario wie im El Salvador Napoleon Duartes liegt jetzt im Bereich des Möglichen. Professionalisierung der Armee, ihre Aufteilung in flexible und mobile Eingreiftruppen, Raumsicherung durch Todesschwadronen („Rock Christ“, „Sigma“ u.ä.) und der mit salvadorianischen Methoden vergleichbare Operationsplan Stabilität deuten darauf hin.

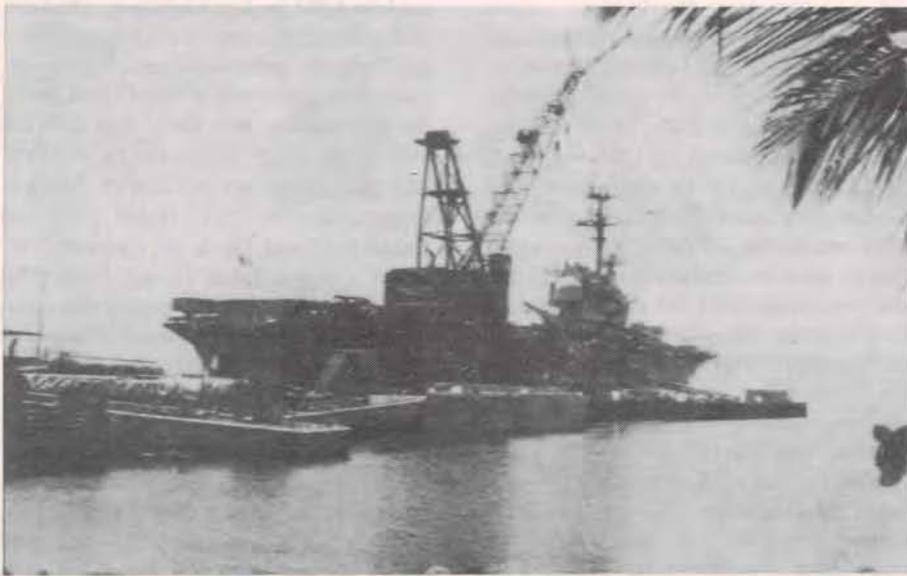
Ob dies verhindert werden kann, wird nicht zuletzt von der weiteren Mobilisierung des Volkes und von der Stärkung der Kräfte in der Regierung abhängen, die nationale Interessen auf ihre Fahnen geschrieben haben. Aufgrund der großen Erwartungen, die im Volk durch die Regierungsübernahme Aquinos geweckt wurden, und angesichts einer einigen und starken revolutionären Volks- und Guerillabewegung scheint dies möglich.

#### Anmerkungen:

- 1) Oberst Napoleon D. Valeriano/Oberstleutnant Charles T.R. Bohannon, Counter-Guerilla Operations – The Philippine Experience, London 1962
- 2) Im März 1950 wurde die Hukbalahap in Volksbefreiungsarmee, HMB, umbenannt.
- 3) Die amerikanische „Befriedung“ kostete um die Jahrhundertwende etwa 1/10 der Filipinos das Leben.
- 4) George E. Taylor, The Philippines and the United States: Problems of Partnership,

New York/London 1966, S. 129

- 5) Magsaysay, Mitte der 50er Jahre Präsident, war ein JUSMAG-Zögling par excellence.
- 6) Jürgen Horlemann, Modelle der kolonialen Konterrevolution – Beschreibung und Dokumente, Frankfurt/M. 1968, S. 101-3
- 7) Justus M. van der Kroef, Communism and Reform in the Philippines, in: Pacific Affairs, Frühjahr 1973, S. 31
- 8) E.G. Lansdale war seinerzeit wichtigster CIA-Verbindungsmann zu Ramon Magsaysay und M.D. Taylor zeitweilig Botschafter in Saigon sowie Chefstrategie der „Counterinsurgency“ unter Kennedy.
- 9) U.S. Assistance Programs, S. 183, zit. nach: Noam Chomsky/Edward S. Herman, Massaker im Namen der Freiheit, Berlin 1975, S. 44
- 10) Ministry of Information, Vietnam 1967-1971, Toward Peace and Prosperity, S. 52, zit. nach: N. Chomsky/E.S. Herman, Massaker..., a.a.O.
- 11) Indochina Resource Center, A Statistical Fact Sheet on the Indochina War, Berkeley (27.9.1972); Michael J. Uhl, U.S. Assistance Programs, 1971, S. 314 und Pacification's Deadly Price, in: Newsweek, New York, 19.6.1972, S. 42-3
- 12) Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 5.8.1972, S. 13, zit. bei: J.M. van der Kroef, Communism'..., a.a.O., S. 51
- 13) Geoffrey Arlin, The Organisers, in: FEER, 2.7.1973, S. 16 und Elaine Elinson, U.S. Train Counter-Insurgency Police for the Philippines, in: Pacific News Service, San Francisco 1971
- 14) Ebenda
- 15) Ebenda und N. Chomsky/E.S. Herman, The Washington Connection and Third World Fascism – The Political Economy of Human Rights, Jg. 1, Boston 1979
- 16) Die AID, wie der CIA unmittelbar dem Präsidenten unterstellt, fördert die Investitionsbedingungen für US-Kapital in den Entwicklungsländern u.a. durch den Auf- und Ausbau der Verwaltung und Polizei. Sie koordiniert ihre Aktivitäten mit der Entwicklungshilfe des Pentagon. Zudem übernimmt die AID die Garantie gegen Verstaatlichungen und Verluste infolge von Kriegseinwirkungen. CORDS (Civil Operations and Rural Development Support Program) war „Phoenix“ und deren Vorläufer-Programmen angegliedert. Einer dieser Vorläufer war das „CT“ („Gegenterror“-) Programm, das vom CIA Mitte der 60er Jahre organisiert wurde, um NLF-Kader „auszumerzen“.
- Siehe: Wayne Cooper, Operation Phoenix: A Vietnam Fiasco Seen From Within, in: Washington Post, 8.6.1972 und Rainer Werning, Philippinen – Aspekte der ländlichen Entwicklung und Weltmarktintegration seit 1972, Münster 1984
- 17) Another Senate Test, in The New York Times, 9.7.1973. Es war allerdings G. McMurtrie Godley, Sullivans Nachfolger in Vientiane, der das mörderische Nixon-Kissinger-Programm in die Tat umsetzte.
- 18) G. Arlin, The Organisers..., a.a.O.
- 19) Aktionsgruppe Philippinen/medico international (Hg.), Die gestutzten Flügel der Freiheit – Menschenrechte und Militarisierung in den Philippinen, Münster 1985 und Rainer Werning, Berstender Bambus: Befreiungskampf und Gesundheitswesen auf den Philippinen, hrsg. von medico international, Frankfurt/Main 1986
- 20) Christian Science Monitor, Boston, 18.3. 1986



Subic Bay, größter US-Flottenstützpunkt außerhalb der USA

## Nico Biver Die US-Basen Vorposten für Intervention und Erstschlag

Die große Aufmerksamkeit, die die USA in den letzten Jahren unter dem Eindruck der Krise des Marcos-Regimes den Philippinen widmeten, und ihre maßgebliche Rolle bei der Installierung einer bürgerlich-demokratischen Regierung unter Corazon Aquino deuten auf wichtige Interessen hin, die sie hier zu verteidigen haben.

Dabei geht es in Washington nicht nur darum eine revolutionäre Entwicklung zu verhindern, weil sie destabilisierende Auswirkungen auf die gesamte Region haben und US-Investitionen auf den Philippinen in Höhe von schätzungsweise 1,4-3 Mrd Dollar<sup>1</sup> in Frage stellen würde.

### Größte auswärtige Stützpunkte

Die Hauptsorge der USA gilt vor allem ihren dortigen Militärstützpunkten, die größten über die sie außerhalb ihres eigenen Territoriums verfügen.

Sie unterhalten auf den Philippinen insgesamt 23 militärische Einrichtungen mit nach offiziellen Angaben 13.660 US-Soldaten und 37.700 philippinischen Beschäftigten.<sup>2</sup> Die fünf größten Anlagen verfügen zusammen über eine Fläche von 825 qkm.<sup>3</sup>

Die beiden wichtigsten Stützpunkte sind die Clark Air Base, Standort der 13. US-Luftwaffe und die Subic Naval Base, der wichtigste Hafen der 7. US-Flotte. Sie umfaßt 70 Schiffe, 425 Flugzeuge und 50.000 Soldaten. Durchschnittlich sind

12 Schiffe und 9.000 Marines in Subic Bay anwesend.<sup>4</sup>

Ihre Existenz ist durch das 1947 geschlossene Militärbasen-Abkommen, das bis 1991 gilt, abgesichert.

Ihre Bedeutung ergibt sich vor allem aus ihrer Lage im westlichen Pazifik und als Teil eines Stützpunktringes rund um die Sowjetunion. Von hier aus können in 4 Flugstunden sowohl Japan als auch Korea, China und Singapur erreicht werden. „Der Ausgangspunkt jeglicher Diskussion über die strategische Bedeutung der US-Militäranlagen auf den Philippinen“, so der ehemalige Obekommandierende der US-Marine im Pazifik Admiral Robert L.J. Long, „muß in der Prüfung der US-Interessen in der Region Asien-Pazifik liegen. Wie Sie wissen, ist die Region von vitaler wirtschaftlicher Bedeutung für die Vereinigten Staaten. (...) Die US-Streitkräfte auf den Philippinen sind ideal stationiert, um den USA höchstmögliche Flexibilität beim Reagieren auf Krisen in diesem Teil der Welt zu gewähren.“<sup>5</sup>

In der Tat stellen der westliche Pazifik und die Staaten der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN) die dynamischste Wirtschaftsregion der Welt dar. Der US-Handel mit dieser Region übertraf 1977 erstmals den mit Westeuropa. 30 Mrd Dollar an US-Investitionen gilt es hier zu schützen. Zudem kommt Südostasien im Kalkül Washingtons deshalb eine strategische Bedeutung zu, weil es den Pazifik und den Indischen Ozean mitein-

ander verbindet. Mehr als 50% der Öllieferungen der „freien Welt“ und ein großer Teil des asiatischen Handels passieren die Meerenge von Malakka zwischen beiden Ozeanen.

Die militärische Anwesenheit in dieser Region versucht man in Washington damit zu rechtfertigen, daß die Sowjetunion diese Schifffahrtswege sperren könnte. Nach Meinung von Admiral Long müssen die USA gar sicherstellen, daß die „umfangreiche industrielle und technologische Kapazität (der Wirtschaftspartner in diesem Raum) der freien Welt erhalten bleibt und nicht unter den Einfluß oder die Herrschaft der Sowjetunion oder anderer nicht befreundeter Mächte kommt“.<sup>6</sup>

Daß die Stützpunkte in Wahrheit nicht diesem Zweck dienen, sondern als Sprungbrett für militärische Interventionen, als Zentrum für verdeckte Operationen und zur Aufstandsbekämpfung in der Region benutzt werden, belegen Beispiele aus der Vergangenheit.

So wurden von der Clark Air Base aus 1958 rechtsgerichtete Rebellen gegen die Regierung Sukarno in Indonesien unterstützt. Im gleichen Jahr kreuzten von Subic Bay aus gestartete Kriegsschiffe vor der chinesischen Küste, um China daran zu hindern seine Souveränität über Taiwan und andere Inseln wiederzuerlangen.

Von Clark Air Base aus starteten 1980 US-Einheiten, um die südkoreanische Regierung bei der Niederwerfung des Kwangu-Aufstands zu unterstützen. Sowohl im Korea- als auch im Vietnamkrieg, waren die Basen die wichtigsten Nachschubstützpunkte der Aggressoren.

### Sprungbrett für Interventionen

Zudem befindet sich auf den Stützpunkten das regionale Hauptquartier des CIA und werden Militärs aus den Philippinen und den anderen ASEAN-Staaten ausgebildet, was „vor allem dazu dient, die Fähigkeiten der ASEAN-Staaten zu verbessern mit Aufständen fertig zu werden“.<sup>7</sup>

Dies wird bereits seit Ende der 40er Jahre auf den Philippinen vorexerziert (siehe R. Werning). Dort wird die Armee nicht nur in der Aufstandsbekämpfung ausgebildet, sondern US-Spezialeinheiten leisten auch direkte Unterstützung und stehen im Eventualfall zum massiven Einsatz bereit.

Das Operationsgebiet der auf den Philippinen stationierten US-Streitkräfte beschränkt sich nicht auf den südostasiatischen Raum. Die 7. Flotte patrouilliert in Teilen des Westpazifik, im Südchinesischen Meer und im Indischen Ozean. Die Operationsreichweite der 13. Luftwaffe

erstreckt sich vom Gebiet südlich Taiwans bis zum Raum östlich des Iran und Afrika. So erklärte der Kommandant der Clark Air Base, daß „Flugzeuge vom Typ Phantom 12 Stunden nach ihrem Start hier im Gebiet Ostafrika“ sein könnten.<sup>8</sup> Auch nach dem Ausbau des Stützpunktes Diego Garcia im Indischen Ozean werden militärische Operationen von dort aus weiterhin auf Unterstützung und Nachschub von den Philippinen angewiesen sein. Welcher Art diese Interventionen sein können, belegt die Lagerung von taktischen Atomwaffen, die sich nach Angaben des Washingtoner Zentrums für Verteidigungsinformation (CDI) in den beiden Hauptstützpunkten befinden sollen.<sup>9</sup>

Lediglich die Stationierung strategischer Waffen erfordert die Zustimmung der philippinischen Regierung.

## Elemente für den Erstschatz

Dennoch kommt den Philippinen in der Erstschatzstrategie der USA eine herausragende Rolle zu.

Zum einen haben hier Schiffe der 7. US-Flotte, die mit Cruise Missiles bestückt sind, ebenso Zugang wie auf Guam stationierte strategische Bomber vom Typ B 52. Zum anderen befinden sich auf den Philippinen wichtige Systeme für die Erstschatzstrategie.

In Cubi Point ist ein Geschwader P-3C Orion Flugzeuge stationiert, die zur Aufspürung und Zerstörung von U-Booten mittels Atombomben dienen. Zudem ist es wahrscheinlich, daß in Subic Bay Jagd-U-Boote stationiert sind.

Gemeinsam mit anderen im Ausland stationierten ähnlichen Waffensystemen, ermöglichen sie es, einen Erstschatz gegen sowjetische strategische Atomwaffen-U-Boote (SLBM) zu führen, um damit, bei einem gleichzeitigen Erstschatz

auf sowjetisches Territorium einen Zweitschatz des Gegners zu verhindern. Auf den Philippinen befinden sich ebenfalls Einrichtungen, die im C<sup>3</sup>I-System (Kommando, Kontrolle, Kommunikation und Erkundung) der USA eine wichtige Rolle spielen. Es dient dazu, den Einsatz der strategischen Waffen der USA möglichst effektiv zu gestalten. Hierzu gehören eine Station, die die Daten empfängt, die US-Aufklärungssatelliten über das sowjetische atomare Verteidigungssystem sammeln, eine Station, die sowjetische Satellitenstarts verfolgt und ein Überwachungssystem, das unterirdische Atomtests beobachtet.

Die Basen sind ein Knotenpunkt des globalen strategischen Kommunikationssystems der USA und beherbergen Einrichtungen, die die strategischen U-Boote mit Informationen versorgen.

Die U-Boot-Bekämpfung- und C<sup>3</sup>I-Einrichtungen sind Teil eines Gesamtsystems, das sich von Diego Garcia bis nach Japan erstreckt und die Voraussetzungen für einen atomaren Erstschatz schafft. Aus diesem Grunde werden diese Orte im Falle eines atomaren Schlagabtauschs zu Zielen des Gegners werden. Diese Gefahr ist mit ein Grund dafür, warum sich viele Filipinos für den Abzug der US-Basen einsetzen.

Widerstand kommt nicht nur von den Linksparteien und den Friedensbündnissen Anti-Basen-Koalition (ABC) und Koalition für Atomfreie Philippinen (NFPC), sondern auch aus dem bürgerlichen Lager.

Dazu gehören etwa die ehemaligen Senatoren Lorenzo Tañada und José Diokno (heute Vorsitzender der neugegründeten staatlichen Menschenrechtskommission). Selbst der ermordete Benigno Aquino sprach sich für einen schrittweisen Abzug der Basen aus.<sup>10</sup> Die Witwe und jetzige Präsidentin, Corazon Aquino, will sie bis zum Ablauf des Vertrages

im Jahr 1991 im Land belassen, um dann eine Volksabstimmung über ihren weiteren Verbleib durchzuführen.

Diese Unwägbarkeiten sind Grund genug für Washington, sich Gedanken über die Verlegung der Stützpunkte zu machen. „Es gibt keine vergleichbaren Einrichtungen, die sofort verfügbar sind, um Subic Bay und Clark zu ersetzen“, erklärte General John Vessey, Vorsitzender des Vereinigten Oberkommandos, „aber wir haben alternative Pläne, um uns auf andere Inselstützpunkte zurückzuziehen.“<sup>11</sup>

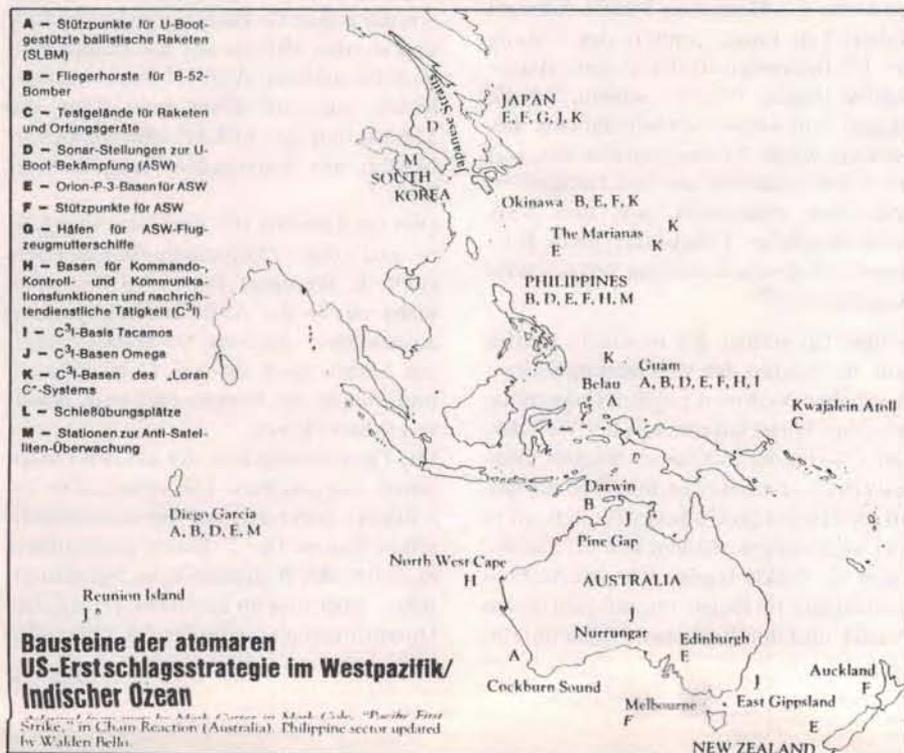
Der stellvertretende Verteidigungsminister für Angelegenheiten der internationalen Sicherheit, Richard L. Armitage, schlug vor, als Ausweichquartiere Guam, Saipan Tinian (Marianen-Inseln) und Belau in Erwägung zu ziehen.<sup>12</sup> Dies wäre jedoch mit einem Kostenaufwand von 2-8 Mrd Dollar verbunden.

Die Inseln bieten zudem den Nachteil, daß sie strategisch ungünstiger gelegen sind. Und sowohl was die natürlichen Bedingungen als auch was die benötigten Arbeitskräfte angeht, sind dort erhebliche Engpässe vorhanden. So ist z.B. Belau, dem die USA Anfang 1986 die Zustimmung für Militärbasen abgerungen haben, gerade halb so groß wie die Fläche der Stützpunkte auf den Philippinen, und es hat dreimal weniger Einwohner als dort Arbeitskräfte beschäftigt sind.

Diese Schwierigkeiten sind Grund genug, warum die USA alles daran setzen werden, die Räumung ihrer Stützpunkte auf den Philippinen abzuwenden.

## Anmerkungen:

- 1) Angaben nach: KSP, Kilusan, Utrecht, Band 2, Nr. 2-3/1983, S.9
- 2) Vgl. US Information Service, The Bases in the Philippines, Washington 1983, S.9
- 3) M.C. Mangahas, The Bases Issue Strikes at the Very Core of Our Existence, in: Panorama, Manila, 17.4.1983, S.7
- 4) Vgl. ebenda, S.8
- 5) Statement by Admiral Robert J.L. Long USN, Commander-in-Chief, Pacific, before the House Foreign Affairs Subcommittee on Asian and Pacific Affairs on the Philippines, 16. Juni 1983, (mimeo) Washington D.C. 1983, S. 1-20
- 6) Ebenda
- 7) Congressional Research Service, United States Foreign Policy Objectives and Overseas Military Installations, Washington 1979, S.149
- 8) Zit. nach: W. Bello, Springboards for Intervention, Instruments for Nuclear War, in: southeast asia chronicle, Berkeley, Nr. 89/April 1983, S. 3-16, hier: S.9
- 9) Vgl. ebenda, S. 10
- 10) Vgl. Newsweek, New York, 3.10.1983
- 11) South, London, Dezember 1985
- 12) Vgl. Situation in the Philippines and Implications for US-Policy, Statement to the Subcommittee on Asian and Pacific Affairs, House of Representatives, Richard L. Armitage, Assistant Secretary of Defence for International Security Affairs, 4. Oktober 1984 (mimeo), Washington D.C., 1984, S.3





Weltgrößtes Slum Tondo: die Weltbankpolitik vergrößert die Armut

## Nyandi Boukari Scheitern eines Modells

Die schwerste Wirtschaftskrise, die die Philippinen seit Ende des 2. Weltkrieges erschüttert, ist die größte Hypothek der neuen Regierung unter Corazon Aquino. In den letzten beiden Jahren ist das Brutto sozialprodukt pro Einwohner um insgesamt 15% zurückgegangen, die Außenverschuldung hat die astronomische Höhe von 26,5 Mrd Dollar erreicht. 50-60% der Bevölkerung haben keine Arbeit oder sind unterbeschäftigt. Das Einkommen der Lohnabhängigen ging in den letzten 10 Jahren um die Hälfte zurück.<sup>1</sup>

Ein wichtiger Grund dafür, daß die Philippinen als einziges Land der Region in die roten Zahlen geraten sind, war die politische Krise, die seit der Ermordung des Oppositionspolitikers Benigno Aquino im August 1983 das Land erschütterte.

Sie führte zu einer Kapitalflucht, die auf 10-27 Mrd Dollar geschätzt wird.<sup>2</sup> Allein der Marcos-Clan brachte in weiser Voraussicht, nach Schätzungen einer Untersuchungskommission, 5-10 Mrd Dollar in die USA und die Schweiz.

Eine weitere Ursache waren ungünstige Entwicklungen auf dem Weltmarkt. Die Preise für die traditionellen Ausfuhrüter der Philippinen – Kokosöl, Zucker, Holz und Kupfer – gingen zurück. Protektionistische Maßnahmen – u.a. der USA – erschwerten den Export von Industriegütern, vor allem aus dem Textilbereich.

Bei Halbleitern (kristalline Stoffe, die von großer technischer Bedeutung in der

Elektronikindustrie sind), dem wichtigsten Exportprodukt, kam es 1985 wegen der Konkurrenz aus Singapur und einer gesunkenen Nachfrage zu erheblichen Einbußen. Dieser Industriebereich, der vor allem durch die niedrigen Arbeitslöhne profitabel produzierte, ist in seiner Gesamtheit bedroht, da neue Automatisierungstechniken die Herstellung in Industrieländern wieder rentabel machen. Der tiefere Grund für die Krise und die soziale Verelendung ist jedoch in einer Wirtschaftspolitik zu suchen, die dem Land von der Finanzgruppe Internationaler Währungsfonds (IMF)/Weltbank, dem ausländischen Kapital und seinen lokalen Verbündeten in den 60er und 70er Jahren aufgezwungen wurde.

### Scheitern der Imports substitution

In den 50er Jahren hatten die damaligen Regierungen, ähnlich wie viele lateinamerikanischen Staaten, eine Industrialisierungsstrategie durch Imports substitution verfolgt. D.h. inländische Unternehmen, die für den Binnenmarkt produzierten, wurden durch Zollbarrieren und Subventionen gefördert.

Da jedoch US-amerikanischen Firmen Sonderbedingungen eingeräumt wurden, die Binnennachfrage aufgrund des niedrigen Masseneinkommens sehr gering blieb und keine Kapitalgüterindustrie entstehen konnte, scheiterte diese Politik Anfang der 60er Jahre. Vor allem der Import teurer Kapitalgüter führte zu

Zahlungsbilanzdefiziten, die die Philippinen zu einem Dauerkunden beim IMF werden ließen.

Unter dem Eindruck der Industrialisierungserfolge exportorientierter Entwicklungsländer wie Singapur, Taiwan und angesichts der Tatsache, daß der IMF entsprechende Maßnahmen zur Bedingung für neue Kredite machte, schwenkten die Regierungen Macapagal (1962-65) und Marcos (1965-86) auf einen Kurs der Ausfuhrförderung ein. Betriebe der verarbeitenden Industrie sollten angelockt und der Export von landwirtschaftlichen Produkten angeregt werden.

Hierfür erforderliche Infrastrukturmaßnahmen sollten von der Weltbank und anderen Geldgebern finanziert werden. Um ausländische Konzerne anzulocken, mußten die Devisenkontrollen gelockert (für den freien Profittransfer), Importbeschränkungen aufgehoben (für den Import von Kapitalgütern), der Peso abgewertet werden (zur Exportförderung). Wichtigster Anreiz für Investoren waren die niedrigsten Löhne in gesamt Südostasien. Weitere Kredite von Weltbank und IMF wurden von der Erfüllung dieser Maßnahmen abhängig gemacht. Um den Widerstand des Volkes und der einheimischen Unternehmer zu brechen und um die Löhne niedrig zu halten, verhängte Marcos 1972 das Kriegsrecht.

Daß diese Politik schließlich scheiterte, ist auf mehrere Gründe zurückzuführen. Eine exportorientierte, arbeitsintensive Industriepolitik macht die Wirtschaft



Transnationale Konzerne wurden durch die vom Marcos-Regime garantierten niedrigen Löhne angelockt

verstärkt abhängig von den Schwankungen des Weltmarkts. Die Dauerkrise der Weltwirtschaft, protektionistische Maßnahmen, fallende Preise bei Rohstoffen und landwirtschaftlichen Exportgütern haben zu einem erhöhten Außenhandelsdefizit geführt, das unter den Bedingungen des IMF mit neuen Krediten gestopft wird.

Da es sich bei den neu angesiedelten Industrien meist um solche handelt, die Halbfertigprodukte einführen und weiterverarbeiten und sie außerdem Kapitalgüter importieren, hat sich die Schere im Außenhandel weiter geöffnet.

Diese Politik der Weltmarktöffnung hat zahlreiche einheimische Unternehmer in den Bankrott getrieben oder sie zu Juniorpartnern der ausländischen Konzerne gemacht.

Gründe dafür sind der Wegfall von Subsidien und Zollschranken sowie eine Politik der niedrigen Löhne, die die Innennachfrage hemmt. Laut Aussagen des damaligen Industrieministers Roberto Ongpin betrug die Löhne und Lohnnebenkosten 1979 0,49 Dollar pro Stunde.<sup>3</sup> Dies nützt zwar der exportorientierten Industrie, wo auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Bei der binnenmarktorientierten Industrie gehen sie jedoch verloren.

Ähnliche Folgen hat auch die Kapitalisierung der Landwirtschaft und die Ansiedlung von ausländischen Agrarkonzernen. Sie hat zwar zu einem Anstieg der Produktion, doch auch zu größerer Arbeitslosigkeit und Armut geführt.

Nutzen von dieser Politik hatten mithin vor allem ausländische Konzerne, die von 1964-73 837 Mio Dollar investierten, aber gleichzeitig 3.675 Mio aus dem Lande schafften.<sup>4</sup> In den folgenden Jahren nahmen die Auslandsinvestitionen noch schneller zu. Dabei stieg der Kapitalimport nur unwesentlich. Sie wurden vor allem durch die erwirtschafteten Profite und Kreditaufnahmen auf dem Binnenmarkt finanziert.

Bis 1984 investierten japanische Firmen insgesamt 832 Mio Dollar.<sup>5</sup> Der Bestand

der US-amerikanischen Investitionen belief sich Ende 1981 auf 1,4-3 Mrd Dollar.<sup>6</sup>

Nutznießer waren zudem der Marcos-Clan und einige mit ihm verbundene Großindustrielle und Agrarexporteure, die sich auf Kosten anderer philippinischer Unternehmer bereicherten.

Vor diesem Hintergrund nimmt es nicht Wunder, daß sich nicht nur der Widerstand des Volkes gegen das Regime verstärkte, sondern auch bürgerliche Kreise gegen Marcos opponierten.

### Aquino setzt auf IMF-Politik

Dies heißt jedoch nicht, daß unter der neuen Regierung grundlegende Veränderungen in der Wirtschaftspolitik zu erwarten wären.

Darauf deutet bereits die Besetzung der Wirtschaftsressorts hin. Der Zentralbankgouverneur José B. Fernandez wurde vom Marcos-Regime übernommen. Finanzminister Jaime Ongpin, der Minister für Handel und Industrie, Jose Conception Junior, und Landwirtschaftsminister Ramon Mitra sind allesamt Unternehmer. Dies ist Grund genug für das in- und ausländische Kapital, hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken.

Die meisten westlichen Staaten, allen voran die USA und Japan, haben eine Verstärkung der Wirtschaftshilfe und neue Kredite angekündigt. Kapital beginnt bereits jetzt, wieder ins Land zurückzuströmen.

Der Präsident der Amerikanischen Handelskammer, Fred Whiting, erklärte dann auch, daß Enthusiasmus das allgemeine Gefühl unter US-Geschäftsleuten auf den Philippinen sei.<sup>7</sup> Sein philippinischer Amtskollege Aurelio Periquet Jr. erklärte, daß er ein freieres, stabileres und konsistenteres Geschäftsklima erwarte, indem das private Unternehmertum gedeihen kann.<sup>8</sup>

Die neue Regierung sieht die Ursachen des wirtschaftlichen Debakels und der Armut des Volkes nicht etwa in der von

den imperialistischen Agenturen IMF und Weltbank diktierten exportorientierten Wirtschaftspolitik, sondern vor allem in Korruption, Inkompetenz und staatlicher Interventionspolitik des Marcos-Regimes. Dies waren auch Hauptkritikpunkte des IMF, der mit ansehen mußte, wie allein in den Jahren 1970-82 von 13,7 Mrd Dollar Neukrediten 3,1 Mrd ihren Bestimmungsort nie erreichten.<sup>9</sup>

Kurz nach seinem Amtsantritt erläuterte Finanzminister Ongpin die wichtigsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der neuen Regierung.

Günstlingswirtschaft und Monopolen – vor allem im Kopra- und Zuckerbereich – die den Wettbewerb unter der Marcos-Administration verfälscht hätten, sollte ebenso ein Ende bereitet werden wie der Mißwirtschaft und der widerrechtlichen Aneignung von öffentlichen Mitteln.<sup>10</sup> Er kündigte die Versteigerung aller Firmen des Marcos-Clans und von staatlichen Unternehmen an, die außer in der Landwirtschaft und im Bergbau mehrheitlich von ausländischen Firmen übernommen werden könnten.<sup>11</sup>

Mit diesen Maßnahmen und der weitgehenden Ausschaltung der Staatsintervention in den Wirtschaftsprozess hofft man, in- und ausländisches Kapital zu verstärkten Investitionen bewegen sowie günstigere Umschuldungsbedingungen erreichen und neue Kredite bekommen zu können.

Man scheint in Manila davon auszugehen, daß durch einen Wirtschaftsaufschwung auch ohne soziale und strukturelle Maßnahmen für die Mehrheit der Filipinos etwas abfallen wird. Da dies jedoch bereits in der Vergangenheit nicht funktioniert hat und der IMF auch in Zukunft nicht auf seine Forderung nach Sparmaßnahmen verzichten wird, die vor allem die Armen treffen werden, dürfte die Euphorie des philippinischen Volkes bald verfliegen.

#### Anmerkungen:

- 1) Angaben nach: Inside Asia, London, Nr. 6/November-Dezember 1985, S. 30; Süddeutsche Zeitung (SZ), 25.2.1986 und Le Monde (LM), Paris, 13.3.1986
- 2) Angaben nach: Inside Asia, a.a.O., S. 31 und LM, a.a.O.
- 3) Zit. in: W. Bello u.a., Development Debacle, the World Bank and the Philippines, San Francisco 1982, S. 146
- 4) Vgl. R.E. Ofreneo, Philippine Industrial Debacle and the Debt Crisis, in: Economic and Industrial Democracy, London/Beverly Hills/Neu Delhi, Bd. 6 (1985), S. 161-184, hier: S. 178
- 5) Vgl. Far Eastern Economic Review, Hongkong, 13.3.1986, S. 16
- 6) Angaben nach: KSP, Kilusan, Seeds of Intervention, Bd. 2, Nr. 2-3/1983, S. 9
- 7) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 4.3.1986
- 8) Ebenda
- 9) Vgl. Die Tageszeitung, 30.11.1984
- 10) IHT, a.a.O.
- 11) SZ, 29.3.1986

# Material- und Aktionspiegel

## Bücher

Zwei Bücher, die zur Zeit des Machtwechsels auf den Philippinen bzw. kurz danach erschienen sind, veranschaulichen die politische, soziale und wirtschaftliche Lage unter dem Marcos-Regime und die Probleme vor denen die neue Regierung Aquino steht.

**Aktionsgruppe Philippinen (Hrsg.), Philippinen – wenn der Bambus bricht**, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1986, \*218 S., 10,80 DM

Das Buch berichtet umfassend über die verheerende soziale Lage des philippinischen Volkes und über die wirtschaftliche Strukturkrise in Stadt und Land, die durch die Bereicherung des Marcos-Clans und durch eine neokolonialistische Wirtschaftspolitik ausgelöst wurde. Es gibt auch Aufschluß über die Rolle der Philippinen in der Pazifikstrategie der USA, die Militarisierung der philippinischen Gesellschaft und die Rolle des Militärs bei der alltäglichen Repression. Es beleuchtet die Entwicklung des Widerstands, die Politik der Linken und der Guerilla. Das Buch enthält aktuelle Statistiken, eine Zeittafel, Grunddaten der Philippinen, eine Auswahlbibliographie, Informationen zur Solidaritätsbewegung und stellt die oppositionellen Kräfte ausführlich und übersichtlich vor.

Dem Verhältnis von Befreiungskampf und Gesundheitswesen ist das Buch gewidmet:

**Rainer Werning, Berstender Bambus**, Sandler Verlag, Frankfurt/M. 1986, 188 S., 15,- DM  
Der Autor hielt sich 1985 5 Wochen im Auftrag von medico international auf den Philippinen auf. Er beschreibt nicht nur anschaulich die katastrophalen Zustände im Gesundheitswesen und die Ausbeuterpraktiken der Pharmakonzerne, sondern liefert anhand von Reiseschilderungen und Interviews ein lebendiges Bild des sozialen und wirtschaftlichen Elends, der alltäglichen Unterdrückung, aber auch des Widerstands.

Der Bericht des Autors über seinen Aufenthalt bei den Kämpfern der NDF und der NPA auf der Insel Samar beleuchtet, wie auch in anderen Gebieten bereits heute an einem demokratischen Gesundheitswesen und an der sozialen Befreiung der Menschen gearbeitet wird.

Einschätzungen zur Entwicklung und zum Charakter des Marcos-Regimes, Beschreibungen der oppositionellen Kräfte sowie eine aktuelle Analyse zum Sturz der Diktatur und zu den Perspektiven der neuen Regierung machen aus dem Buch eine empfehlenswerte Lektüre für jeden Philippinen-Interessierten.

Die folgenden Bücher, die bereits in den Jahren 1983-85 erschienen sind, bleiben interessant, da sie politische, wirtschaftliche und soziale Probleme beschreiben, mit denen sich die neue Regierung auseinandersetzen muß.

**Aktionsgruppe Philippinen/medico international (Hrsg.), Die gestutzten Flügel der Freiheit. Menschenrechte und Militarisierung in den Philippinen**, WURF-Verlag, Münster 1985, 80 S., 5,50 DM

Das Buch enthält die Untersuchungsergebnisse einer Menschenrechtskommission, die Ende 1984 die Philippinen bereiste. Es weist nach, daß auch nach der formalen Aufhebung des Kriegsrechts 1981 weiter gefoltert, gemordet und die Bevölkerung in Wehrdörfern zusammengewerfen wurde.

Dasselbe Thema behandelt auch

**Task Force Detainees of the Philippines, Risse im Paradies. Philippinen heute: Menschenrechte und Widerstand**, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1984, 160 S., 12,80 DM

Das Buch enthält ansehnliche Aussagen von Betroffenen über Menschenrechtsverletzungen unter der Marcos-Diktatur sowie über ihre Kämpfe gegen Landraub und für soziale Verbesserungen.

**Rainer Werning, US-Imperialismus auf den Philippinen. Der Mindanao-Konflikt**, WURF Verlag, Münster 1983, 236 S., 16,80 DM

räumt mit der Meinung auf, daß es sich beim Widerstandskampf der moslemischen Moros um einen Religionskonflikt handelt. Er sieht die Ursachen vielmehr in der kulturellen Unterdrückung der Moros, im Landraub durch Großgrundbesitzer und durch ausländische Agrar- und Bergbaukonzerne.

Das im gleichen Jahr erschienene Buch **Rainer Werning, Agrarreform und Kriegsrecht auf den Philippinen. Anatomie einer Pazifizierung**, WURF Verlag, Münster 1983, 178 S., 14,80 DM

analysiert die Ursachen, Ziele und Auswirkungen der von Marcos 1972 verkündeten Agrarreform. Er weist nach, daß es Marcos weniger darum ging die „Pächter zu befreien“, als sie durch vage Landversprechungen an die Regierung zu binden.

## Solidaritätsbewegung

Solidarität mit dem philippinischen Volk und seinen demokratischen und revolutionären Organisationen üben in der Bundesrepublik vor allem eine wachsende Anzahl von Philippinen-Gruppen in zahlreichen Städten. Aktiv in diesem Bereich sind auch amnesty international, das Kinderhilfswerk terre des hommes, die sozialmedizinische Hilfsorganisation medico international und das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK).

Die **Aktionsgruppe Philippinen e.V. (agphi)** ist die wichtigste Informations- und Koordinierungsstelle der Philippinen-Solidaritätsbewegung. Sie sucht die Zusammenarbeit mit allen Kräften in der Bundesrepublik, die den Kampf des philippinischen Volkes unterstützen wollen. Agphi organisiert Kampagnen und Aktionen, Vortragsreisen und Ausstellungen. Sie hilft bei der Herstellung von Kontakten zwischen bundesdeutschen und philippinischen Organisationen (Parteien, Gewerkschaften, Friedensbewegung, Frauengruppen, Anti-AKW- und christliche Gruppen). Informationen über Spendensammlungen und Projekte, die zweimonatlichen **Philippinen Informationen** (mit Hintergrundanalysen, Dokumenten, Berichten aus der Solidaritätsbewegung und Materiallisten) und Broschüren können angefordert werden bei: agphi, Postfach 32, 5444 Polch.

## Hilfsprojekt

Die philippinische Organisation der Gesundheitsarbeiter MASAPA, die der Nationalen Demokratischen Front (NDF) angehört, und medico international haben eine Vereinbarung getroffen, beim Aufbau eines Gesundheitssystems in den Regionen Samar, Panay, Negros und Mindanao zusammenzuarbeiten. Mit Unterstützung aus der Bundesrepublik soll vor allem der armen Landbevölkerung geholfen werden.

Dabei sollen medizinische Instrumente und Medikamente geliefert und Gesundheitsarbeiter ausgebildet werden.

medico international, Stadtparkasse Frankfurt/M., Konto Nr. 1800, Stichwort Philippinen



rororo aktuell 5739/DM 10,80

Ein Report über die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse auf den philippinischen Inseln.

## Gesundheit und Befreiung in den Philippinen

### Das Gesundheitsprojekt MASAPA

Medico international und die oppositionelle Gesundheitsorganisation MASAPA haben die Zusammenarbeit beim Aufbau eines Gesundheitssystems vereinbart, das zuallererst der armen Landbevölkerung zugute kommen soll. Die langfristige Unterstützung durch medico konzentriert sich dabei auf zwei Schwerpunkte:

- Da die Mehrheit der bereits ausgebildeten Gesundheitsarbeiter noch keine ausreichende Ausrüstung besitzt, werden im Rahmen eines Sofortprogramms die notwendigen medizinischen Instrumente, Verbrauchsmaterialien und Medikamente zur Verfügung gestellt. Diese Maßnahme zielt besonders auf die Regionen Samar, Panay, Negros und Mindanao.
- Darüber hinaus mangelt es aber auch noch an ausgebildeten medizinischen Kräften und an geeigneten Lehrmaterialien. Zudem muß ein nationaler Austausch zwischen den Gesundheitsteams realisiert werden. Auch diese Anstrengungen wird medico finanziell unterstützen.

Wir bitten Sie in diesem Zusammenhang um Ihre tatkräftige Mithilfe. Aus Solidarität gegenüber den gesundheitlichen Aktivitäten von engagierten Menschen.

Helfen Sie mit durch Spenden unter dem Stichwort: „Philippinen“, Stadtparkasse Frankfurt, Hanauer Landstraße 147-149, Konto-Nr. 1800, 6 Frankfurt/M. 1 · Tel. 069/490350  
Kostenlose Informationen können angefordert werden.

**medico international**

## Nach Marcos — Jetzt Freiheit auf den Philippinen?



Philippinen heute: nach den Millionenmeetings auf den Boulevards bleiben Slums und Not, Großgrundbesitzer und Korruption ...

Dr. Rainer Werning, ein ausgewiesener Philippinen-Kenner, beleuchtet die gesellschaftlichen und ökonomischen Hintergründe der aktuellen Situation. Gegenbewegungen, der Widerstand und der Aufbau sowie die Selbstorganisation in den befreiten Gebieten kommen hier — am Beispiel des Gesundheitswesens — in den Blick.

Ein ungewöhnlicher, informativer Reisebericht. Mit Analysen und Beiträgen der Opposition sowie einer Einschätzung der Lage nach den Wahlen.

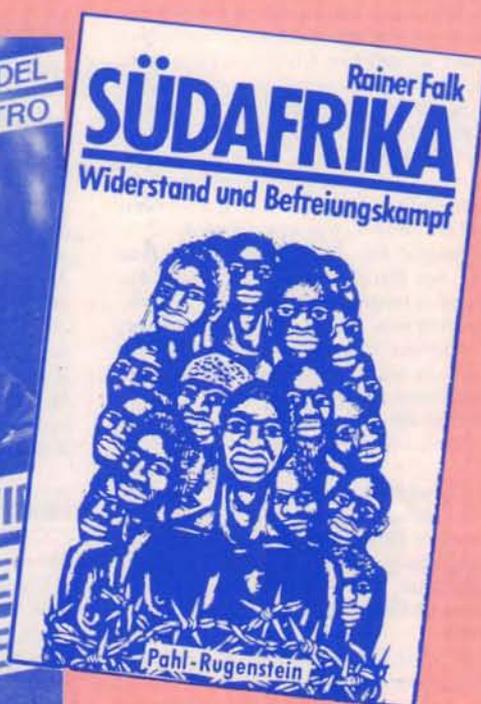
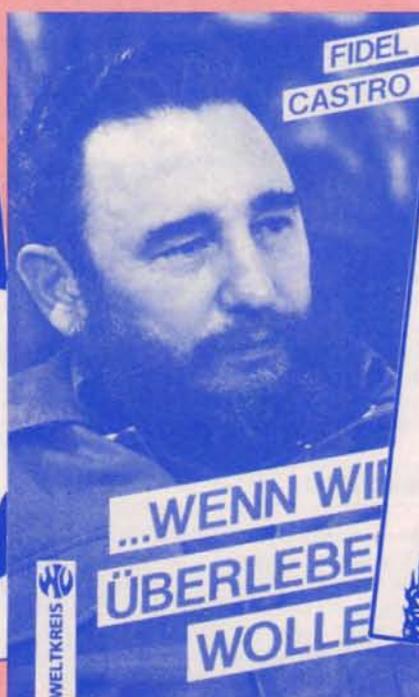
187 Seiten, 15,00 DM, ISBN 3-88048-077-X

Sendler

# Wir schenken jedem ein Buch...

... der uns einen **neuen Abonnenten** nennt oder das AIB verschenkt.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



R. Falk  
**Die heimliche Kolonialmacht**  
Bundesrepublik und Dritte Welt  
Pahl-Rugenstein Verlag  
220 Seiten, 14,80 DM

Fidel Castro  
... wenn wir **überleben** wollen  
Weltkreis Verlag  
296 S., 16,80 DM

R. Falk  
**Südafrika**  
Widerstand und Befreiungskampf  
Pahl-Rugenstein Verlag  
259 S., 14,80 DM

## Ulrich Rupp

# Duvalierismus unter Druck

Nach der Flucht des langjährigen Diktators Jean-Claude Duvalier am 7.2.1986 übernahm auf Haiti ein Nationaler Regierender Rat die Macht. Zusammengesetzt aus vier Militärs und zwei Zivilisten unter Leitung des Generalleutnants Henri Namphy setzte er ein 19 Mitglieder zählendes Kabinett ein (siehe AIB 3/1986, S. 4-7).

Da Namphy selbst ein enger Vertrauter der Duvaliers war und auch die Mehrheit des Rates und des Kabinettes sich aus ehemaligen Duvalieristen zusammensetzte, begleitete das haitianische Volk deren Amtsantritt mit berechtigter Skepsis.

So tat das neue Regime sich zwar mit allerlei Äußerungen über die Achtung der Menschenrechte, die Respektierung der Gewerkschaften und der Pressefreiheit, die gerechte Verteilung der Reichtümer (einschließlich der Ankündigung über die Beschlagnahme des Vermögens führender Duvalieristen) hervor und wurden in einer Generalamnestie auch politische Häftlinge befreit. Doch Wahlen sollten nach Bekunden der Regierung erst nach 3 Jahren stattfinden – eine Frist, die mittlerweile auf 18 Monate herabgesetzt wurde.

Die Rückkehr der Exilanten ist ebenfalls noch nicht zur Zufriedenheit geklärt, da sie von der Erteilung eines Einreisevisums abhängig gemacht wird. Einige Oppositionspolitiker, so den Generalsekretär der Vereinigten Partei der Kommunisten (PUCH), René Théodore, ließ man zwar ins Land. Doch fürchtet das Regime eine Radikalisierung von Parteien und Gewerkschaften, die sich reorganisieren, falls der Rückstrom oppositioneller Exilanten nicht eingeschränkt bliebe.

Größte Zurückhaltung ließ das Regime bei der Verfolgung der Terrortruppe Tontons Macoutes walten. Sie wurden zunächst entwaffnet, dann aber in ihrer Mehrzahl in die Armee übernommen. Prominente Mitglieder wie den Polizeichef Albert Pierre ließ man gar ins brasilianische Exil ausreisen. Auch Rosalie Adolphe, langjährige Leiterin der Tontons Macoutes, befindet sich mittlerweile im Ausland, nachdem sie zeitweise unter Hausarrest gestanden hatte.<sup>1</sup>

Die Ausreise des Chefs der Geheimpolizei, Luc Desyr, konnten 70.000 Demonstranten, die den Flugplatz besetzten, gerade noch verhindern.

Die Reagan-Administration sprach ungeachtet dieser Halbherzigkeiten schon von einem „radikalen Bruch“<sup>2</sup> mit dem Duvalierismus. Und man nahm sogleich die Wirtschafts- und Militärhilfe in Höhe von 25,5 Mio Dollar wieder auf. Weitere 50 Mio Dollar US-Finanzhilfe sind angekündigt.

Die Bevölkerung fordert jedoch mehr, als die Regierung ihr im Augenblick zugestehen bereit ist. In einer „Bittschrift an den Nationalen Regierenden Rat – Forderungen des Volkes“ von Mitte Februar d.J. wurden neben der sofortigen Aburteilung ehemaliger Duvalieristen umfassende wirtschaftliche und soziale Verbesserungen verlangt. Außerdem forderte man darin, daß das Land von „neuen, ehrlichen fähigen und patriotischen Männern“<sup>3</sup> regiert wird.



Protestaktion gegen das Namphy-Regime in Port-au-Prince

Doch die Beseitigung der wirtschaftlichen Rückständigkeit und der sozialen Verelendung wird von dem Regime kaum zu bewerkstelligen sein, da es dazu die Eigentumsverhältnisse grundlegend ändern müßte. Und dies in einem Land, in dem 3.800 Familien sich 80% des nationalen Reichtums angeeignet haben, aber 80% der Bevölkerung mit einem Einkommen von gerade 100 US-Dollar pro Jahr nur ein jämmerliches Leben führen können.<sup>4</sup>

Geringe Preissenkungen für einige Grundnahrungsmittel und Benzin helfen

kaum, die Not zu lindern. Sie stellen eher symbolische Geste eines Regimes dar, das nicht bereit ist, die Interessen der Reichen anzutasten.

Da die durch den Sturz Duvaliers erhofften Veränderungen ausblieben und ehemalige Anhänger Duvaliers in der Regierung dominierten, kam es bereits kurz nach ihrer Installierung zu neuen Massendemonstrationen.

Am 12.2.1986 protestierten bereits 50.000 Menschen in der Hauptstadt. Der Schulboykott wurde fortgesetzt.

Nachdem es in mehreren Städten zu weiteren Protestaktionen gekommen war – allein in Les Cayes gingen 100.000 Menschen auf die Straße – behalf sich das Regime wie Duvalier mit Ausgangssperre und Ausnahmezustand, um die Protestbewegung einzudämmen.

Auf Streiks von Landarbeitern, Angestellten von Dienstleistungsbetrieben und der Busfahrer reagierte das Regime mit Einsatz des Militärs. Um die Produktion der US-Firmen nicht lahmlegen zu lassen, wurden die Arbeiter auf Armee- und Behördenfahrzeugen in die Betriebe transportiert.

Nachdem am 19. März d.J. anlässlich eines Verkehrszwischenfalls fünf Menschen durch das Militär erschossen wurden, trat der ehemalige Vorsitzende der Menschenrechtskommission, Gerard Gourgue, das einzige Mitglied des Regierenden Rates, das keine Verbindung zu Duvalier hatte, zurück. Vor dem Hintergrund von Streiks und Demonstrationen entließ Namphy einen Tag später die drei exponiertesten Duvalieristen aus dem Rat und bildete am 24. März die Regierung um.

Noch am gleichen Tag kam es in Port-au-Prince zu einer erneuten Demonstration, zu der das Komitee für die Demokratie aufgerufen hatte. Es forderte den Rücktritt von Namphy, die Bildung einer Zivilregierung, die Säuberung der staatlichen Institutionen von Duvalieristen und deren Bestrafung.<sup>5</sup> Die Hochrufe auf die Armee und die USA vor dem Sturz der Diktatur haben sich mittlerweile in ihr Gegenteil verkehrt.<sup>6</sup>

Die Hoffnungen Washingtons, daß allein mit dem Rücktritt Duvaliers die Volksbewegung abebben und alles beim Alten bleiben würde, haben sich nicht erfüllt. Im Gegenteil, gerade die Kräfte der Opposition, die grundlegende wirtschaftliche Veränderungen im Interesse des Volkes fordern, werden stärker.

#### Anmerkungen:

- 1) Vgl. International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 28.2.1986
- 2) Ebenda
- 3) IHT, 13.2.1986 und Wirtschaftswoche, 21.2.1986
- 4) Angaben nach: Le Monde (LM), Paris, 10.2.1986
- 5) Vgl. LM, 26.3.1986
- 6) Vgl. Time, New York, 7.4.1986

## Martin Schuck Hält sich Chun bis 1988?



Militärdiktator Chun (r.) und Ehefrau (l.); unten: Massendemonstration für eine Verfassungsreform in Kwangju

Mit einem Masseneinsatz der Polizei ging das südkoreanische Regime im Februar d.J. gegen Oppositionelle vor. Dabei wurden etwa 300 Oppositionspolitiker<sup>1</sup>, darunter der Vorsitzende der größten Oppositionspartei Neue Koreanische Demokratische Partei (NKDP), Lee Min Woo, sowie die prominenten Politiker Kim Dae Jung und Kim Young Sam, mit Hausarrest belegt.

Als Grund für den Einsatz wurde die Verhinderung einer illegalen Unterschriftenkampagne für eine Verfassungsreform angegeben.<sup>2</sup>

### Kein „zweites Philippinen“!

Ende Februar – kurz nach dem Sturz von Marcos auf den Philippinen – hob der Diktator Chun Doo Whan den Hausarrest auf. Und er lud sogar führende Politiker der Opposition zu einem Essen ins Blaue Haus, seinem Regierungssitz, ein.<sup>3</sup> Er tat dies, um „von der Konfrontation zum Dialog zu kommen“.<sup>4</sup>

So einfach dürfte ihm das aber nicht gelingen: Der Graben zwischen einem Militärdiktator – mag er sich noch so gesprächsbereit geben – und einer recht selbstbewußten Opposition, die die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich weiß, läßt sich nicht einfach durch ein

Essen im Regierungspalast zuschütten. Man muß annehmen, daß auch Chun sich dieser Tatsache bewußt ist.

Daher dürfte es wohl mehr um das Bild für die internationale Öffentlichkeit gehen als darum, dem Anliegen der Opposition nach einer Verfassungsänderung nachzukommen. Der Schock über den Sturz des „Kollegen“ in den Philippinen dürfte schon sehr tief gehen, wo Chun doch selbst vor den Oppositionellen davon sprach, Südkorea dürfe kein „zweites Philippinen“ werden.<sup>5</sup>

Die bürgerliche Opposition möchte Chun mit der Verfassungsänderung gerade davor bewahren, das Schicksal Marcos zu teilen. Diese Verfassungsreform zielt darauf ab, den Präsidenten direkt vom Volk wählen zu lassen. Nach der geltenden Verfassung, die 1972 von Chuns Vorgänger Park Chung Hee eingesetzt wurde, um seine diktatorischen Vollmachten zu „legalisieren“, und 1980 von Chun „reformiert“ wurde, soll der Präsident von einem Wahlmännergremium von etwa 2.000-5.000 Personen gewählt werden.<sup>6</sup>

Glaut man dem Regime, so besteht dieses Gremium aus „Wählern... die das gesamte Volk darstellen“.<sup>7</sup> Und weiter: „Diese breit basierte Wählerversammlung, die Nationalkonferenz für die Wiedervereinigung genannt, wird in allge-

meiner und geheimer Abstimmung gewählt und als der höchste 'Aufbewahrungsort der Nationalhoheit', betraut mit der heiligen Aufgabe der Wiedervereinigung des Vaterlandes' angesehen, entsprechend der Verfassung.“<sup>8</sup>

Die wahre Breite dieses Gremiums wird allerdings dann deutlich, wenn bedacht wird, daß eine weitere Aufgabe darin besteht, 1/3 der Abgeordneten zur Nationalversammlung zu ernennen.

Als im Februar 1985 die NKDP mit 29% nur knapp der regierenden Demokratischen Gerechtigkeitspartei (DJP) (35%) unterlag, verhalf diese „breit basierte Wählerversammlung“ der DJP zu ihrer absoluten Mehrheit in der Nationalversammlung. Auf diesem Hintergrund muß die Wahl eines Politikers der Opposition im Frühjahr 1988 zum Präsidenten als unmöglich angesehen werden.

### Für eine Verfassungsreform

Der Konflikt liegt klar auf der Hand: Die Opposition möchte den Präsidenten 1988 vom Volk wählen lassen. Für Chun würde dies eine klare Niederlage bedeuten (vorausgesetzt, es kann ein fairer Wahlkampf stattfinden) und er müßte noch vor der Austragung der Olympi-



schen Sommerspiele 1988 in Seoul – für den Diktator ein gigantisches Propagandaunternehmen, um seinen Ruf international zu konsolidieren – sein Amt aufgeben.

Daher Chuns Gegenvorschlag: Die Wahlen sollen 1988 unter der jetzigen Verfassung abgehalten werden und für 1989 sollen Neuwahlen unter einer geänderten Verfassung stattfinden.<sup>9</sup>

Selbst nach geltendem südkoreanischem Recht kann die Rechtslage nicht klar entschieden werden, inwieweit ein Volksentscheid zulässig ist. Sollte sich Chun hierbei auf eine formaljuristische Diskussion einlassen, könnte er leicht den Kürzeren ziehen. Sogar die Regierung Reagan kritisierte von diesem Standpunkt aus die Haltung Chuns, die Petition, mit der die Opposition bis zum 15. August, dem südkoreanischen Unabhängigkeitstag, 10 Mio. Unterschriften gesammelt haben will, sei rechtswidrig.<sup>10</sup>

Abgesehen davon, daß bei einem Nachgeben seine Wiederwahl vor den Olympischen Sommerspielen in Frage stehen könnte, gibt es für Chun und sein Regime noch einen anderen Grund, das Verlangen nach einer Verfassungsänderung schon im Keim zu ersticken. Eine breit angelegte Unterschriftensammlung bie-

tet die Möglichkeit, sämtliche Oppositionsgruppen zu einer gemeinsamen Aktion gegen das Regime zusammenzuführen.

Die Kampagne würde nicht nur von der bürgerlichen Opposition im engen Umkreis der NKDP-Abgeordneten getragen, sondern auch von Arbeitern, fortschrittlichen Christen und vor allem von radikalen Studentengruppen, die seit jeher den entschiedensten Widerstand gegen die Diktatur – und seit einigen Jahren auch gegen die US-Präsenz im Land – leisten. Das Beispiel der Philippinen zeigt, wie gefährlich eine solche Bewegung werden kann.

Deshalb galt es schon im Vorfeld, das ganze Unternehmen zu kriminalisieren. Die Verhaftungen im Februar d.J. waren ein Höhepunkt in der Repression des Regimes, keineswegs der Anfang.

Erste konkrete Pläne zur Kampagne gehen ins letzte Jahr zurück und wurden von der NKDP als Reaktion auf die Wahl vom Februar 1985 (vgl. AIB 4/1985, S. 46) gesehen.

Die NKDP bekam aufgrund des Wahlergebnisses mehr als 1/3 der Sitze. Damit war es ihr möglich, Sitzungen der Nationalversammlung einzuberufen, Verfassungsänderungen zu blockieren, aber auch selbst Anträge auf Verfassungsänderungen zu stellen. Nach der Haushaltsdebatte für das Jahr 1986 kam es im Dezember 1985 im Parlament zu gewalttätigen Angriffen der DJP gegen NKDP-Abgeordnete, in deren Folge sieben NKDP-Abgeordnete verhaftet wurden. Am 15. Januar d.J. wurden dann weitere 12 Abgeordnete verhaftet.<sup>11</sup>

Sollten sie verurteilt werden, hätten sie damit ihr Mandat und das Recht zur Wiederwahl verloren. Aber auch, wenn



Oppositionsführer Kim Dae Jung und Kim Young Sam (r.)

## Chuns Hofierung in Bonn

Vom 10.-12. April 1986 stattete der südkoreanische Diktator Chun Doo-Whan der Bundesrepublik einen „Arbeitsbesuch“ ab. Er tat dies zum Auftakt einer Rundreise durch vier europäische Länder auf Einladung der Regierungschefs von Großbritannien, Frankreich, der BRD und der belgischen Königin.

Obwohl auch der Bundespräsident Chun empfing, wurde ihm nicht die Ehre eines Staatsbesuchs zuteil. Ganz soweit mochte man mit der Aufwertung des Diktators nicht gehen. So ermahnte von Weizsäcker seinen Gesprächspartner, die Menschenrechte einzuhalten und den Demokratisierungsprozeß weiter voranzutreiben. Dazu gehöre es, daß „jede Seite – auch die Opposition – ihre faire Chance erhält“. (Frankfurter Rundschau, 11.4.1986)

Chuns Schachzug, sich hierzulande als ein Politiker darzustellen, dem an der Demokratisierung seines Landes gelegen ist, und der deshalb im Vorfeld seines Besuchs gegen die Opposition nur mit halber Kraft vorging, mußte weitgehend scheitern. Am Vorabend seines Europa-Trips demonstrierten in der Provinzstadt Taegu 30.000 Menschen und verlangten den Rücktritt des Regimes. Der bekannteste Politiker der bürgerlichen Opposition, Kim Dae Jung, wurde vom Militär daran gehindert, an dieser Demonstration teilzunehmen. Diese Vorfälle wurden auch hierzulande bekanntgemacht (Tagesthemen, ARD, 9.4.1986). Und so zeigte sich, daß mit Chun relativ wenig Staat zu machen ist.

### Kohl Stabilisator im Pazifik

Dennoch schien dies nicht auszureichen, den etwas anrühigen Gast bei der Bundesregierung madig zu machen. So konnte Kanzler Kohl es nicht unterlassen, die politische und wirtschaftliche Bedeutung der Republik Korea zu würdigen, die Anteil an der Stabilität im asiatisch-pazifischen Raum habe.

Unterm Strich kam heraus, daß Chun – neben der politischen Aufwertung seines Regimes – durchaus das bekam, was er haben wollte: Genscher und Kohl traten dafür ein, die Beziehungen Südkoreas zur Europäischen Gemeinschaft besser zu strukturieren und intensiver zu gestalten. Der Bundesverband der deutschen Industrie glaubt, günstige Voraussetzungen für den künftigen Handel mit Südkorea zu sehen.

Ein konkretes Ergebnis, mit dem Chun nach Südkorea zurückkehren kann, ist das Abkommen über atomtechnische Zusammenarbeit, das er mit Bundesforschungsminister Riesenhuber abschloß. Konkret geht es darum, daß der KWU eine Exportgenehmigung erteilt wird zum Bau einer Brennelementefabrik in Taejon, die einen Auftragswert von etwa 100 Mio. DM haben soll. (FR, 22.3.1986)

M. Schuck

# FORUM

## entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

Das FORUM ist der Rundbrief der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen der BRD und Westberlins, die sich im Bundeskongress (BUKO) versammeln. Aufgabe und Ziel dieses Rundbriefes ist es, die Diskussion „den Austausch und die Information der Gruppen zu fördern.“

Neben Beiträgen aus den einzelnen Gruppen, die den Charakter des Rundbriefes mitbestimmen, finden sich im FORUM ständig Berichte, Nachrichten, Planungen etc aus den einzelnen Kampagnen des BUKO (Pharma, Rüstungsexporte, Futtermittel).

Schwerpunktt Themen der nächsten Nummern sind: Oktober: Giftexporte (von PAN), Nov.: Kampagne gegen Futtermittelimporte.

Abo.: 12 Ausgaben, 50,-DM als Solidaritäts-, -Institutions-, Luftpostabo, 36,-DM als Normalabo.

Bestellungen, Probehefte (gegen 1,50 DM in Briefmarken)

... an:

FORUM,

Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21

### Korea-Kampagne

Auf Initiative des Korea-Komitees in der BRD und Westberlin wurde Mitte März d.J. die „Korea-Olympia-Kampagne 1988“ gegründet. Die südkoreanische Regierung wird versuchen, die Olympischen Spiele zur Propagierung ihrer Politik und Beschönigung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu nutzen.

Dem will die Kampagne eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit über die wirklichen Verhältnisse entgegensetzen. Die Kampagne möchte insbesondere den Forderungen nach Demokratisierung, größerer sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Eigenständigkeit Südkoreas sowie einer friedlichen Wiedervereinigung der geteilten Nation in der BRD größeres Gehör verschaffen.

Nur eine solche Kampagne erlaubt es, Handlungsmöglichkeiten einer größeren Öffentlichkeit gegen negative Folgen der Olympiade für die Menschen in Korea und für Zugeständnisse des Chun-Regimes bei Menschenrechten und im sozialen Bereich zu nutzen. Alle in der BRD existierenden oppositionellen südkoreanischen Gruppierungen und zahlreiche bundesdeutsche Organisationen aus dem politischen, Dritte Welt, humanitären und kirchlichen Bereich unterstützen die Kampagne. Kontakt: Korea-Komitee, c/o Michael Denis, Eschersheimer Landstr. 91, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 069/595221



Polizeieinsatz gegen Studenten der Yusei-Universität

sich das Verfahren lange hinauszögert, hat Chun sein Ziel erreicht: Die NKDP verfügt derzeit nur noch über 90 Abgeordnete, weniger als 1/3 im 276 Sitze umfassenden Parlament.

Somit ist die Möglichkeit, einen legalen Antrag auf Verfassungsänderung zu stellen, nicht mehr gegeben. Die ganze Kampagne ist damit – nach den Vorstellungen des Regimes – in die Illegalität verbannt und kriminalisierbar.

### Angriffe auf NKDP-Abgeordnete und die Studentenbewegung

Dennoch: Sollte auch nach den Gesprächen im Blauen Haus mit den Oppositionspolitikern die Petition von diesen nicht weitergetragen werden – was unwahrscheinlich ist –, so ist deshalb noch lange keine „Ruhe“ ins Land eingekehrt. Vor allem die Studenten sind es, die in ihrem Widerstand nicht locker lassen.

Am 15. Februar d.J. durchforstete die Polizei bei einer landesweiten Durchsichtung insgesamt 129 Colleges und Universitäten. Dabei beschlagnahmten sie „subversive“ Literatur, Plakate, Messer und sogar Brandbomben. Gegen Ende des Monats Februar waren 449 Studenten verhaftet, auf Hinweise zur Verhaftung der Anführer wurde eine Belohnung von 200.000 Won (etwa 220 US-Dollar) ausgesetzt.<sup>12</sup> Trotzdem demonstrierten damals, während der Semesterferien, an der Seoul National University 1.000 Studenten auf einer Großdemonstration. Bereits Anfang März d.J., kurze Zeit nach dem „Friedensangebot“ von Chun Doo Whan, war es dann soweit: Die Kampagne für eine Verfassungsänderung wurde durch die Gründung eines Rates für die Beförderung der Demokratie<sup>13</sup>, dessen Vorsitz von Kim

Dae Jung und Kim Young Sam geführt wird, auf eine breite Basis gestellt.

Dies machte es allen Bevölkerungsgruppen möglich, ihrem gemeinsamen Widerstand Ausdruck zu verleihen. So sprach sich der sechs protestantische Kirchen umfassende und damit die große Mehrheit der 7,6 Mio Protestanten repräsentierende Koreanische Nationale Rat der Kirchen für eine Verfassungsänderung aus. Das gleiche tat der Vorsitzende der Nationalen Bischofskonferenz, Kardinal Stephen Son Hwan Kim, der etwa 1,7 Mio Katholiken repräsentiert.

Am 30. März d.J. demonstrierten in Kwangju rund 100.000 Menschen für eine Verfassungsänderung und eine direkte Präsidentenwahl.

Das Hauptproblem des Regimes angesichts des immer breiter werdenden Widerstands hat ein westlicher Diplomat folgendermaßen zusammengefaßt: „Bei all dem trockenen Zunder, der herumliegt, kann leicht ein Funken überspringen. Die Behörden haben sich noch nicht mit dem fundamentalen Problem beschäftigt – wie eine Lösung gefunden werden soll, die sie durch 1988 hindurchbringt.“<sup>14</sup>

### Anmerkungen:

- 1) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 24.2.1986
- 2) Vgl. Frankfurter Rundschau, 21.2.1986
- 3) Time, New York, 10.3.1986, S. 49
- 4) Ebenda
- 5) Ebenda
- 6) So nach einer Propagandaschrift des „Korean Overseas Information Service“, Tatsachen über Korea, Seoul, o.J., S. 44f.
- 7) Ebenda, S. 44
- 8) Ebenda, S. 44f.
- 9) So nach: Time, S. 49
- 10) IHT, 24.2.1986
- 11) So nach: Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 30.1.1986
- 12) Angaben nach: FEER, 27.2.1986
- 13) IHT, 15./16.3.1986
- 14) Ebenda, 24.2.1986

## Weltraumrüstung

Aus Anlaß des 40. Jahrestages der Gründung der Vereinten Nationen hielt der Präsident Madagaskars, Didier Ratsiraka, vor der UNO am 21.10.1985 eine bemerkenswerte Rede, in der er sich mit dem SDI-Programm der Regierung Reagan auseinandersetzte. Ratsiraka wandte sich gegen die Militarisierung des Weltraums und skizzierte ihre Konsequenzen. Er unterbreitete drei Vorschläge zur Beendigung des Wettrüstens und eine damit gekoppelte Lösung der Verschuldungs- und Unterentwicklungsprobleme der Dritten Welt. Ratsirakas Redebeitrag ist die bislang einzige gründliche Auseinandersetzung eines führenden antiimperialistischen Politikers der Dritten Welt mit der Weltraummilitarisierung.

## Didier Ratsiraka Nein zu Reagans SDI (I)



Heute sind alle politischen, wirtschaftlichen, sozialen und militärischen Vorzeichen eines 3. Weltkriegs zusammengeskommen. Darum richte ich einen leidenschaftlichen Appell an diese Versammlung, an alle Wissenschaftler und an alle Völker, alles zu tun, um diese atomare Apokalypse zu vermeiden, die ein dritter Weltkrieg wäre. (...)

Am 23. März 1983 hat Präsident Reagan der amerikanischen Nation seinen „großen Plan“ vorgestellt, nämlich die Beseitigung der Bedrohung, die nach seiner Meinung von den sowjetischen strategischen Atomraketen ausgeht, unter Ausnutzung des jetzigen und künftigen wissenschaftlich-technischen Fortschritts!

### Spiel mit dem Zufall

Aber es gibt viel zu kritisieren an dieser Initiative. Mein Beitrag, ich sage es gleich, wendet sich nicht gegen die USA. Gegenüber der Sowjetunion wäre sie ebenso ausgefallen, und zwar im höheren Interesse der Menschheit im allgemeinen und der Dritten Welt im besonderen.

Gegen die Militarisierung des Weltraums erhebe ich mich mit ebensoviel Kraft und Überzeugung, mit der ich die Schaffung einer entmilitarisierten und atomwaffenfreien Friedenszone im Indischen Ozean fordere, mag die Initiative zu dieser Militarisierung des Weltraums nun von der UdSSR oder von den USA kommen, und zwar aus verschiedenen Gründen:

#### 1. Grund. In technischer Hinsicht:

Die Grundidee ist dieselbe wie im Projekt Bambi (Ballistic Missile Boost Intercept): den Start gegnerischer Raketen zu entdecken (Erkennung und Bestimmung von Zielen; AO/DO) und sie zu zerstören.

a) Während ihrer Antriebsphase, wo sie wegen der großen Hitzeausstrahlung sichtbar und verwundbar sind, sind diese Raketen theoretisch leicht zerstörbar; aber diese Phase dauert nur 2-5 Minuten. Das ist wenig!

Und dazu braucht man sehr viele Infrarot-Detektoren in Verbindung mit großen optischen Geräten. Das ist das Ziel des Programms High Altitude Large Optics (HALO).

Eine andere Variante besteht im Start eines geostationären Satelliten, der von einer Umlaufbahn von 36.000 km über der Erde und ausgerüstet mit einem Hochleistungsradar mit 6.000 Megahertz sendet. Zur Zerstörung könnte man Laser- oder Partikelstrahlensysteme mit Lichtgeschwindigkeit oder auch ein System von elektromagnetisch angetriebenen Geschossen verwenden. (...)

Und da die Sowjets in ihrem strategischen Arsenal über 8.000 Raketen mit riesigen Atomladungen verfügen, müßte man, sollten sie plötzlich beschließen, 5.000 davon auf einmal zu starten, sie alle in 5 Minuten entdecken und zerstören. Das ist wahrhaftig ein Spiel mit dem Zufall. (...)

b) In der ballistischen Flugphase, nämlich zwischen dem Ende der Antriebsphase und dem Zerfall der Rakete in getrennte Sprengköpfe, sind dieselben Probleme zu lösen, auch wenn es leichter ist, weil diese Phase die längste ist. Wie es scheint, braucht eine Rakete 30 Minuten, um von der UdSSR aus die zentralen Ziele in den USA zu erreichen. Die AO/DO ist also leichter, und die Zerstörung der Rakete kann in der sehr hohen (1.000 km) oder mittleren (45 km) Atmosphäre geschehen.

In diesem Fall kann das Projekt "High Frontier", das die Stationierung von 500 Satelliten mit je 50 Antiraketen-Raketen in einer Höhe von 550 km vorsieht, die Sache erledigen.

c) In der Schlußphase würde die AO/DO in Höhen von 100-150 km stattfinden. Man kann Radar oder Laser verwenden, um Abstand, Geschwindigkeit und Koordinaten der zu zerstörenden Rakete zu bestimmen. Zur Zerstörung kann man infrarotgelenkte Geschosse verwenden, solange man noch auf Hochenergie-Laser, Partikelstrahlen und elektromagnetische Kanonen warten muß.

## Das Ende des atomaren Patts

Wenn dieses phantastische „Verteidigungs“-Projekt verwirklicht wäre, hätten die USA ein Raketenabwehrsystem zur Verfügung, das imstande wäre, das Territorium der USA gegen die sowjetischen Interkontinentalen Ballistischen Raketen (ICBM) unverwundbar zu machen, während die UdSSR den amerikanischen

ICBM ausgeliefert wäre!!!

Dann wäre es vorbei mit dem jetzigen strategischen Patt, das auf dem atomaren Gleichgewicht beruht. Die amerikanische Überlegenheit wäre gesichert, und die UdSSR wäre unter der Drohung mit dem Ultimatum des amerikanischen atomaren Erstschlags zur Kapitulation gezwungen!

Aber die strategische und militärische Geschichte lehrt uns, daß es weder absolute Waffen noch absolute Schutzvorkehrungen gibt.

2. Grund. Als der Mensch den Pfeil erfunden hat, hat der Mensch Schilde hergestellt... Aber um die Schilde wertlos zu machen, hat der Mensch das Gewehr erfunden.

Als man die Interkontinentalraketen und Cruise Missiles erfand, hat man zugleich Raketenabwehrsysteme ausgedacht. Und wenn man schließlich ein Netz von Raketenabwehrsatelliten erdenkt, wird der Mensch sogleich Satellitenkiller erfinden. Und die Satelliten sind überaus verwundbar, weil man genau ihre Flugbahnen und ihre Koordinaten berechnen und vorhersehen kann. So gut, daß man allen Grund zur Annahme hat, daß die Sowjetunion die Herausforderung aufnehmen wird!

## Undichter SDI-Schild

Der Rüstungswettlauf im Weltraum wird einsetzen, wenn er nicht schon begonnen hat. Und man wird zwangsläufig wieder bei der strategischen und atomaren Parität ankommen, aber zu welchem Preis! (...)

3. Grund. Ist der SDI-Schild dicht und wirksam für das US-amerikanische Gebiet? (...)

Der Krieg der Sterne wird die atomare Rüstung und damit die atomare Drohung nicht beseitigen. Der beste Beweis dafür ist gegeben mit den Anstrengungen der Amerikaner bei der fortgesetzten Verstärkung ihres strategischen Nuklearpotentials: dem Programm der MX- und Midgetman-Raketen, der SLBM, der Trident-II-Typ Ohio, der strategischen Bomber B1, der Cruise Missiles usw.

SDI ist nicht undurchlässig und garantiert aus verschiedenen Gründen keine Unverwundbarkeit des amerikanischen Gebiets. (...)

## Gegenmaßnahmen sind möglich

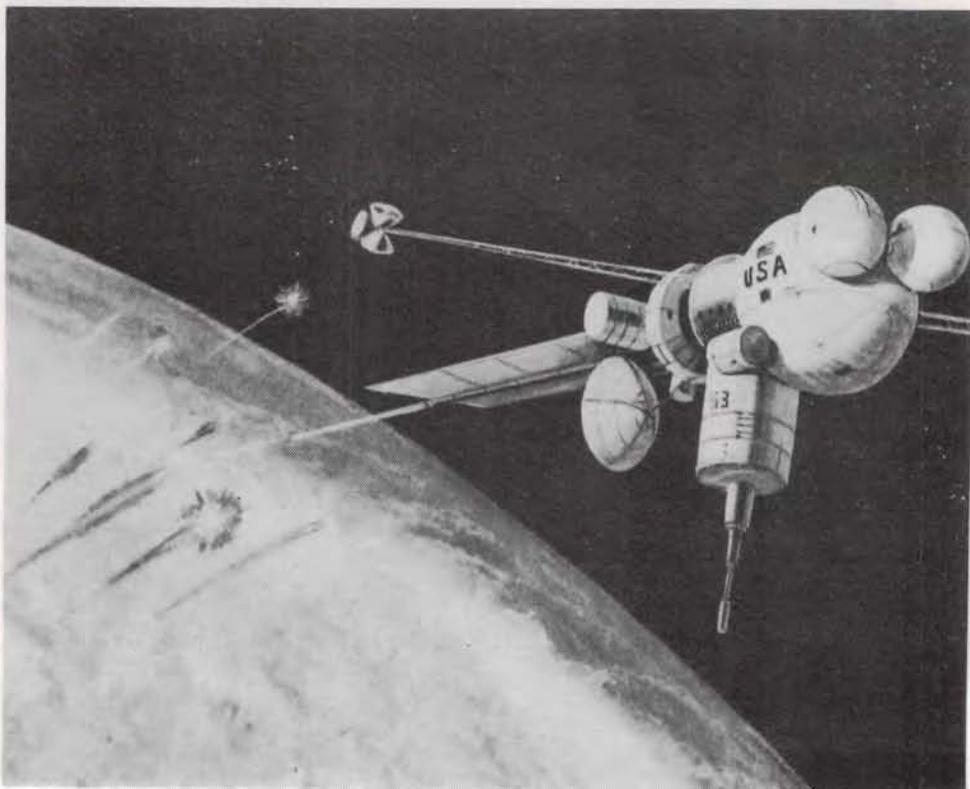
Die Sowjets haben verschiedene Möglichkeiten, der Herausforderung von SDI zu begegnen. Sie sind imstande, ... die Overkill-Kapazität (Sättigung) durch Vermehrung der Sprengköpfe zu erreichen und zugleich ihre Zielgenauigkeit ECP (mögliche Zielabweichung) zu verbessern. (...)

Zudem sind die Sowjets, wie übrigens auch die Amerikaner, in der Lage, strategische Atomraketen mit gestreckter Flugbahn oder niedriger Ellipse (depressed trajectory) herzustellen. Die Laser der Antiraketen-Satelliten würden damit viel von ihrer Wirkung verlieren (in den unteren und dichten Schichten der Atmosphäre). (...)

Gegenüber den Verteidigungsanlagen im Weltraum sind andere Gegenmaßnahmen geeignet, die Aufgabe des Verteidigers zu komplizieren.

Dazu gehört die Härtung der Raketen, um die Schwelle der vernichtenden Angriffe zu heben. Gegen die Laser kann man ... ablativ Materialien verwenden, die unter dem Laser-Treffer schmelzen,

SDI-Bekämpfung von Raketen aus dem All



aber den atomaren Sprengkopf unversehr bewahren. Man kann auch die Rakete in Drehung versetzen, eine Maßnahme, die den Verteidiger zwingen würde, die Kraft der Waffen um das Zehn- bis Dreißigfache zu verstärken!

Die Systeme der Weltraumverteidigung sind sehr verletzlich, zunächst deshalb, weil der Gegner ihre Koordinaten und ihre Flugbahn kennt, und auch wegen der Schwierigkeit, ihre Gesamtstruktur zu schützen. Diese besteht aus einigen Dutzenden oder Hunderten von Satelliten, die um die Erde kreisen.

Denn um wirksam zu sein, muß ein solches System vollständig sein: Überwachungsradar, Kommunikationssystem, große optische Geräte, zentrale Verarbeitung auf dem Erdboden, „bei deren Fehlen das Netz Löcher enthält, aus denen der Angreifer Vorteil ziehen kann“, nicht zu vergessen „die Verwendung nicht-ballistischer Eindringungsmittel, die von den heute existierenden Cruise Missiles abstammen!“

## Die Kosten sind unerschwinglich

**4. Grund.** Das Verhältnis Kosten-Wirkung.

Die im Westen veröffentlichten technischen Studien sehen einen langsamen und langfristigen Aufbau sowohl in den USA wie in der UdSSR voraus:

- Die Aufstellung der Verteidigungsanlagen auf dem Erdboden würde zwischen 1990 und dem Jahr 2000 beginnen. Diese Verteidigungsanlagen ... würden aus atomaren Raketenabwehrwaffen oder solchen mit kinetischer Energie sowie aus Lasern von 2000-2005 an bestehen.

- Um 2005 herum könnten weltraumgestützte Waffen in Erscheinung treten. (...)

In der Tat erfordern die Verwirklichung und das Funktionieren eines solchen globalen Verteidigungssystems, außer der Bereitstellung von leistungsfähigen Waffen, die Verwirklichung und Beherrschung eines automatisierten Systems, dessen Komplexität heute fast unvorstellbar ist.

Zudem erscheinen die Kosten der Weltraum-Komponente heute unerschwinglich. Und sie stehen in keinem Verhältnis zu dem Zweck, der damit erreicht werden soll: Allein der Aufbau eines Schutzes aus 200 Stationen, von denen jede 100 t wiegt – was die Entwicklung neuer Start-, Unterhaltungs- und Versorgungskapazitäten erfordert – würde bei einem Start pro Woche 5 Jahre beanspruchen. Das wären ungefähr 1.000 Mrd Dollar. Aber um ein Satellitennetz für eine auch nur halbwegs zuverlässige Weltraumverteidigung zustandezubringen, bräuchte es Tausende von Stationen!

Die Kosten eines solchen Unternehmens

sind wahrhaftig maßlos, wenn nicht wahnwitzig!

**5. Grund.** Der Beschluß zur Ausführung eines so phantastischen Projekts auf amerikanischer Seite wird automatisch einen entsprechenden Beschluß auf sowjetischer Seite nach sich ziehen, und umgekehrt.

Welche Folgen hat das für Europa und die anderen Atomkräfte?

In diesem Fall werden die französische, die englische und die chinesische Atomstreitmacht zur Abschreckung gegenüber den beiden Supermächten veraltet sein, weil sie sehr verwundbar sind. (...)

Während SDI in einer rein amerikanischen Perspektive entworfen wird, weil die USA nur durch die sowjetische strategische Bedrohung verwundbar sind, ist der Fall Westeuropas anders gelagert. Auch wenn sein Schutz garantiert wäre durch den Aufbau ballistischer Raketenabwehrsysteme seitens der USA, wären die militärischen Bedrohungen nicht vermindert, denen es sich wegen seiner geographischen Lage ausgesetzt glaubt. (...) Diese Verwundbarkeit Westeuropas würde ein Ungleichgewicht innerhalb der atlantischen Allianz hervorrufen, die in zwei Schauplätze von ungleichem Sicherheitsniveau geteilt wäre: Westeuropa, das durch atomare, chemische und konventionelle Waffen „bedroht“ ist, und die USA, die zunehmend gegen die sowjetischen Atomwaffen geschützt sind. (...)

## SDI – destabilisierender Faktor

SDI ist also ein destabilisierender Faktor, weil es dazu tendiert, das strategische Gleichgewicht und die jetzige Parität aufzuheben.

Es ist ein destabilisierender Faktor, weil SDI, ohne die Anstrengungen der UdSSR auf dem Gebiet der Antiraketen- und Antisatellitenwaffen zu unterschätzen, von der Sowjetunion nicht als Verteidigungssystem, sondern als Erstschlagswaffe betrachtet werden kann, die einem atomaren Zweitschlag zuvorkommen soll. Und eine erhebliche Beschleunigung des Rüstungswettlaufs wird eben dadurch unvermeidlich. (...) Schließlich „führt dieser Rüstungswettlauf zum Anwachsen asymmetrischer Arsenale, die sich schlecht zur Abschätzung eines gerechten Gleichgewichts“ und damit zur Möglichkeit, Abkommen über Verminderung, Begrenzung und Kontrolle der Rüstung auszuhandeln, „eignen“.

Angesichts dieser Aussichten und der oben erwähnten Ungewißheit der Europäer über ein amerikanisches Engagement auf dem westeuropäischen Operationsschauplatz ... könnte das Projekt Eureka aus einem zivilen Forschungs-

programm mit militärischen Nebenerträgen wie SDI zu einem politischen und militärischen Projekt mit zivilen Nebenträgern werden, um eine Natoisierung der europäischen Spitzentechnologieindustrien zu verhindern!

## Weniger Hilfe für die Dritte Welt

**6. Grund.** Folgen für die Dritte Welt.

Diese Umkehrung der ursprünglichen Zielsetzung von Eureka wird die Europäer dahin bringen, umfangreichere finanzielle Anstrengungen für Forschung im Verteidigungsbereich zu bewilligen, und so die europäische Hilfe für die Dritte Welt im allgemeinen und die AKP-Staaten im besonderen um diesen Betrag zu kürzen!

Wenn die Amerikaner 1.000 Mrd Dollar ausgeben wollen, um ihr künftiges Verteidigungssystem zu verwirklichen, werden die Sowjets ebensoviel dafür ausgeben. Ich glaube, daß das weder moralisch noch wirkungsvoll ist! *Wird fortgesetzt* (Quelle: Afrique-Asie, Paris, Nr. 361/18.11. 1985, S. 37-44)

## TRIALOG

Zeitschrift für das Planen und Bauen in der Dritten Welt

- ein Journal für Architekten, Stadtplaner, Soziologen, Ökonomen und Entwicklungsplaner.
- ein Journal für die überfällige Debatte um das Verhältnis der deutschen Planer zu den urbanen Veränderungsprozessen der Dritten Welt.
- ein Journal zum Austausch beruflicher Erfahrungen im Bereich städtischer Entwicklungen der Dritten Welt.
- ein Journal zur Aufarbeitung der neusten Forschungsergebnisse und zur Diskussion aktueller entwicklungspolitischer Konzeptionen für die städtische Entwicklung.
- ein Journal der freien Diskussion, der Arbeitsberichte und der Dokumentation richtungweisender Ansätze.

"Trialog" soll eine lang bestehende Lücke in der deutschsprachigen Planer-Diskussion schließen. Immer mehr Architekten, Stadt- und Raumplaner sowie andere Disziplinen beschäftigen sich in Praxis und Forschung mit den Problemen in der Dritten Welt, mit den Auswüchsen einer hektischen und unkontrollierten Verstädterung, der damit zusammenhängenden Entwicklung auf dem Land, und einer rapiden Verelendung großer Teile der Bevölkerung.

Bisher sind folgende Trialog-Hefte erschienen

- |                  |   |
|------------------|---|
| Nr. 1            | (Winter 83/84 – vergriffen):<br><i>Wohnungsbau für die Armen</i>    |
| Nr. 2            | (Frühjahr 84 – vergriffen):<br><i>Regionalplanung</i>               |
| Nr. 3            | (Sommer 84 – vergriffen):<br><i>Ausbildung und Berufsbild</i>       |
| Nr. 4            | (Herbst 84 – vergriffen):<br><i>Die Häuser der Revolution</i>       |
| Nr. 5            | (Frühjahr 85):<br><i>Ausgrenzungen, Arbeitstitel:<br/>"Ghettos"</i> |
| Nr. 6            | (Sommer 1985): <i>Socialist Housing?</i> (Doppelheft, in Englisch)  |
| Nr. 7            | (Herbst 1985): <i>Raumordnungen</i>                                 |
| Nr. 8            | (Winter 1985): <i>Erneuerung historischer Stadtzentren</i>          |
| <i>Vorschau:</i> |   |
| Nr. 9            | (Frühjahr 1986): <i>Entwicklung von Mittelstädten</i>               |
| Nr. 10           | (Sommer 1986): <i>Frauenheft</i>                                    |
| Nr. 11           | (Herbst 1986): <i>Angepaßte Technologien</i>                        |
| Nr. 12           | <i>Co-operativen und NGOs</i>                                       |
| Nr. 13           | <i>Upgrading</i>  |
| Nr. 14           | <i>Ländliche Entwicklung</i>  |

Redaktions- und Vereinsanschrift:

Trialog  
Ploennisstr. 18  
D-6100 DARMSTADT

## Den „neuen Wind“ im Kreml beachten

Ich habe etwas gezögert, als ich gefragt wurde, ob ich als einer der Autoren nicht eine noch ausstehende Antwort auf die Kritiker geben und damit zum jetzigen Zeitpunkt bereits in die Diskussion zum Thema „Sowjetunion und Dritte Welt“ eingreifen wolle. Denn zum einen steht ja die Veröffentlichung einer Reihe von wichtigen Beiträgen im Rahmen der AIB-Serie noch aus, darunter ein Beitrag von mir zur Rolle der sozialistischen Länder im „Nord-Süd-Dialog“. Zum anderen sind die von K. Fritsche gegen meinen Beitrag „Handel und Hilfe“ (in AIB 10 und 11/1985) vorgebrachten Detail-Einwände durch die engagierten Stellungnahmen von R. Münch und W. Schmitt (in AIB 1-2 und 3/1986) bereits weitgehend entkräftet worden. Auch wenn sie von K. Fritsche in dieser Ausgabe erneut variiert werden, gewinnen sie nicht an Überzeugungskraft.

Was mich zu diesem Beitrag veranlaßt, ist daher mehr noch der Umstand, daß seit dem letzten Herbst durch die sowjetische Politik selber neue Elemente in die internationale Diskussion um Sicherheits- und Entwicklungsfragen gebracht wurden, ohne deren Berücksichtigung jede Diskussion über die Rolle der UdSSR in der Dritten Welt unbefriedigend bleiben muß. Ich meine die Maßnahmen zur Reorganisation der sowjetischen Wirtschaft und die vom 27. Parteitag der KPdSU verabschiedeten Richtlinien der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung bis zum Jahr 2000, den Drei-Stufenplan zur Beseitigung aller Atomwaffen bis zum Jahr 2000 vom 15.1.1986 sowie das von KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow auf dem Parteitag vorgeschlagene umfassende System der internationalen Sicherheit.

Seiten zuvor lagen die Alternativen der künftigen internationalen Entwicklung so deutlich auf der Hand. Hier: Die drohende Eskalation des Wettrüstens in den Weltraum und die beschleunigte Fortsetzung des atomaren Aufrüstungskurses auf der Erde, die die Menschheit immer näher an den Abgrund treiben. Dort: Die konkrete Utopie der stufenweisen Vernichtung aller Atomwaffen bis zum Jahr 2000 und die Realisierung noch darüber hinausgehender, umfassender Abrüstungsmaßnahmen, mit all den gewaltigen Möglichkeiten, die die Verwirklichung eines solchen Programms auch und nicht zuletzt für die Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Menschheit in sich birgt. Welches System, welche Politik mit diesen beiden Alternativen verknüpft ist, ist heute klarer erkennbar als jemals zuvor.

Die sowjetische Politik, so wie sie in den letzten Monaten konkretisiert wurde, enthält nicht nur zahlreiche neue Elemente; ihr liegt in vielerlei Hinsicht selbst ein neuer Ansatz zugrunde, der der Radikalität der gegenwärtigen Entscheidungssituation gerecht werden soll. Sie geht aus von der Notwendigkeit eines „neuen Denkens“ angesichts der historisch völlig neuartigen Situation, daß sich die Menschheit erstmals selbst als Gattung vernichten kann, sei es durch einen atomaren Weltkrieg, sei es durch ökologische Katastrophen oder durch die Vergeudung von Ressourcen, durch die Unterlassung jener Investitionen, die notwendig sind, um das Überleben heutiger und künftiger Generationen sicherzustellen. Es ist offenkundig, daß sich aus diesem Blick-

winkel Konsequenzen und Perspektiven ergeben, die auch für die sowjetische Dritte-Welt-Politik und deren Analyse von höchstem Belang sind und über denen darüber hinaus niemand, dessen Aufmerksamkeit sich heute schwerpunktmäßig auf die Überlebenschancen der Völker der Dritten Welt richtet, einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Ich will in diesem Zusammenhang drei wesentliche Aspekte thesenartig hervorheben:

### 1. Freisetzung einer neuen Entwicklungsdynamik

Am Schluß meines Beitrags über „Handel und Hilfe“ (AIB 11/1985) hatte ich darauf hingewiesen, daß ein weiterer Ausbau der sozialistischen Wirtschaftshilfe und eine Weiterentwicklung der aus entwicklungspolitischer Sicht positiven Seiten der sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen zur Dritten Welt heute prinzipiell durch zwei Faktoren begrenzt werden: das ökonomische Potential, das der Sozialismus unter seinen gegenwärtigen inneren und äußeren Bedingungen zu entfalten in der Lage ist auf der einen Seite und – damit eng zusammenhängend – das Ausmaß, in dem heute angesichts der imperialistischen Hochrüstung und der davon ausgehenden Bedrohung Produktivkraftpotentiale auch im Sozialismus für militärische Zwecke gebunden werden, auf der anderen Seite.

Die jüngsten sowjetischen Initiativen im wirtschafts- und friedenspolitischen Bereich zielen offensichtlich darauf, diese Grenzen zu erweitern bzw. letztlich zu überwinden und sowohl binnenwirtschaftlich als auch weltweit – und besonders mit Blick auf die Länder der südlichen Halbkugel – eine neue Entwicklungsdynamik in Gang zu setzen. So wird in dem Drei-Stufen-Plan Gorbatschows formuliert: „Das vom Militarismus aufgezwungene Prinzip 'Aufrüstung statt Entwicklung' muß abgelöst werden durch das Prinzip 'Abrüstung für Entwicklung.'“ An den positiven Reaktionen aus der Dritten Welt auf diesen Vorschlag läßt sich ablesen, daß hier eine der wesentlichsten Achsen gemeinsamer Interessen von sozialistischen und Entwicklungsländern zur Grundlage politischen Handelns gemacht wurde.

### 2. Neue Interdependenzen

Der oft geäußerte Einwand, die Sowjetunion verhalte sich im „Nord-Süd-Dialog“ um keinen Deut besser als der Westen und opfere die wirtschaftlichen Belange der Dritten Welt auf dem Altar militärischer Großmachinteressen, wird durch die Tatsachen widerlegt. Der sowjetischen Außenpolitik liegt ein umfassender Sicherheitsbegriff zugrunde, der von der wechselseitigen Bedingtheit, der Interdependenz militärischer, politischer, wirtschaftlicher und humanitärer Sicherheitsfragen ausgeht und alle diese Aspekte in die Formulierung von Politik einbezieht. So beinhaltet das von Gorbatschow auf dem letzten KPdSU-Parteitag vorgeschlagene „allumfassende System der internationalen Sicherheit“, das es zu schaffen gelte, auf wirtschaftlichem Gebiet u.a. folgende Vorschläge:

- Beseitigung aller Formen von Diskriminierung in der internationalen Praxis; Verzicht auf die Politik von Wirtschaftsblockaden und -sanktionen, falls sie nicht unmittelbar durch Empfehlungen der Weltgemeinschaft vorgeesehen sind;
- gemeinsame Suche nach Wegen zu einer gerechten Lösung des Verschuldungsproblems;
- Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung(!), die allen Staaten gleiche wirtschaftliche Sicherheit garantiert;

– Ausarbeitung von Prinzipien, nach denen ein Teil der Mittel, die durch den Abbau der Militäretats freigesetzt werden könnten, zum Wohl der Weltgemeinschaft, vor allem der Entwicklungsländer verwendet wird;

– Zusammenlegung der Anstrengungen bei der Erforschung und friedlichen Nutzung des Weltraums, bei der Lösung globaler Probleme, von denen die Geschicke der Zivilisation abhängen.

In diesem Sinne hatte die Sowjetunion bereits vor dem Parteitag ein Memorandum über „internationale wirtschaftliche Sicherheit der Staaten“ an UN-Generalsekretär Perez de Cuellar überreicht, in dem sie sich – in deutlicher Übereinstimmung mit den Forderungen der meisten Entwicklungsländer – dagegen wendet, „die internationalen Wirtschaftsbeziehungen für Druck und Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten zu mißbrauchen“. Die jüngsten Pressionen der US-Administration gegen Libyen, Angola und Nicaragua zeigen, wo hier die Fronten verlaufen.

### 3. Neue Initiativen zur Sicherung von Befreiungsprozessen

Der „neue Wind im Kreml“, den die bürgerliche Presse konstatiert, ist auch auf dem Feld aktueller dritte-welt-politischer Initiativen spürbar.

Während die Sowjetunion den Versuch der USA zurückweist, sog. Wohlverhalten in Regionalkonflikten als Voraussetzung globaler Abrüstungsmaßnahmen zu praktizieren, hat sie sich ohne zu zögern demonstrativ an die Seite von nichtpaktgebundenen und fortschrittlichen Dritte-Welt-Ländern gestellt, die ausländischen Aggressionen oder Drohungen ausgesetzt sind: Dem angolanischen Ersuchen, seine Auslandsschulden bis 1990 zu stunden, wurde unverzüglich entsprochen. Die finanzielle Beteiligung Angolas am Erlös des sowjetischen Fischfangs vor der angolanischen Küste – das Entgelt für die Gewährung von Fangrechten – wurde auf 50% erhöht. Von südafrikanischen Aggressionstruppen abgeschosene Hubschrauber der angolanischen Armee wurden umgehend ersetzt. Der letzte Kongreß der MPLA-Partei der Arbeit würdigte folglich „die wertvolle und beträchtliche Hilfe, die Angola von der Sowjetunion, Kuba und dem gesamten sozialistischen Lager gegeben wurde“.

Dies ist kein Einzelbeispiel: Im Falle Nikaraguas ist die sowjetische Position eindeutig und die für 1986 vorgesehene Verstärkung der Wirtschaftshilfe ein unverzichtbares Element im Kampf gegen die Contras und die Stabilisierung der sandinistischen Revolution angesichts der aggressiven Wendungen der US-Politik.

Auf dem komplizierten Terrain des Nahostkonflikts wirft die Sowjetunion ihr politisches Gewicht zugunsten der PLO in die Waagschale, auch gegenüber dem syrischen Verbündeten, dessen Präsident Assad von Gorbatschow zu verstehen gegeben wurde: „Nur die Solidarität der arabischen Welt mit der PLO kann die Kräfte der Destabilisierung und Aggression überwinden, die die arabischen Völker bedrohen und die hegemonialen Pläne der USA und ihrer Verbündeten, vor allem Israel, begünstigen.“

Und auch in der magrebinischen Konfliktformation, in der die sowjetische Position wegen der Wirtschaftsbeziehungen zu Marokko verschiedentlich in Mißkredit gezogen wurde, hat die sowjetische Diplomatie eine eindeutige Option zugunsten Algeriens abgegeben: „Ein regionaler Sieg für Marokko“, so ein hoher sowjetischer Regierungsbeamter, „wäre ein israelisch-amerikanischer Sieg, den wir weder schlucken noch tolerieren könnten. Algerien kann auf unsere aktive Solidarität zählen.“

Unter den allgemeinen Entwicklungsproblemen der Dritten Welt schätzt die sowjeti-

sche Führung heute offensichtlich das Verschuldungsproblem als das gravierendste ein, als das Hauptinstrument der USA zur Blockierung des Prozesses der wirtschaftlichen Entkolonialisierung. Und es ist kein Zufall, daß die radikalsten Vorschläge zur Lösung dieses Problems von Fidel Castro gemacht wurden, dem vielleicht engsten sowjetischen Verbündeten in der Dritten Welt. Beide Seiten gehen davon aus, daß zwischen Entschuldung und Abrüstung ein enger Zusammenhang besteht. Daß sich aus dieser gemeinsamen Einsicht auch eindeutige sowjetische Optionen im „Nord-Süd-Dialog“ ergeben, werde ich, wie bereits erwähnt, in der nächsten Ausgabe dieser Zeitschrift noch ausführlicher demonstrieren.

Rainer Falk, Salzburg

## Weihnachtsmann oder realer Sozialismus?

Mit dem Vorwurf, beides verwechselt zu haben, endet die Stellungnahme von R. Münch in AIB 1-2/1986 zu meinem Leserbrief aus 12/1985. Nun könnte dagegen eingewendet werden, daß dies keine Alternative sei, da es weder den Weihnachtsmann noch den Sozialismus in der UdSSR gebe, auf alle Fälle bringe eine solche Diskussion nicht viel zur Lösung der Frage, ob sich die Wirtschaftsbeziehungen der UdSSR mit der Dritten Welt qualitativ von denen der westlichen Industrieländer unterscheiden.

Es ist nämlich bedauerlich, wie wenig R. Münch die bisher vorgetragenen Kritikpunkte zur Kenntnis nimmt. Er ordnet sie im Gegenteil einer eingebildeten „Welt von K. Fritsche“ zu, der er seine reale Welt gegenüberstellt. Bedauerlich, aber Grund genug, einige der Argumente noch einmal zu vertiefen. Jeder kann dann selbst beurteilen, wer die Realität verbiegt.

**I. Zur Realität des „stabilen Marktes UdSSR“**  
R. Münch tischt erneut diese These auf. Was sagt denn die sowjetische Außenhandelsstatistik dazu (nachzulesen in der Moskauer Zeitschrift „Außenhandel“). Danach hat die UdSSR in Millionen Transferrubel importiert:

	1981	1982	1983	1984
Algerien	84,2	46,1	12,2	145,5
Indien	1333,8	1473,8	1051,0	1271,8
Nord-Korea	250,3	362,5	325,0	365,6
Türkei	130,0	95,4	83,0	122,2

Die jährlichen Veränderungen sind offensichtlich erheblich. Eine Ausrechnung in Prozenten und ein Schaubild würde dies noch mehr verdeutlichen.

Natürlich gibt es auch Länder, in denen es einen beständigen Aufwärtstrend gibt, wie solche, bei denen die Zahlen ständig abwärts gehen. Stabilität im Sinne gleichbleibender Ausfuhr der Entwicklungsländer ist jedoch selten gegeben. Insofern sind diese genannten Länder keine Ausnahmen, genausowenig wie die ausgewählten Jahre.

Nun kann eingewendet werden, daß bei einzelnen Produkten, die für die Entwicklungsländer wichtig sind, Stabilität gegeben ist. Ein Beispiel des Kakao-Exports von Ghana in die UdSSR widerlegt auch dies:

Jahr 1960 61 63 64 65 67 68 69 70 71 72

1.000 t 34 19 43 33 66 57 28 15 51 13 66  
Mio. \$ 20 9 14 12 21 18 11 8 44 7 40

Diese Zahlen, zitiert nach K. Melschers „Sowjetische Afrikapolitik“ (Berlin 1980), zeigen nicht nur das Auf- und ab der Mengen, sondern widerlegen auch das Argument der Preisstabilität. Rechnet man nämlich um, dann ergibt sich folgender Erlös (in Mio) für 1.000 t Kakao:

1960	61	62	63	64	65	66
0,69	0,48	0,48	0,33	0,36	0,32	0,31
1967	68	69	70	71	72	
0,31	0,39	0,53	0,86	0,54	0,61	

Wie stabil dabei Preise und Handel sind, macht noch eine andere Entwicklung deutlich. Im Dezember 1972 verkündete die UdSSR, daß sie 1973 weniger Kakao als vorher kaufen würde. Begründet wurde dies durch die UdSSR mit „1973 existierenden unvorteilhaften Marktbedingungen und der Tatsache, daß die sowjetische Industrie im Besitz erheblicher Vorräte dieser Güter“ ist (zit. n. W. Weinstein, Chinese and Soviet Aid to Africa, New York 1975, S. 135). 1973 erreichten nämlich die Kakaopreise auf dem Weltmarkt eine bis dahin nicht erreichte Höhe.

Das die „stabilen Handelsbeziehungen“ auch Folgen für die Menschen in den betroffenen Ländern haben, liegt auf der Hand. So wird aus Indien berichtet, daß die UdSSR seit 1983/84 keine Cashew-Nüsse mehr einkauft. Dies hatte die Schließung einer großen Zahl indischer Betriebe zur Folge.

### 2. Zur Realität der „Lieferbindung“

Besonders aufgestoßen ist R. Münch mein Vorwurf, daß es sich bei den sowjetischen Entwicklungsprojekten um Maßnahmen mit „strikter Lieferbindung“ handeln würde. Ich hatte in diesem Zusammenhang R. Falk eine Doppelmoral vorgeworfen. Er begrüßte dies nämlich bei der UdSSR ausdrücklich, während er die gleiche Praxis bei den westlichen Ländern kritisierte.

Ist diese Frage bedeutungslos? Ich meine nein! Seit Jahren kritisieren die Länder der Dritten Welt wie die entwicklungs- und politik-Engagierten in der BRD, daß Entwicklungsländer gezwungen werden, für z.B. bundesdeutsche Entwicklungshilfe Waren in der BRD zu kaufen. Sie betrachten dies zuerst als Einschränkung ihrer Wahlmöglichkeiten, da sie so daran gehindert werden, entsprechende Ausrüstungen z.B. in der UdSSR zu kaufen, wenn diese für ihre Bedingungen besser geeignet sind. Diese seit Jahren kritisierte Praxis der Exportförderung ist aber der sowjetische Alltag in der Politik gegenüber den Entwicklungsländern. R. Münch versucht nun diesen Vorwurf dadurch zu entkräften, daß er eine solche Lieferbindung schlichtweg leugnet. Wie sieht aber der Vorgang im Einzelnen aus?

Die UdSSR gewährt dem Entwicklungsland einen Kredit, dessen Höhe vertraglich festgelegt wird. Dieser Kredit wird aber nicht in Bar ausgezahlt, sondern mit Waren, die in der UdSSR gekauft werden müssen, verrechnet. R. Münch nennt dies „Hilfskredit in naturaler Form“ und meint, so das Problem der Lieferbindung umgangen zu haben. Da die UdSSR natürlich keine Fabrik als Kredit bereitstellt, sondern die Geldmittel, um diese Fabrik zu bauen, handelt es sich aber um einen Kredit, der auf Geldbasis abgewickelt wird. Zurückgezahlt wird ja auch keine Fabrik, sondern zumeist Waren, die in Geld bewertet werden und mit dem von der UdSSR bereitgestellten Kredit verrechnet werden. Das bedeutet, daß über den von der UdSSR bereitgestellten Kredit nicht frei verfügt werden kann. Er ist an den Kauf von Waren in der Sowjetunion gebunden. Und genau das ist es, was strikte Lieferbindung genannt wird.

Nun kann man dies natürlich mit der Devisenknappheit der UdSSR oder sonstigen Gründen rechtfertigen. Aber der Tatbestand wird damit nicht aus der Welt geräumt und auch nicht die Haltung, die eine gleiche Politik unterschiedlich bewertet, abhängig davon, ob sie von der UdSSR oder den westlichen Industrieländern befolgt wird.

### 3. Noch einmal zur „Preisgestaltung“

Für R. Münch ist es ausgemachte Sache, daß

die sowjetischen Preise bei gleichem technischen Niveau unter den Weltmarktpreisen liegen. Nun ist sicherlich aber gerade das gleiche technologische Niveau nicht gegeben.

Warum sonst muß die UdSSR die „fortgeschrittensten Anlagen“ erst selber aus dem Westen importieren. Der Vergleich mit Weltmarktpreisen wird damit natürlich noch schwieriger. Ich will mich deshalb an dieser Stelle einer Frage zuwenden, die als Fakt unumstritten scheint. Unterschiedlich auch hier die Interpretation.

So akzeptieren sowohl P. Wahl (AIB 8-9/1985) wie R. Falk (AIB 10/1985), daß es Preisunterschiede bei gleichen sowjetischen Waren gibt, je nachdem, ob diese in die westlichen Industrieländer oder in die Dritte Welt geliefert werden. Der schon häufiger zitierte Inder Chandra geht – wie andere Experten – davon aus, daß die Preise für die Dritte Welt um durchschnittlich 1/3 höher sind. Gleichzeitig sind die sowjetischen Preise aber vielfach dennoch noch niedriger, als entsprechende Angebote aus dem Westen. Der gegenüber den kapitalistischen Ländern günstigere Preis dürfte dabei nicht immer allein nur durch die schlechtere Qualität der Waren bedingt sein.

Die Erklärung, die R. Falk dafür gibt, scheint mir wichtig für die Diskussion darüber zu sein, ob sich das sowjetische Verhalten qualitativ von dem der westlichen Länder unterscheidet. Er schreibt: „Diese Tendenz (der Preise, K.F.) entspricht ... der 'Zwischenstellung' der sozialistischen Länder zwischen 'Erster' und 'Dritter Welt.'“ Es handelt sich „im Falle der Preispolitik der sozialistischen Länder gegenüber den kapitalistischen Industriemetropolen eher um den Reflex der verhältnismäßig schwachen Konkurrenzposition der ersteren...“, nicht jedoch um das Ergebnis einer systematischen Benachteiligung der Entwicklungsländer.“ (AIB 10/1985, S.49)

Wenn ich R. Falk richtig verstehe, dann geht er also davon aus, daß die UdSSR ihre Preise je nach vorhandener Konkurrenzsituation gestaltet. Dort, wo sowjetische Waren nur mit Schwierigkeiten abzusetzen sind (z.B. in der „Ersten Welt“, um bei der Terminologie von R. Falk zu bleiben), werden größere Nachlässe eingeräumt, als dort, wo man sich in einer besseren Handelsposition befindet. Und dies ist zweifelsohne gegenüber den meisten Ländern der Dritten Welt der Fall. Und manchmal, so lauten ja auch Klagen aus vielen Ländern, nimmt man auch höhere Preise, je nach „Marktsituation“.

Diese Einschätzung bestätigt auch eine Untersuchung aus dem Jahre 1973. Moskoff kommt dabei zu dem Ergebnis, daß auch gegenüber der Dritten Welt die Preisgestaltung nicht einheitlich ist. So seien die Preise für die Länder höher, die auf Kredit kaufen würden, als für diejenigen, die bar bezahlen. Und nicht zuletzt müßten häufig die Länder, die der UdSSR ideologisch näher ständen, höhere Preise bezahlen, als diejenigen, die noch enger mit dem Imperialismus verbunden sind (zit. n. Jiri Elias, Die Außenwirtschaftsbeziehungen des COMECON mit den Entwicklungsländern, Bern u.a. 1977, S. 122f.).

Dieses Verhalten, das sich nicht von dem kapitalistischer Länder unterscheidet, die sich in einer schwächeren Konkurrenzposition befinden, hat mit einer Politik im Interesse der Dritten Welt nicht sehr viel zu tun. Es ist Verfolgung des sowjetischen Eigeninteresses. Und dennoch erklärt dieses Beispiel, warum der Handel mit der UdSSR für die Entwicklungsländer unter Umständen vorteilhaft sein kann.

Nicht, weil die UdSSR eine revolutionäre Politik im Interesse der Entwicklungsländer verfolgt, sondern gerade aufgrund der von R. Falk geschilderten Konkurrenzsituation der

## Peter Schütt

# Kahlschlag des Khomeini-Regimes

UdSSR. Aufgrund ihrer schwächeren Position auf dem Weltmarkt, wie ihrer technologisch sich meist nicht auf höchstem Niveau befindlichen Waren, ist sie in vielen Fällen gezwungen, den ELs günstigere Preise einzuräumen, um überhaupt Marktzugang zu erhalten. Dies ist natürlich positiv für die Entwicklungsländer, hat aber mit revolutionärer Politik nichts zu tun.

Es sind noch eine Reihe von weiteren Fragen zu diskutieren: Ziele der sowjetischen Entwicklungshilfe? Was heißt „gegenseitiger Nutzen“ in der sowjetischen Politik? Was bedeuten Produktionskooperationen? Welche Bedeutung haben Kompensationsgeschäfte? Es ließen sich noch mehr davon aufzählen.

Ich hoffe, daß nicht nur das im April in Dortmund stattfindende Seminar „Sowjetunion und Dritte Welt“ dazu Gelegenheit gibt. Ich würde darüber hinaus vorschlagen, daß das AIB den Kritikern der sowjetischen Politik die Gelegenheit gibt, über eine solche Kurzstellungnahme hinaus, ihre Kritik ausführlich zu begründen. Denn in einer Stellungnahme wie dieser, kann immer nur zu einzelnen Fragen Stellung genommen werden. Zusammenhänge z.B. mit der Politik herzustellen, ist schwer möglich. Ich jedenfalls wäre bereit, eine solche längere Stellungnahme zu verfassen.

Klaus Fritsche, Bochum

### Standpunkt der Redaktion

Ursprünglich hatten wir uns mit K. Fritsche darauf geeinigt, daß er nach seinem ersten ausführlichen Diskussionsbeitrag in AIB 12/1985 zu den Wirtschaftsbeziehungen UdSSR und Dritte Welt noch einmal in gleichem Umfang zu den politisch-militärischen Beziehungen zu Wort kommen könne. Stattdessen setzte er nun mit einem zweiten Wirtschaftsbeitrag nach und fordert obendrein Platz für eine dritte noch ausgedehntere Stellungnahme, um weitere wirtschaftliche Verästelungen zusätzlich vertiefen zu können.

Wir meinen, daß dies den Rahmen und den Charakter des Diskussionsforums sprengen würde. Wer sich mit der Gesamtheit der Begründungszusammenhänge K. Fritsches noch eingehender befassen will, kann dies anhand seines von uns bereits in den Anfangsbeiträgen (Wahl, Boris; AIB 8-9/1985) kritisierten Leitartikels in den Freiburger Blättern des IZ3W, Nr. 110/Juni 1983 tun. An dieser Stelle sei noch einmal darauf verwiesen, daß das AIB frühzeitig, nämlich bereits im Herbst 1984 dem IZ3W das Angebot unterbreitete, austauschweise zum Einstieg seiner Serie Thesen zu „UdSSR und Dritte Welt“ in beiden Organen zu veröffentlichen. Die IZ3W-Redaktion befand dieses Diskussionsangebot nicht einmal einer Antwort wert. Wenn es also nicht zum Austausch und einer kontroversen Diskussion von Wahl-Thesen und Thesen des IZ3W-Autors Fritsche gekommen ist, so möge letzterer sich bei der IZ3W-Redaktion beklagen.

Wir möchten hingegen daran festhalten, im nächsten AIB (6/1986) den Bereich Wirtschaft mit den ohnehin genug verzögerten weltwirtschaftlichen Beiträgen von R. Falk und Prof. Wolkow endlich abzuschließen, um uns dann dem zweiten Themenblock politische und militärische Beziehungen von UdSSR/RGW zur Dritten Welt sowie zuletzt den asiatischen Sowjetrepubliken zuzuwenden.

Für überlegenswert halten wir die kürzliche Anregung Dirk Rosins (DFG/VK), zum Abschluß der Serie ein Round-Table-Gespräch mit den Autoren bzw. Repräsentanten verschiedener Strömungen der Solidaritätsbewegung über kontroverse und offene Kernfragen anzusteuern.

W. Brönnner

Die vom Khomeini-Regime errichtete Islamische Republik erlaubt ausschließlich mündliche, schriftliche, künstlerische, literarische und wissenschaftliche Äußerungen und Erkenntnisse, die auf der Weisheit des Koran, wie Khomeini & Co. ihn verstehen, basieren.

Alle anderen Religionen, also auch die der christlichen, jüdischen und persischen Minderheiten im Lande, dürfen nur dann praktiziert werden, wenn sie von einem Islamlehrer ausgelegt werden. Dieselbe Unterdrückungspolitik gilt auch den nichtpersischen Nationalitäten: die Sprache und Kultur der Kurden, Assyrer, Armenier, Turkmenen, Aserbeidschaner und anderer Gruppen sind kraft Gesetz verboten.

Zu vernichten sind laut Verfassung alle nichtislamischen Ideen, namentlich der Marxismus, der Nihilismus, der Liberalismus und der Humanismus, letzterer, weil er den Menschen über Gott stellt.

Wer gegen solche Denkverbote verstößt, bezahlt seine Gedanken nicht selten mit dem Tode, so wie der 1981 ermordete Lyriker und Dramatiker Said Soltan-Pur oder der 1983 im Gefängnis zu Tode gefolterte 65jährige Schauspieler Kahnmaue.

### Nichtislamische Ideen vernichten

Tausende andere der Fortschrittgläubigkeit verdächtige Intellektuelle und Kulturschaffende sitzen im Gefängnis. Sie werden von Zeit zu Zeit im Fernsehen zur Schau gestellt, um reumütig vor Gott, Khomeini und seinen Folterkommandos ihre Sünden einzugestehen. Wie im Kampuchea der „Roten Khmer“ (1975-79; d. Red.) gilt Intelligenz an sich schon als im höchsten Maße subversiv, wird die Unwissenheit zur Staatsugend erhoben und der Besitz und der Gebrauch von nichtreligiösen Büchern regelrecht veräußert. Zahlreiche Schulen wurden seit 1983 wieder geschlossen, die Zahl der Analphabeten steigt rasch, Mädchen und Frauen ist der Zugang zu Bildung und Wissen fast ganz versperrt.

Khomeinis Leitspruch „Alles, das Ganze und die Teile, müssen von islamischem

Geist durchdrungen sein“ gilt als offizielle Kulturmaxime. Ministerpräsident Mussawi, zur Schahzeit ein bekannter Maler, bekannte 1984 stolz, „von Kultur und Kunst nicht die geringste Ahnung zu haben“.

Reza Davari, der Kulturexperte der Islamischen Republik, antwortete auf die Frage der Redaktion Fasnamee Honar, wie das Regime zur modernen Kunst steht, mit einer Grundsatzklärung: „Ob die Kunst für uns von Nutzen ist, richtet sich danach, welcher Art die Kunst ist, ob sie von Gott kommt oder des Teufels ist. In der Tätigkeit der Künstler hat es zu jeder Zeit viel teuflische Einflüsse gegeben, aber was die moderne Kunst betrifft, bin ich der Meinung, daß sie ihrem ganzen Wesen nach Teufelswerk ist.“ (Fasnamee Honar, Nr. 2/1984, S. 54, übersetzt von F. Kholdi). Alle Künstlerverbände, die noch zur Schahzeit in der Illegalität oder im Befreiungsjahr 1979 entstanden sind, wurden schon 1981 wieder aufgelöst. Die nichtislamischen Künstler und Wissenschaftler erhielten Berufsverbot. Die Universitäten wurden nicht anders als 1933 in Deutschland von mißliebigen und oppositionellen Dozenten und Studenten gesäubert.

Vor der Zulassung zur Hochschule müssen die Studenten eine Gewissensprüfung ablegen, bei der sie u.a. Antwort auf die Frage geben müssen: „Was geschieht mit dem Menschen nach dem physischen Tod?“ Für die Zulassung zum Studium muß der Mullah des betreffenden Wohngebietes die Genehmigung erteilen.

### „Unzüchtige“ Statuen, Schriften, Theaterstücke

Um den „Selbstreinigungsprozeß der Universitäten“ zu fördern, hat das „Regierungsreferat für die Durchführung der Kulturrevolution“ 1981 alle Universitäten für 2 Jahre schließen lassen.

Im ganzen Lande gibt es nur Medien der islamischen Regierung. Alle anderen Publikationen sind in den Untergrund gedrängt oder gänzlich ausgeschaltet worden. Zahlreiche Verlage wurden geschlossen. Öffentliche Bibliotheken, so

die Zentralbücherei von Täbris, wurden für Besucher und Benutzer gesperrt, weil sie „unzüchtige Schriften“ enthielten. Die Zeugnisse der nichtislamischen Kunst und Literatur des Landes, unter ihnen bedeutende Werke der altpersischen und griechischen Kultur, sind verboten. Der Bilderstürmerei der Khomeini-Garden fielen bisher 157 Baudenkmäler aus der Zeit vor Mohammed zum Opfer. In Täbris wurde das Opernhaus, das in den Revolutionsjahren um 1920 errichtet worden war, abgerissen, um Platz zum gottgefälligen Beten, Bitten, Betteln und Beichten zu schaffen. Zahlreiche Grabdenkmäler von nicht-islamischen und nicht frommen Persönlichkeiten wurden zerstört. Alle Kunsthochschulen, an denen die bildliche oder plastische Darstellung des Menschen gelehrt wurde, sind mittlerweile geschlossen, Bronzestatuen sind eingeschmolzen worden, weil sie unver-

schleierte Frauen verkörperten. Um die unkontrollierte Kunstproduktion einzudämmen, können Pinsel, Leinwände und anderer Malereibedarf nur über die Regierung bezogen werden. Im freien Handel kostet ein Pinsel für die Ölmalerei mindestens 300 DM.

Für das Studium der Anatomie wurden strengste Auflagen verfügt. Ein Arzt darf erst dann mit dem menschlichen Körper in Kontakt kommen, wenn er zuvor alle Koranprüfungen abgelegt hat. Dafür wird er dann auch in der Kunst des Finger- und Handabhackens ausgebildet. Zur Vollstreckung entsprechender Urteile benutzen die Ärzte neuerdings aus Japan importierte Spezialgeräte und örtliche Betäubung.

Verboten ist nahezu die gesamte humanistische Weltliteratur – von Romain Rolland bis Maxim Gorki, von Pablo Neruda bis Nazim Hikmet, von James

Joyce bis Gabriel Marquez. Verboten sind die weltbekannten persischen Kinderbücher und Märchen von Samad Behrangi, verboten sind die Bücher der als Spione verdächtigten und seit 3 Jahren ohne Verfahren eingesperrten Revolutionäre Beh-Azin und Ehsan Tabari.

Verboten ist das Übersetzen unfrommer Schriften: dafür sitzt Aboutorab Bagherzadeh seit 4 Jahren hinter Gittern. Verboten sind die Aufführungen weltlicher und „unsittlicher“ Theaterstücke. Dafür wurden der Regisseur Rohneddin Khosrawie und der Schauspieler Mohammad Djafari zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Dantes „Inferno“ und Shakespeares „Sommernachtstraum“ gerieten auf den Index, weil in ihnen die Nacktheit verherrlicht wird. Alie Darstellungen von Adam und Eva wurden aus Lexika und Schulbüchern verbannt. Küsse, jeder Austausch von Zärtlichkeiten, das Zeigen unverschleierte und unbedeckter weiblicher Körperteile, also auch der Hände und vor allem der Kopfhare, sind nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern vor allem auch im Film, Fernsehen und Video strengstens untersagt.

Stattdessen werden von der Regierung massenhaft Videos verbreitet, auf denen vorgeführt wird, wie man Spione entlarvt, fängt und an Ort und Stelle erledigt, wie man an der Front einen Feind tötet und wie man mit unzüchtigen Frauen verfährt. Jeder Tugendwächter im Dienste der Islamischen Republik ist angewiesen, eine Frau, die auch nur einen Haaransatz öffentlich zur Schau stellt, an Ort und Stelle auf den Weg der Tugend zurückzuführen, beispielsweise indem er ihr vor aller Augen den Kopf kahl schert, ihr ein Schild mit einem Schuldspruch um den Hals hängt oder sie auf der Straße zur Abschreckung auspeitscht.

### Musikantinnen „zu aufreizend“

Erlaubt ist nur islamische Musik, die man nicht Musik nennen kann. Denn es handelt sich eigentlich um Koransuren oder andere religiöse Texte, die von einem Beter vorgesungen werden und die den Tod irgendeines Propheten, der vor mehr als 1000 Jahren gelebt hat, zum Inhalt haben.

Dem iranischen Volk ist auch verboten, seine eigene traditionelle Musik, die seit Jahrhunderten gespielt wird, zu singen, spielen und sogar zu hören. Das einzige organisierte iranische traditionelle Musik-Center „Tschavosch“, in dem viele Musiker organisiert sind, ist kürzlich zur Jahreswende 1985/86 vom Staatsapparat geschlossen worden.

Es gibt viele Studenten, die Musik und

Der Blutbrunnen – schauerliches „Kunstwerk“ zu Ehren der Märtyrer in Beheschte Sagra. Grellrot gefärbtes Wasser symbolisiert die Unerschöpflichkeit des Blutstroms – Zeichen für ein endloses Blutvergießen im Golfkrieg?



andere Kunstfächer studiert haben und arbeitslos sind. Ihre Tätigkeit ist grundsätzlich verboten. Im Iran unter dem Khomeini-Regime können nur die Künstler arbeiten und überleben, die ihre „Kunst“ der Verehrung und dem Lob Khomeinis und des islamischen Regimes widmen.

Eine eigene Gesetzgebung schaltet die Frauen nahezu vollständig aus dem kulturellen Leben aus. Unverschleiert dürfen sie nirgends erscheinen, nicht auf der Straße, nicht bei der Arbeit, nicht auf der Bühne, nicht im Film, nicht im Fernsehen. Beim Gesang sind Solostimmen von Frauen verboten, weil sie „aufreizend wirken“ können. Auf der Bühne und auf der Leinwand dürfen Frauen nur in untergeordneten, dienenden und

geschaffen. Sie schickt Dichter als Kriegshetzer an die Front, produziert Propagandafilme für das kriegsmüde Hinterland und versorgt selbst die Kindergärten mit Videobändern, mit denen die Aller kleinsten zum Haß gegen die Ungläubigen erzogen werden sollen.

### Kunst im Dienste des Krieges

Die Abteilung verfolgt alle Anzeichen und Anhänger von Defätismus und Pazifismus. Als im letzten Jahr oppositionelle Künstler in Teheran zu einer Trauerfeier für den im Pariser Exil gestorbenen Schriftsteller Gholamhusein Saedi aufrief, sorgte die Abteilung des Kriegsministeriums dafür, daß die Initiatoren öffentlich angeklagt und angeprangert wurden.

Die barbarischen Zensurbestimmungen der Islamischen Republik treffen kein Volk, dem demokratische Literatur, Kunst und Kultur bisher unbekannt gewesen sind. Die fortschrittliche Kultur des Iran hat eine mehr als hundertjährige Tradition und war zu allen Zeiten eng mit den patriotischen, antifeudalen und antiimperialistischen Volksbewegungen verbunden.

Der soziale Lyriker Nima, der von 1897-1960 lebte und zu Recht mit Brecht verglichen wird, gehört unbestreitbar zur Weltliteratur der Moderne. Sammlungen wie die von Bozorg Alavi im DDR-Verlag Rütten und Löning 1984 herausgegebene Prosa-Anthologie „Die beiden Ehemänner“ und die gerade in der Westberliner Edition Orient von Touradj Rahnama edierte Ausgabe „Einer aus Gilan. Kritische Erzählungen aus Persien“ belegen eindrucksvoll, daß der Iran seit der Jahrhundertwende über eine realistische Erzählkunst von internationalem Rang verfügt, die hierzulande allerdings noch fast unbekannt ist.

Sadegh Hedajat, der 1951 im Pariser Exil durch Selbstmord endete, ist unter den Prosaautoren wohl der bislang bedeutendste und nimmt in der persischen Literaturgeschichte eine Gorki vergleichbare Stellung ein. Sein Gesamtwerk steht im Iran des Ajatollah Khomeini auf dem Index.

Hedajats Schüler und Nachfolger, der Volksdichter Khosroh Gole Sorkhi und der Arbeiterschriftsteller Keramatollah Daneschian, wurden 1974 unter dem Schah-Regime hingerichtet. Ihre Werke wurden nach dem Sturz des Schah 1979 zum ersten Mal massenhaft verbreitet – und 3 Jahre später von der Khomeini-Administration prompt wieder verboten.

In den Revolutionsjahren von 1978-80 spielte die demokratische Kunst und Literatur eine bedeutende Rolle. Moderne

Musik, realistische Filme, Straßentheater, hektografierte und xerokopierte politische Lyrik, Manifeste und Bücher in einer Fülle und Vielfalt, wie sie der Iran nie vorher erlebt hatte, begleiteten die revolutionären Massenbewegungen. Die 7-Mio-Stadt Teheran wurde zum Schauplatz einer die Massen bewegenden und erregenden Kulturrevolution, an der alle Künstler ihren Anteil hatten.

Gegen die emanzipatorischen Wirkungen solcher Massenkunst richtet sich seit 1981 der Terror der islamischen Tugendwächter.

Darüber hinaus versucht das islamische Regime, alle Spuren der iranischen Traditionen zu vernichten. Ein Beispiel dafür ist das Neujahrsfest „Nowrouz“, das seit mehr als 1000 Jahren mit besonderen Traditionen in allen Landesteilen gefeiert wird. Das Regime hat sich vom ersten Tag an vorgenommen, verschiedene Feste zu ignorieren und stattdessen die islamischen Trauerfeiern in den Vordergrund zu rücken.

Das ist aber unerreichbar, weil diese Traditionen tief im Volk verwurzelt sind. Trotz der Kriegssituation, den vielen Toten und der Folter wird „Nowrouz“ jedes Jahr vom Volk aufs Neue begangen. Trotz der brutalen Unterdrückungspolitik ist der Einfluß fortschrittlicher Kulturströmungen nicht gänzlich unterbunden. Sie trägt dazu bei, daß der islamische Fanatismus im Lande selbst auf wachsenden Widerstand und zunehmend auch auf öffentliche Proteste stößt.

Zahlreiche Künstler, Schriftsteller und Intellektuelle mußten seit der Wende im Iran ihr Heimatland verlassen und leben seither, weit über die Welt zerstreut, im Exil. Nicht wenige von ihnen, so die Mitglieder der 1985 in Hamburg von Exilkünstlern ins Leben gerufene Kulturvereinigung „Nima“, haben bei uns um Asyl ersucht. Sie alle brauchen unsere tatkräftigste Unterstützung, unsere tätige Solidarität.

### Martyrium der Farsaneh Urmasdi

Bei der Demonstration gegen die Ajatollahs ging sie in der ersten Reihe

Die Maschinengewehrsalven des gottgesandten Führers zersiebt ihr beide Beine

Die Ärzte im Krankenhaus versprochen, sie soweit wiederherzustellen, daß sie aufrecht mit dem Rücken zur Wand stehen konnte

Nach sechs Monaten wurde sie ins Gefängnishospital verlegt: Soldaten kamen in der Nacht, um sie zu vergewaltigen (Jungfrauen dürfen nach islamischen Recht nicht hingerichtet werden)

Am anderen Morgen wurde sie zum Hof hinaus geführt: vergeblich versuchten die Wächter, sie gegen die Wand zu stellen

So kam sie als letzte an die Reihe: das Exekutionskommando streckte sie nieder mit drei Kopfschüssen, ohne den Rollstuhl zu beschädigen

Peter Schütt

schicklichen Rollen auftreten – getreu dem Gebot, daß eine Frau allenfalls die Hälfte wissen und wert sein kann wie ein Mann.

Zahlreiche intellektuelle und akademische Ämter und Berufe sind für Frauen gesperrt worden; für Studienrichtungen wie Landwirtschaft, Ingenieurwesen oder Jura sind Frauen grundsätzlich nicht zugelassen. Buchveröffentlichungen von Frauen müssen sich strikt auf die „weibliche Erfahrungswelt“ beschränken und dürfen Politik, Philosophie und Wissenschaft nicht behandeln.

Um auch die letzten Reserven zu mobilisieren, wurde vom Kriegsministerium kürzlich eine eigene Abteilung „Kunst und Literatur im Dienste des Krieges“

### Zeitsch

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 147/April 1986

Verschuldung – Mexiko: Vom Musterschüler zur Flächenbombardierung des eigenen Landes ● Chile: Regierungswechsel ● Guatemala: Die Zivilregierung argentinischen Kinos  
Einzelpreis, 4,50 DM; Abo 50 DM  
Bezug: FDCL, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

ila-info, Nr. 94/April 1986

Schwerpunktthema: Hilfe, die Entwicklung kommt „Entwicklungspolitik“ soll im aktuellen ila-info etw. der Entwicklungspolitik in der BRD, zur Entwicklung und Grünen und zum Für und Wider von Entwicklung Eindrücke aus Argentinien ● Verraten und Verkaufung El Salvadors ● Chile-Dokumentation der CDU Bonn  
Einzelpreis 3,50 DM; Abo 30, 35 bzw. 40 DM  
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Brasilien Nachrichten, Nr. 89/1985

Verschuldung und Exportpolitik: Brasiliens Adern der Weg zur energiepolitischen Unabhängigkeit ● Rondonia: Der „Wilde Westen“ wird erschlossen ● P  
Einzelpreis 7 DM; Abo 28 DM  
Bezug: Brasilien Nachrichten, An der Illoshöhe 30, 4

Jürgen Roth

# Makler des Todes

Waffenhändler  
packen aus

Rasch und Röhring

## Buchtip: Waffenhandel

Jürgen Roth hat die Crème de la crème der internationalen Waffenhändlerszene befragt. Er war dabei, als sie Putsche organisierten, Söldnerverbände zusammenstellten und Millionengeschäfte abwickelten. Sie haben ihm erzählt von ihren Erfolgen, aber auch davon, wie sie leben und wie sie ihre Tätigkeit bewerten.

In seinem Buch *Makler des Todes. Waffenhändler packen aus*. Verlag Rasch & Röhring, Hamburg 1986, 224 S., 32 DM hat er eine authentische Reportage geschrieben. Sie liest sich spannend wie ein Krimi, nur sind die Mord- und Täter nicht erfunden.

Das Zusammenspiel von westlichen Regierungen, Geheimdiensten und Waffenhändlern – das zeigt Roth auf – ist bittere Realität. Auch dem Bundeskriminalamt (BKA), welches durch eine einstweilige Verfügung die Auslieferung des Buches zu verhindern suchte, wird nachgewiesen wie in ihrem Auftrag Terroristen mit Waffen versorgt und Killer angeheuert wurden.

Die Recherchen des Autors belegen, daß die Wirklichkeit unsere Vorstellungen vom Handel mit dem Tod weit übertrifft.

## tschau

knaben ● El Salvador: Die FMLN am Guazapa; isches Tagebuch (II) ● Peru: Sechs Monate nach dem ie Macht der Militärs ● Film: Neue Tendenzen des

spaltene Verhältnis der Solibewegung zum Thema arbeitet werden. Es enthält Beiträge zur Geschichte ik nach der Wende, zu den Alternativen(?) von SPD tischer Frauenförderung ● Spuren der Diktatur – anische Textilarbeiterinnen ● Gewerkschaftsbewen „Bürger gegen Bürger“ ● Nairobi-Folgeseminar in

30 geöffnet ● Welt-Kaffeeland Nr. 1 ● Pro-alcool – au für den Export ● Höhenflug: Die Embraer ● egen Bayer-Werk

ibrück

## Entwicklungspolitik

Im März d.J. verabschiedete das Bonner Kabinett neue „Grundlinien der Entwicklungspolitik“, die laut Aussagen des CSU-Ministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, „Ergebnis und Ausdruck der entwicklungs-politischen Neuorientierung“ seien. Als Hauptzielsetzung nannte er die Förderung von „Hilfe zur Selbst-Hilfe“, wobei vor allem die Ernährungssicherung aus eigener Kraft, ländliche Entwicklung, Umweltschutz sowie der Bildungsbereich im Vordergrund stehen sollen.

Die „Neuorientierung“ besteht vor allem darin, daß die Interessen der bundesdeutschen Unternehmen noch stärker berücksichtigt werden sollen. Diese Zielsetzungen werden u.a. damit bemäntelt, daß verstärkt auf die „Beschäftigungswirksamkeit der Entwicklungshilfe für die bundesdeutsche Wirtschaft“ geachtet werden soll, und das Vordringen von bundesdeutschen Unternehmen in der Dritten Welt („privatwirtschaftliche Zusammenarbeit“) mit Entwicklungshilfe gleichgesetzt wird.

„Ordnungen mit marktwirtschaftlichen Elementen“ werden als besonders förderungswürdig ausgegeben und den Entwicklungsländern wird empfohlen, sich in die Obhut von Weltbank und Internationalem Währungsfonds zu begeben, um die Schuldenkrise zu lösen.

Mit den Worten über eine stärkere Einbeziehung der Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung in den „Empfängerländern“ soll kaschiert werden, daß gerade die ungerechten Weltwirtschaftsbeziehungen und die Tätigkeit der transnationalen Konzerne für das weitgehende Scheitern der Entwicklungspolitik verantwortlich sind.

## BRD-Afghanistan

Scharfe Angriffe gegen die afghanische Regierung Karmal und die Sowjetunion erhob Außenminister Genscher in einer Regierungserklärung vom 20. März d.J. vor dem Bundestag. Er vermied es, auf die Genfer Verhandlungen über eine politische Lösung des Afghanistan-Konflikts (siehe Kurzinformationen) Bezug zu nehmen. Stattdessen forderte er, Pakistans reaktionärem Militärregime „politisch den Rücken zu stärken“.

Vorausgegangen war am 18./19. März d.J. ein erstes Afghanistan-Hearing des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, mit dem Bonn dem Beispiel Großbritanniens, Schwedens und Norwegens folgte. Unter den 17 angehört „Sachverständigen“ waren zwei aus Peshawar angereiste feudalklerikale Rebellenführer, S. Mujaddedi und S.A. Gailani. Sie brachten erneut die – von Seiten der UNO überprüften und nicht bestätigten – „Schreckenstaten“ der Sowjets wie Einsatz von Giftgas oder Spielzeugbomben vor. Nichts wissen wollten sie von dem Fakt, daß die Contra massenweise gefangenommene afghanische und sowjetische Soldaten sowie als „Kommunisten“ verdächtige Zivilisten ermordete, oder daß auf afghanischem Boden gefundene sprengstoffgefüllte Kugelschreiber die Aufschrift „Made in Japan“ trugen. Dissonanz am Rande: Die Contraführer bezifferten die afghanischen Flüchtlinge auf 5 bzw. 7 Mio, wohingegen der pakistanische Botschafter A. Waheed ihre Zahl mit 3 Mio angab.

Während der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Jürgen Todenhöfer, u.a. eine vermehrte Unterstützung der afghani-

schen „Freiheitskämpfer“ (UN-Anerkennung!) forderte, distanzierten sich die Grünen immerhin von deren Terrorakten. Sie kritisierten auch die zu einseitige Zusammensetzung der auf dem Bonner Hearing präsentierten Sachverständigen.

Die Regierung Karmal und die sowjetische Botschaft in Bonn verurteilten das Hearing in der Bundeshauptstadt als provokatorische Veranstaltung, die gegen eine sich anbahnende politische Verhandlungslösung ziele. Erstere verwies darauf, daß die Regierung Kohl die afghanischen Contras bislang mit 350 Mio DM finanziert und vor dem Hearing bereits zusätzliche 150 Mio DM zugesagt habe.

## Südafrika-Plakat,- postkarten



Gegen einen Solidaritätsbeitrag von 5 DM sind bei der Bonner Vertretung des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) sechs verschiedene Postkarten zu beziehen. Sie geben Szenen aus der südafrikanischen Gewerkschaftsbewegung wieder. Die Farbfotos sind lebendige Schnappschüsse von ausgesprochen guter Qualität. Die Karten sind anzufordern beim ANC, Postfach 190 140, 5300 Bonn 1.

Ein grafischer Leckerbissen ist das von dem Grafiker und Fotografen Hartmut Schröter entworfene mehrfarbige Plakat (DIN A 2) mit einer Abbildung Winnie Mandelas. Es ist erhältlich für 10 DM (+ 3 DM Versandkosten), Vorauszahlung auf das Postgirokonto Dortmund 609 78-463, H. Schröter, Steinhammerstr. 111, 4600 Dortmund 76.



# 7. Berliner Volksuni

Das kopflustige  
Lernfest zu Pfingsten  
16. bis 19. Mai 1986

Vorträge, Workshops,  
Diskussionen, Theater,  
Filme und Konzerte

Zu den Brennpunkten sozialer  
Auseinandersetzungen:

Aushöhlung des Streikrechts:  
Angriff auf die Kampfkraft der  
Arbeiterbewegung

Umstrittene Gewerkschaftsstrategie:  
Ordnungsmacht oder Gegenmacht

Einwanderungsland Bundesrepublik:  
neuer Rassismus?

Europa zwischen den Großmächten:  
Atomstreitmacht oder  
atomwaffenfreie Zone

»Alternative« Mythen:  
Zerstörung der

politischen Handlungsfähigkeit?

Aufbrüche in der Frauenbewegung

Rechte Zukunftsbilder —  
linke Hilflosigkeit?

Treffen der sozialen Bewegungen:  
Erneuerung der Solidarität

## Konzert für ein freies Südafrika

Informationen und Programmbuch  
im Volksuni-Büro:  
Dominicusstraße 3, 1000 Berlin 62,  
Telefon: 030/784 44 40

# CHINA SONDERHEFT

der

## Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie  
und Praxis

15. Jg./Heft 70/50 Seiten  
DM 5,- (incl. Versand)

- Langer Marsch in den Kapitalismus?
- Die historische Dimension der Entwicklung
- Die politische Kehrtwende
- Die Umkrempelung der Produktionsweise in der Landwirtschaft
- Der entscheidende Schritt zur „Modernisierung“
- Die Politik der Kooperation mit dem Westen
- Die Krisensackgasse der sozialistischen Länder als Menetekel für China
- Die Umwandlung der KP China
- Revisionismus oder schöpferische Anwendung des Marxismus?
- Schwächen im Überbau
- Deng's zu großer Sprung nach rechts...

E. Hansel  
Postfach 910307/85 Nürnberg 91

Probeheft „Arbeiterstimme“  
kostenlos

# CHINA

## Kurzinformationen

### Zimbabwe

Neue Hoffnung für einen erfolgreichen Ausgang der Vereinigungsgespräche zwischen der regierenden Afrikanischen Nationalunion Zimbabwe – Patriotic Front (ZANU(PF)) und der Afrikanischen Volksunion Zimbabwe (ZAPU) gab es im März d.J. nach versöhnlichen Gesten beider Seiten.

ZAPU-Präsident Joshua Nkomo erklärte auf einer Massenversammlung in Bulawayo am 9.3.1986: „Die beiden Parteien wollen die Einheit und werden eine Einheitspartei bilden, die auf sozialistischen Prinzipien gegründet ist.“ Allerdings gebe es noch einige Hindernisse zu überwinden, insbesondere bezüglich der Verteilung von Partei- und Regierungsposten.

Ende März d.J. unternahm Nkomo und Innenminister Enos Nkala, der sich in der Vergangenheit mit besonders scharfen Attacken auf die ZAPU profiliert hatte, eine gemeinsame Tour durch die ZAPU-Hochburg Matabeleland. Dabei riefen sie die Bevölkerung auf, mit der Regierung zusammenzuarbeiten und die bewaffneten Banden der „Dissidenten“ zu denunzieren. Die Festigung der nationalen Einheit und eine Erschwerung der Destabilisierung gehören zu den wichtigsten Zielen bei der Vereinigung.

Die Regierung Mugabe ließ ihrerseits Vote Moyo, ZAPU-Generalsekretär, und Lookout Masuku, Guerillaveteran der ZAPU und nach der Unabhängigkeit stellvertretender Armeekommandeur, aus der Haft frei. Auch die Freilassung Dumiso Dabengwas, im Befreiungskampf Guerillakommandeur der ZAPU-Armee, scheint bevorzustehen. Masuku und Dabengwa waren beide 1983 vom Vorwurf des Hochverrats freigesprochen, jedoch sofort wieder ohne Anklageerhebung inhaftiert worden. Es besteht Hoffnung, daß die seit Oktober 1985 offiziell laufenden Gespräche diesmal im Gegensatz zu dem Fehlschlag im Jahr 1983 vom Erfolg gekrönt sein werden.

### Kolumbien

Bei den Senats- und Parlamentswahlen am 9.3.1986 konnte die oppositionelle Liberale Partei (PL) ihren Stimmenanteil von 46 auf 48% ausbauen. Damit hat ihr Kandidat für die am 25. Mai d.J. stattfindenden Präsidentschaftswahlen, der rechts stehende Virgilio Barco, die größten Chancen neuer Präsident zu werden.

Auf die Konservative Partei des jetzigen Präsidenten Belisario Betancur entfielen 37% der Stimmen. Der Neue Liberalismus, eine reformistische Abspaltung der PL, konnte 7% (3% weniger als 1982) auf sich vereinigen. Auch das mit 2% der Stimmen enttäuschende Ergebnis der Patriotischen Union (UP) zeigt, daß es auch diesmal nicht gelungen ist, die traditionelle Vorherrschaft der beiden Rechtsparteien aufzubrechen.

In der UP hatten Mitglieder der Kommunistischen Partei (PCC), der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) und anderer Linksgruppen gemeinsam kandidiert. Sie erhielt insgesamt 6 der 313 Sitze in den beiden Kammern des Kongresses.

Die FARC, die größte Guerillaorganisation Kolumbiens, hatte am 2. März d.J. zusammen mit zwei kleineren Guerillagruppen das 1984 mit der Regierung geschlossene Waffenstillstandsabkommen verlängert. Ihr wurde dabei eine ungehinderte Teilnahme an den Wahlen zugesagt.

Zwei andere Guerillaorganisationen, die Bewegung des 19. April (M-19) und das Volksbefreiungsheer (EPL), hatten bereits 1985 wegen wiederholter Überfälle der Armee das Abkommen aufgekündigt. Sie haben sich mit anderen Guerillagruppen in einem Koordinierungskomitee zusammengeschlossen und setzen den bewaffneten Kampf fort. Mitte März d.J. wurde der Führer der M-19, Alvaro Fayad Delgado, in der Hauptstadt Bogota von der Polizei erschossen.

### Ost-Timor

Ende März d.J. gaben die beiden bedeutendsten nationalen Bewegungen Ost-Timors in Lissabon bekannt, sie wollten künftig die Besatzungsmacht Indonesien vereint bekämpfen. Die Revolutionäre Front für die Unabhängigkeit Ost-Timors (FRETILIN) und die Timorensische Demokratische Union (UDT) kündigten gemeinsame Initiativen an der diplomatischen und militärischen Front an, um ihrer Forderung nach Selbstbestimmung Geltung zu verschaffen. Die neue Allianz wurde inspiriert u.a. durch die angelaufenen Vorbereitungen der indonesischen Truppen (insgesamt 20.000-25.000) auf eine neue Großoffensive im Mai 1986 gegen die Hochburgen der rund 7.000 FRETILIN-Guerilleros (siehe AIB 10/1983) im Landesinnern.

Nach dem Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialreiches 1974 hatte sich die anti-imperialistisch-revolutionäre FRETILIN im Ringen um die Machtübernahme zunächst gegenüber der prowestlichen UDT und der APODETI, einer dritten für eine Angliederung an Indonesien eintretende Gruppierung, durchgesetzt. Mit der Invasion Indonesiens 1975 war die FRETILIN in den Untergrund getrieben worden, während sich UDT und APODETI nach der Ausrufung Ost-Timors zur 27. indonesischen Provinz an der Provinzregierung und -versammlung beteiligten. Der Gouverneur, Mario Carrascalao, war UDT-Mitglied.

### Weltwirtschaft

Die vom 16.-24. März d.J. in Genf abgehaltene Ministerkonferenz der Organisation Erdöl-exportierender Länder (OPEC) konnte sich nicht auf Ausfuhrquoten für eine allgemeine Drosselung der Fördermengen zur Stützung des Erdölpreises einigen. Der Erdölpreis war von durchschnittlich 27,6 Dollar pro Barrel (159 l) in der 2. Jahreshälfte 1985 auf 10-12 Dollar Anfang April d.J. gesunken.

Um Nicht-OPEC-Mitglieder – vor allem Großbritannien und Norwegen – zu einer Begrenzung ihrer Fördermengen zu zwingen und damit den Preis hochzuhalten, hatten Saudi Arabien und andere reiche Ölstaaten ihre Fördermengen erhöht und so den Preissturz ausgelöst. Die Folgen sind eine Verbesserung der Handelsbilanz bei erdölimportierenden Industrie- und Entwicklungsländern und hohe Ein-

**Adressenänderungen  
bitte rechtzeitig  
bekanntgeben!**

## Kurzinformationen



Auf ihrer Tagung in Genf konnten die OPEC-Minister sich nicht auf Förderquoten einigen

nahmeverluste bei den Exporteuren. Erdölproduzierende Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen und einer hohen Auslandsverschuldung sind besonders hart vom Preisverfall betroffen. Dies gilt etwa für Mexiko und Venezuela, die bereits mit 99 Mrd bzw. 33,6 Mrd Dollar im Ausland verschuldet sind und jetzt mit Mindereinnahmen von jeweils 5 Mrd Dollar rechnen müssen.

Die Gesamtschulden der Entwicklungsländer werden nach Angaben der Weltbank von 950 Mrd Dollar Ende 1985 auf 1010 Mrd Ende d.J. ansteigen. Aufgrund geringerer Kapitalzuflüsse und eines auf 102 Mrd Dollar angestiegenen Schuldendienstes stieg der Nettokapitalabfluß aus den Entwicklungsländern im Jahr 1985 von 13,7 Mrd auf 22 Mrd Dollar. Grund für die weitere Erhöhung der Verschuldung ist das Absinken der Rohstoffpreise um 11% im Jahr 1985 auf das niedrigste Niveau seit 27 Jahren.

### Afghanistan

Am 3. April d.J. erklärte UN-Untergeneralsekretär Diego Cordovez in New York, er habe als Vermittler im Afghanistankonflikt mit den Regierungen Afghanistans und Pakistans eine „akzeptable Vereinbarung“ erzielt und den „toten Punkt“ überwunden. In den seit 1982 andauernden indirekten Gesprächen scheint damit erstmals ein Durchbruch möglich, wenn man sich am 5. Mai d.J. zur nächsten Verhandlungsrunde trifft.

Von den insgesamt vier Problemkomplexen („Instrumenten“) einer politischen Lösung ist man sich in dreien so gut wie einig: Nichteinmischung, internationale Garantien hierfür und Rückkehr der Flüchtlinge. Offen blieb Punkt 4, der sich mit den seit Ende 1979 am Hindukusch stationierten sowjetischen Truppen befaßt.

Mitte März d.J. hatte die Regierung Karmal erstmals einen Zeitplan für den stufenweisen Abzug des rund 100.000 Mann starken Kontingents vorgelegt, worin als Gegenleistung die

Unterbindung der Außenunterstützung für die afghanischen Rebellen verlangt wird. Mit dem Vorschlag wurde die erhöhte Bereitschaft der UdSSR und Afghanistans zu einer politischen Verhandlungslösung signalisiert. Pakistans Präsident Zia ul-Haq hat den afghanisch-sowjetischen Abzugsplan zwar nicht gutgeheißen, aber als Verhandlungsgrundlage für die nächste Genfer Gesprächsrunde akzeptiert.

„Skeptisch“ aufgenommen wurde der Vorschlag hingegen von der Reagan-Administration. Sie goß überdies Öl ins Feuer, indem sie just die Militärhilfe für die Contra erhöhte und den CIA beauftragte, diese mit Luftabwehraketen vom Typ „Stinger“ zu beliefern.

### Chile

Anfang April d.J. haben in der chilenischen Hauptstadt Santiago sowie in mehreren Provinzstädten des Landes erneut Massenproteste gegen das Pinochet-Regime stattgefunden. Vor allem in Santiago kam es zu regelrechten Straßenschlachten zwischen Regimegegnern und Sicherheitskräften, wobei die Polizei mit Tränengas und Wasserwerfern gegen die Demonstranten vorging.

Anlaß für die neuerlichen Proteste war der Jahrestag der Ermordung von drei Mitgliedern der KP Chiles am 30. März 1985. Ein Verfahren gegen 14 Polizisten, die der Entführung und späteren Ermordung der drei Männer angeklagt waren, verlief nach zehnmönatiger Untersuchung im Sande.

Zu gewalttätigen Ausschreitungen von Polizei und Militär war es zuvor schon anlässlich der Kundgebungen zum Internationalen Frauentag am 8. März d.J. gekommen. Eine junge Frau wurde von Sicherheitskräften erschossen, Dutzende Demonstranten verletzt, über 100 festgenommen. Zu den Kundgebungen anlässlich des Internationalen Frauentages waren auch Delegationen aus dem Ausland, darunter aus der BRD, Frankreich, Italien und Großbritannien, angereist.

### Französische Kolonien

Bei den Wahlen zu den Regionalräten in den vier französischen „Überseedepartements“ Guadeloupe, Martinique, Guyana und La Réunion, die parallel zu den Parlamentswahlen in Frankreich am 16. März d.J. stattfanden, konnten die Linksparteien Boden gut machen. Nachdem sie bereits 1983 bei der ersten Wahl zu den Regionalräten, die über eine gewisse Autonomie in internen Angelegenheiten verfügen, in Guyana und Martinique gesiegt hatten, eroberten sie jetzt auch die Mehrheit in Guadeloupe.

Stärkste Linksparteien sind in Réunion die Kommunisten und in den anderen drei Kolonien Parteien, die mit den französischen Sozialisten zusammenarbeiten. Sie treten allesamt für eine größere Autonomie von Frankreich ein, wobei die Kommunisten dies als einen Schritt hin zur Unabhängigkeit verstehen.

Parteien, die eine sofortige Unabhängigkeit fordern, hatten meist zum Wahlboykott aufgerufen. In Guadeloupe, wo sie am stärksten sind, stieg der Anteil der Enthaltungen und ungültigen Stimmen von 49 auf 59%, in Martinique von 42 auf 45%. In Guyana konnte die im November 1985 gegründete Guyanische Nationale Volkspartei (PNPG), die für die Unabhängigkeit eintritt, auf Anhieb 12% der Stimmen erringen.

  
**team  
reisen**

Die Menschen in Nicaragua brauchen unsere Unterstützung und Solidarität gerade jetzt, da die Administration des Ronald Reagan ihre Contras mit 100 Millionen US-Dollars subventionieren will. - Deshalb stehen bei uns die SOLIDARITÄTSREISEN ganz oben an.

### Solidaritätsreise Nicaragua

26.06. - 12.07.1986  
29.07. - 15.08.1986

Umfangreiche Rundreise mit zahlreichen Begegnungen, Gesprächen und Besichtigungen ab/bis Berlin-Schönefeld, Doppelz., Halbpens.

**DM 2988,-**

### ...oder nach Cuba

#### und auf eigene Faust

1 Woche ab B.-Schönefeld oder Düsseldorf incl. Frühst./Transfer

**ab DM 1445,-**

**Fordern Sie unseren  
neuen Katalog an!**

040 / 491 60 66

Eppend. Weg 105

2000 Hamburg 20

# links

## Sozialistische Zeitung

- Seit 1969.
- Das Forum der unabhängigen Linken.
- 36 Seiten. Jeden Monat neu.
- Für Leser, die mitdenken wollen.

MÄRZ '86

### ● Wahlen in Frankreich

Lothar Baier  
Peter Jansen  
Claus Leggewie

### ● und außerdem

Horst Kern  
Jürgen Seifert  
u.a.m.

**links** jetzt abonnieren!

Jahresabonnement DM 45,-  
(incl. Versandkosten)

Bezug über:

Sozialistisches Büro  
Postfach 10 20 62  
6050 Offenbach 1

**D 7426 E**  
**Postvertriebsstück**  
**Zeitungsgebühr bezahlt**  
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

## **ANC-Appell an alle: Unterstützt den Freiheitssender Mandela!**

Anlässlich des Besuches des Präsidenten des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), Oliver Tambo, in Bonn Anfang April d.J. rief die Befreiungsbewegung Südafrikas die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung zu einer Spendenkampagne „Freiheitssender Mandela“ auf. Das AIB, das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) und die Anti-Apartheid-Bewegung gehören zu den Erstunterstützern.

In Südafrika ist Krieg. Die Rassisten führen Krieg gegen unser Volk. Mit Terror und Tod versuchen sie ihre Tyrannei aufrechtzuerhalten. Kinder werden erschossen. Jugendliche, Frauen und Männer, alte und junge Menschen werden unterschiedslos Opfer der rassistischen Polizei und Soldateska. Allein zwischen Juli 1985 und April 1986 mußten wir 2.500 Tote beklagen. Unzählige werden unter Mißachtung grundlegendster Menschenrechte eingesperrt. Mißhandlung und Folter sind an der Tagesordnung.

Millionenfach erleben wir in unserem Alltag Entwürdigung und Diskriminierung. Nelson Mandela, das Symbol unseres Freiheitskampfes, wird seit mehr als 20 Jahren aufgrund seiner Überzeugungen gefangen gehalten. Er verkörpert das Leiden und den Kampf unseres Volkes, aber auch unsere Hoffnungen und unsere Zukunft.

Südafrika führt Krieg gegen seine Nachbarn. Unter Bruch des Völkerrechts ist Namibia besetzt und das namibische Volk unterjocht. Angola ist das Opfer ständiger Überfälle der Rassistentruppen. In Moçambique und Zimbabwe unterhält das Regime Söldnerbanden und Terrortruppen, um die Länder zu destabilisieren.

Südafrika ist eine Gefahr für den Frieden. Die Apartheid ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und eine Her-



ausforderung für die gesamte zivilisierte Welt.

Nach Jahrzehnten der Rechtlosigkeit und Unterdrückung sind wir entschlossen, mit der rassistischen Barbarei jetzt Schluß zu machen!

Unsere Jugend steht heute – 10 Jahre nach Soweto – in der vordersten Reihe des Antipartheidkampfes; die Arbeiter haben sich in einer gewerkschaftlichen Organisation, COSATU, zusammengeschlossen; die Frauen organisieren sich; in den Ghettos entstehen Selbstverwaltungsorgane; die UDF ist das breiteste und bedeutendste Bündnis gegen Apartheid in der Geschichte Südafrikas, in dem Menschen unterschiedlichster Schichten und politischer Anschauungen, in dem Christen, Muslime, Atheisten zusammenarbeiten; der ANC, die nationale Befreiungsbewegung unseres Landes, ist zum entscheidenden Gegenspieler des Regimes geworden.

Der bewaffnete Flügel des ANC, Umkhonto We Sizwe, der in diesem Jahr sein 25jähriges Bestehen feiert, entwickelt sich Tag für Tag mehr zu einem Machtfaktor bei der Verteidigung unseres Volkes gegen die Übergriffe der Rassisten. Wir wollen diesen Krieg nicht, wir haben ihn nicht begonnen, er wurde uns aufgezwungen. Aber wir werden nicht länger tatenlos zusehen, wie das Blut unserer Kinder vergossen, wie jedes Begräbnis zum Massaker gemacht wird!

Das Volk steht hinter uns. Wir nehmen unser Schicksal in die Hand, wir wollen endlich in Würde und Freiheit leben!

Wir wissen, unser Kampf ist sehr schwierig und opferreich. Auf dem schweren Weg in ein freies Südafrika brauchen wir die internationale Solidarität; wir brauchen politische Unterstützung und materielle Hilfe.

An die Solidaritätsbewegung in der BRD appellieren wir: Tut alles, damit Euer Land endlich aufhört, das Rassistenregime zu unterstützen! Sorgt dafür, daß endlich Sanktionen gegen Pretoria verhängt werden – auf wirtschaftlichem, militärischem und politischem Gebiet! Wir sind sicher, daß gerade die Deutschen, die selbst bittere Erfahrungen mit dem Rassenwahn gemacht haben, sich ihrer Verantwortung bewußt sind.

Heute bitten wir Euch ganz dringend: Unterstützt unseren Freiheitskampf mit Spenden.

Helft uns beim Aufbau des „Freiheitssenders Mandela“, einer Radiostation des ANC. Damit die Lüge keine Chance mehr hat!

Damit die Wahrheit in ganz Südafrika und in der Welt unüberhörbar wird!

**AMANDLA NGAWETHU! DIE MACHT DEM VOLK!**

**Damit die Wahrheit unüberhörbar wird!**  
**Spendenkonto 527055-602, Postgiro Frankfurt**

**(ASK-Sonderkonto E. Wulff, Stichwort „Freiheitssender“)**